Wildcat

Nr. 60 / Oktober 1992
4 Mark

RIOTS
VON RECHTS ?

Sozialpakt
Notstandsregierung
Strategie der Spannung

Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
1000 Berlin 36 – 030/6121848

Sisina, Postfach 301 206
5000 Köln 30

Wildcat, Postfach 306 325,
2000 Hamburg 36

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
6800 Mannheim

Wir suchen noch WeiterverkäuferInnen, bitte wendet Euch an uns!

Buchbestellungen, Abos von Wildcat und TheKla an die Berliner Adresse, das Geld bitte im voraus an:
Sisina, Postgiroamt Berlin,
Kto.-Nr. 31502-109, BLZ 100 100 10

Wildcat: *Einzelheft 4 Mark,*
Abo 6 Hefte 20 Mark

TheKla:
(jeweils zzgl. 2 Mark Versandkosten, bei Großbestellungen weniger)

TheKla 10: Zerowork - Klassenkämpfe in den USA und weltweit in den 70er Jahren (10 Mark)

TheKla 11: "Let's Get Organised" Erfahrungen aus Jobberaktionen (5 Mark)

TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse und andere Texte der Midnight Notes. Außerdem: Lordstown – Produktive Sabotage (5 Mark)

TheKla 13: Klassenkämpfe im Sozialismus (Polen, China) – Klassenkämpfe in Westeuropa, Krankenschwestern in Frankreich (5 Mark)

TheKla 14: Ölwechsel – Schuldenkrise; Golfkrieg; Zionismus – Mißgeburt der Arbeiterbewegung (6 Mark)

¡¡¡demnächst in Zweitauflage:

TheKla 15: Schichtwechsel – Fiat und die ArbeiterInnen; Immigration – heißer Herbst – die 35 Tage (6 Mark)

TheKla gibt's auch im Abo.
Wer 24 Mark überweist, bekommt die nächsten vier Bände. Abonnenten erhalten die alten Bände ohne Versandkosten.

V.i.S.d.P. ist P. Müller

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile an den Absender zurückzuschicken.

Hallo, liebe Leute von der Wildcat,

... Ich hab grad gelesen, Nr. 59, »Sechs Thesen, vier Mythen, ...«, naja, da habt ihr noch ein paar Mythen vergessen, den sog. »neuen Antiimperialismus«, oder »Riots, Jobber und hiesige Sozialprozesse?«, die Berechnungen der Krisen, Zusammenbrüche, Massenkämpfe usw. – aber so oder so, denk ich, es ist richtig, daß wirklich eine kritische Auswertung der eigenen Politik/praxis notwendig ist – für mich/uns konkret »rev Front«, dem Konzept/bzw. Umsetzung »... vor 89 ...«, das die RAF ja meint mit der Erklärung. Und eben auch nicht geschichtsdeterministisch, legitimierend – sondern ehrlich, offen als gem. Diskussions- und Lernprozeß. Wenn ich was schreibe, schick ich es; im AK vom 6.5. war ein Brief von mir; der stammt aber noch von vor der Erklärung der RAF, – als Aufruf zur Diskussion usw. – ich denk, daß darüberhinaus doch mehr oder weniger alle Tendenzen der rev. Linken vor demselben Dilemma stehen. Sicher mit spezifischen Erfahrungen, die ich im Grunde auch alle wichtig finde. Aber es kann, glaube ich, keine Tendenz behaupten, sie hätte nun den Schlüssel und Weg für die rev. Umwälzung hier gefunden – was den politischen Einfluß (Verankerung, Gegenmacht, ... usw) angeht, stecken doch alle mehr oder weniger im gleichen Dilemma – (Ich kapiere die Kritik/Wut, wenn jetzt die RAF plötzlich mit einer Erklärung kommt, in der so getan wird, als sei diese Kritik nicht schon sehr oft gebracht, aber eben totgeschwiegen, oder als was weiß ich abgebügelt worden, ok.) – von daher ist die Häme nicht angebracht. Was ihr sagt, »neuer Antiimperialismus«, – also so ist es ja nun nicht, als hätte es nur die Vorstellung gegeben, antiimp. Widerstand zur »Unterstützung von Befr.Bew.«. – Schon in den 70ern (von den Betriebsgruppen Bln z.B., da war ich) ging es doch um Klassenkampf im eigenen Kampf auch als antiimp. Kampf, Solidarität und gegenseitige Unterstützung der Kämpfe/Bewegungen weltweit ... Klar stand doch die Frage im Mittelpunkt, nach der rev. Umwälzung hier. – Aber offensichtlich hatten wir doch einfach (bis heute nicht) nicht die Gesamtheit der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse (Funktion, Veränderung) analysiert, sondern verkürzte, ideologisch eingeengte Konzepte entwickelt und auch noch als allein rev. Weg behauptet – da sind wir heute weiter, hoff ich. Klar, auch Lohnkämpfe, ich hab seit 70 bis 86 (Knast) politisch in Fabriken gearbeitet, ... meiner Meinung nach ist das ein ökonomistisch verzerrtes Verständnis (auch von Marx), als sei die Stellung im Produktionsprozeß das zentrale. ...
für heute tschüss!«

1.6.92 – Norbert Hofmeier

Eine Abonnentin schreibt:
»Abo ist hiermit ab sofort abbestellt. Mit zuviel positivem Denken (»Riots« ... usw.) lügt Ihr Euch doch selber in die Tasche. Das macht eher wehrlos.«

Athen, 31.8.1992
»... Wir entschlossen uns also, euch einen Brief zu schreiben, weil wir gerne Kontakt zu Leuten in Deutschland hätten, und um Informationen aus erster Hand über die Lage dort zu bekommen. Es scheint, als ob rassistische Angriffe auf MigrantInnen und Flüchtlinge in eurem Land fast ein alltägliches Phänomen wären. Was geht in Rostock und den anderen Städten in Deutschland wirklich vor sich, wo Rassisten sich im Konflikt mit der Polizei befinden? Werden die Rassisten von der Regierung ermuntert? Wir lasen von einem neuen Gesetz gegen Flüchtlinge und EmigrantInnen, obwohl, wie eine italienische Zeitung schrieb, der deutsche Kapitalismus dringend mehr Arbeitskräfte braucht. Stimmt das, oder haben im Gegenteil, besonders im Osten Deutschlands, die Leute Angst, wegen den MigrantInnen ihren Job zu verlieren? Wie ist das Verhältnis von Rassismus und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in Deutschland? Hier in Griechenland versuchen Journalisten, den Neonazismus als lifestyle zu präsentieren! Wir würden auch gerne eure Meinung zu den Aktionen der RAF und ihren verdeckten Beziehungen zur DDR hören .. In Griechenland war der Staatsterrorismus fünfzehn Jahre lang ein blutiges Spiel, aber das hat die ArbeiterInnenklasse und die zivilen Angestellten nicht daran gehindert, den Austeritätsmaßnahmen der Regierung entgegenzutreten. Vor zwei Wochen lieferten sich die Busfahrer in Athen, die vor einem Monat alle entlassen wurden (!), eine Schlacht mit der Polizei, die gewalttätigste der letzten Jahre. Der September wird der bisher heißeste Monat überhaupt werden, da die Mehrheit der im Dienstleistungsbereich Arbeitenden streiken wird. Unglücklicherweise sind Klassenkämpfe in Griechenland nicht autonom, sondern zu einem großen Teil durch populistische Gewerkschaftsführer manipuliert ...«

Inhalt:

2 *Editorial*
3 *Rostock/Saarlouis:* **Wie das neue Deutschland regiert wird**
10 **Sozialstaat auf- oder abwickeln?**
13 **Italien** *im September 92: Notstandsregierung, Sparprogramm und wilde Streiks*
16 **Streiks im Transportsektor: Angriff auf die dezentrale Fabrik**
16 *Frankreich*
22 *Spanien*
25 *Der Krieg um die Köpfe / Buchbesprechung*
26 **Riots in England: Heißer Sommer in den Siedlungen**
33 *From resistance to rebellion / Buchbesprechung*
34 *Krise, Rassismus, Widerstand / Buchbesprechung*
35 *Bauarbeiterstreik in London*
36 *Streik der* **VW-Arbeiter in Mexiko**
40 *Türkei:* **»Die KurdInnen können die TürkInnen nicht befreien«**
43 *Jugoslawien: Klassenkampf-Krise-Krieg / Vorstellung einer Broschüre*
44 *Leserbrief(e) zur Situation in der Stahlindustrie (Rheinhausen)*

Beilage:

1 *Riots von Rechts? – Strategie der Spannung*
2 **»Schönau«** *– Rassismus, Antirassismus, Klassenkampf*
10 **Antirass. Zentrum** *Berlin: Soziale und politische Organisierung*
11 *Lüneburg – Mobilisierung ohne Schablonen*
12 *Abschiebelager in Ungarn*
Brief eines kurd. Genossen aus Griechenland
14 *Interview in* **Rostock**
17 *Süddt. Zeitung: »Als wäre Absicht dahinter«*
18 *Interview in Rostock*
19 *Chronologie der Ereignisse in Lichtenhagen*
20 *Situation im Rostocker Hafen*
22 **Eisenhüttenstadt**
25 *Italien: Strategie der Spannung*
27 *Änderung oder Abschaffung des Artikel 16*
28 *Interview mit Flüchtlingen aus Kremmen*

Hintergründe eines Streiks, der nicht stattfinden durfte.

»Vielleicht werden ja ... aus den multinational zusammengesetzten Zentren der Klassenmacht in Deutschland, den Metallfabriken, heraus bereits die Lunten (zum Widerstand gegen die Abwälzung der Kosten zur Lösung der staatlichen Finanzkrise auf die Klasse) gezündet sein«, hoffte die Wildcat in der letzten Nummer. Sie waren tatsächlich gezündet. Aber bevor sie sich richtig entfachen konnten, wurden sie von der IGM ausgetreten.

Was war geschehen?

Die Krise der Gewerkschaften, sprich Legitimationsverlust unter uns ArbeiterInnen hat die IGM voll getroffen und drückt sich darin aus, daß es der IGM immer weniger gelingt, Funktionsträger in den Betrieben zu kriegen, die bereit sind, die Gewerkschaftsscheiße gegenüber den KollegInnen zu vertreten.

Das, was dieses Jahr während der Tarifrunde ablief, kann nur betrachtet werden vor der Situation in den Fabriken, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Dort haben wir uns der individuellen Verweigerung in ihrer gesamten Bandbreite als Methode des Klassenkampfes gewidmet. Diese Bandbreite reicht von selbstbestimmter Arbeitslosigkeit, über "Ausweitung des Bewußtseins, daß Arbeit krank macht" und ein Einrichten in den Verhältnissen (wir machen uns am Arbeitsplatz nicht kaputt) bis hin zur Flucht in die Bildung. Vielen wird da noch mehr einfallen, aber so ist das halt bei individualistischer "Kampftätigkeit".

Vielerlei betriebliche und allgemeinpolitische Ursachen führten von unserer Seite aus zu einem gereizten Klima in den Betrieben. In einem allgemeinen Lohndruck entstand ein verbindendes Moment dieser vielschichtigen Probleme. Das blieb natürlich auch den Kapitalisten und der Gewerkschaft nicht verborgen. Ein hoher Lohnabschluß war aber das letzte, was sie gebrauchen konnten. Bekanntlich läßt sich ein schlechter Tarifabschluß mit durchgeführten gewerkschaftlichen "Kampfmaßnahmen" am besten verkaufen. So "kämpfen" wir schon seit Jahren "erfolgreich", aber wir können es nicht mehr würdigen.

Die Tarifrunde begann mit großem Trara von seiten der Unternehmer, der Politiker und der Gewerkschaften. Sie haben sich versprochen, daß wir uns in Warnstreiks unser Mütchen kühlen, die Gewerkschaft wieder ihren Einfluß geltend machen kann und die Ausbeutung wieder in kontrollierbare Bahnen gelenkt wird. So stand es im Drehbuch, und so begann es auch.

Beim ersten Warnstreik beteiligten sich bei uns im Betrieb alle. Am konsequentesten waren die, die den Streik als verlängertes Wochenende betrachteten, nach Hause fuhren und sich in die Sonne legten. Die anderen dackelten mit den KollegInnen eines Nachbarbetriebes hinter einen IGM-Funktionär durch ein menschenleeres Industriegebiet zu einem bestreikten Müllabfuhrdepot. Die beiden Streikposten freuten sich zwar, bei etlichen KollegInnen war die Stimmung aber so, das nächste Mal eine Hauptverkehrsstraße dicht zu machen. Ähnlich muß es auch in anderen Betrieben gewesen sein. Denn beim nächsten Mal demonstrierten wir die Hauptstraße entlang und trafen uns auf einem Verkehrsknotenpunkt mit den KollegInnen anderer Betriebe. Die Stimmung war hervorragend. Es tauchten auch erstmals militantere Parolen und Transparente auf, die nicht von der Gewerkschaft genehmigt waren. Die Forderungen nach mehr wurden laut. Auf Kundgebungen wurde immer häufiger den gewerkschaftlichen Demagogen widersprochen. In einzelnen Betrieben begannen KollegInnen mit Streikvorbereitungen jenseits gewerkschaftlicher Strukturen.

Hier standen nicht die gebeutelten ArbeiterInnen, als Klasse aufgelöst in den betrieblichen Umstrukturierungen, die sich in ihrer Verzweiflung an den "Sozialarbeiter" Gewerkschaft wandten. Für die meisten von uns waren es die ersten Streiks im Leben. Und es machte Spaß, die Sau raus zu lassen. Mehr spielte häufig gar keine Rolle. Aber das Gefühl war da, wenn wir wollten, könnten wir....

Nein, hier soll nicht die neue revolutionäre Morgenröte herbeigeredet werden. Dazu war das alles zu unbestimmt. Wir waren eher wie kleine Kinder, die eine neue, schöne Erfahrung gemacht haben, und noch nicht wissen, wie sie diese neue Erfahrung positiv für sich nutzen können. Aber es hat gereicht, den Unternehmern und ihren Sozialpartnern in der IGM den Schreck in die Glieder fahren zu lassen. Einen Schreck, der sie davon abhielt, die Urabstimmung einzuleiten; so kurz nach dem Dilemma der ÖTV.

Den Streik selbstorganisiert durchführen zu können, dazu hätte es mehr als die frische Aufbruchstimmung bedurft. Ob die Unternehmer und die IGM es aber schaffen, den erzwungenen zweijährigen "Tariffrieden" durchzustehen, ist schon eine Wette wert.«

C. K. - 8.7.92

Hallo,

da sind wir wieder – im alten Erscheinungsrhythmus: Etwa alle vier Monate meinen wir, was zu sagen zu haben. Und in solch einem langen Zeitraum sammelt sich natürlich einiges an. Das Heft ist randvoll, einige Sachen haben deshalb keinen Platz mehr gehabt: Es fehlt eine Auswertung unsererseits, was wir im letzten Jahr so getrieben haben (Stichworte: »militante Untersuchung« und »Europatreffen«). Es fehlen die Initiativen, Kämpfe, Streiks und Demos, die seit dem Sommer gegen die Sparprogramme und Streichungen der Regierung gelaufen sind (die sind dem vielen Material zu "Rostock ff." zum Opfer gefallen). Es fehlt schließlich ein aktueller Artikel über die Streiks in Griechenland (da hat sich die Situation in den letzten Monaten sehr zugespitzt, seit Wochen gibt es Generalstreiks, Straßenkämpfe usw.), der ist nicht mehr rechtzeitig angekommen. Stattdessen haben wir Bilder aus dem Müllarbeiterstreik in Griechenland vom Frühjahr '92 über das Heft verteilt (wo also nichts extra dabeisteht und kein direkter Zusammenhang zum Text besteht, sind es streikende Müllarbeiter in Griechenland) und auf Seite einen ganz kurzen Bericht zu diesem Streik reingepackt.
Es fehlen aber nicht nur Sachen aus Platzgründen, sondern auch welche, weil wir dazu keine direkten Kanäle haben. So war in der FAZ Ende September z.B. eine kurze Notiz, aus der hervorging, daß sich in China noch lange nicht alle die Köpfe blutig hauen beim Anstehen nach Aktien. Berichtet wurde da von abgefackelten Fabriken, von Managern, die ihren Versuch, »marktorientierte Produktionsweisen in den Fabriken einzuführen« mit dem Leben bezahlen mußten, von Aufständen, die losbrechen, sobald Werksleitungen ArbeiterInnen entlassen wollen.
Ähnlich interessante Dinge wußte ein Genosse zu berichten, der gerade aus Nicaragua zurückkam: StudentInnenbwegung, Busfahrerstreik, ehemalige Soldaten des Volksheeres kämpfen mit ihren Waffen für Abfindungszahlungen, Landbesetzungen ...

Was ist drin?
Zu Kämpfen außerhalb Europas haben wir diesmal nur einen Artikel zum Streik bei VW-Mexiko. Mit dem sind wir allerdings deswegen nicht so besonders zufrieden, weil es uns zum einen nicht rechtzeitig gelungen ist, direkte Kontakte herzustellen (es wäre wichtig gewesen, hier vor den Fabriken zu Soli-Aktionen aufzurufen!!), so daß wir den Artikel hauptsächlich aus Presseberichten zusammenstellen mußten. Zum anderen, weil hinter der aktuellen Streikwelle (Polen, General Motors in USA) mehr steckt, uns aber auch dazu direkte Berichte und genauere Analysen fehlen. Dazu wird sicher mehr in der nächsten *Wildcat* stehen.
Ansonsten schlagen sich in diesem Heft unsere Anstrengungen vom letzten Jahr beim Aufbau europaweiter Kontakte nieder als direkte Berichte zu Riots in England, LKW-Fahrerstreiks in Frankreich und Spanien und wilden Streiks in Italien ...
Mit der knappen Auflistung und politischen Einschätzung des Sozialstaat-Umbaus wäre die Nummer dann eigentlich voll gewesen. Aber Ende August haben sich die Krawalle um die Asylbewerberheime im Osten Deutschlands planmäßig zugespitzt. Das hat den Diskussionen über den Umbau des Sozialstaats einen neuen Kick gegeben: im ersten Artikel findet Ihr unsere vorläufigen Thesen, wie das alles zusammenhängt (eine Menge Material dazu haben wir in die *Beilage* gepackt).

Insgesamt sind es diesmal 76 Seiten geworden. Also eigentlich eine Doppelnummer, die mit dem Verkaufspreis von vier Mark kaum noch zu finanzieren ist. Nachdem auch die letzte Nummer schon ziemlich dick war, müssen wir eventuell ab dem nächsten Heft den Preis erhöhen (vorher abgeschlossene Abos werden wir natürlich nicht rückwirkend verteuern). Außerdem möchten wir diejenigen von Euch, die ein festes Einkommen haben, bitten, ein Förder-Abo zu machen (40 Mark für 6 Hefte).

Die nächste Wildcat wird voraussichtlich Anfang Dezember erscheinen....

Berlin, 28. September 1992

P.S. Kurz nach der antirassistischen Demo in Lichtenhagen haben irgendwelche Dunkelmänner (Faschos? Bullen?) bei Leuten in Rostock und in Kiel angerufen, sich als »Wildcat« ausgegeben und versucht, in Form eines »Telefon-Interviews« Infos über Strukturen und Zusammenhänge der autonomen und antifaschistischen Linken rauszukriegen. Wenn jemand noch so was mitgekriegt hat, soll sie/er uns das bitte sagen.
Jaja, und dann haben wir auch noch wie so viele andere einen Drohbrief von der »Anti-Antifa« gekriegt..... schlotter!

Rostock/Saarlouis –

wie das neue Deutschland regiert wird

Es ist schwierig, im Zusammenhang über die neue Welle von Demütigung und Gewalt gegen AsylbewerberInnen und AusländerInnen zu reden, zu deren Fanal Medien und Linke die brennende ZASt in Rostock gemacht haben. Schwierig, weil hier so vieles untrennbar zusammenhängt und auf der anderen Seite alles in tausende "Scenes" und "Communities" mit ihren jeweils relativen "Wahrheiten" zerfällt. Die Krawalle vor den Asylunterkünften berühren Fragen wie die krasse Wohnungsnot, die steigende Arbeitslosigkeit, die Umstrukturierung der Fabriken, staatliche Arbeitsmarktpolitik, Spaltungen in der Klasse, staatliche Einwanderungspolitik, jugendliches Aufbegehren usw. usf. Dagegen bleiben bisher alle Antworten von unserer Seite bestenfalls partiell: Strafexpeditionen, die ganze Stadtteile für »rassistisch« erklären, Autonome, die sich noch fester in ihrem Getto einigeln, Antifas, die auf die Wiederholung von "33" fixiert sind, "FreundInnen der AusländerInnen", die jeden, der auch nur zu verstehen versucht, ob und welche Belästigungen der AnwohnerInnen es möglicherweise gegeben hatte, beschuldigen, er wolle »die Pogrome entschuldigen« ....

Zusammenhänge finden wir erstmal nur auf der Seite des Staates, der in diesen Auseinandersetzungen eine in der BRD bisher weniger bekannte Politikform ausprobiert: die Strategie der Spannung. Die Krawalle vor Asylheimen liefen fast alle nach dem Muster ab: staatliches Aufheizen der Situation, Gewährenlassen faschistischer Gruppierungen, Abschirmen der Ausschreitungen gegen Eingriffe von AntifaschistInnen. Die so erzeugten Rauchschwaden sollen die im Sommer beschlossenen weiteren Einschnitte im Sozialstaat und die weitere Aufrüstung der Repressionsapparate vergessen machen bzw. legitimieren. Die Angriffe auf AusländerInnen sollen die stärkere Hierarchisierung des Arbeitsmarktes und Spaltung der Klasse ermöglichen.

Auf der Seite der Klasse finden wir dagegen nur Zersplitterung und Kampf gegeneinander. Warum toben sich revoltierende Jugendliche dermaßen gegen Wehrlose aus? Warum finden ausländerfeindliche Sprüche auch unter ArbeiterInnen Zustimmung? Wir haben in den folgenden Thesen versucht, zwei Sackgassen zu vermeiden: Die eine wäre die altbekannte autonomer Praxis – man hebt eine der Gruppen auf den Schild (die »revoltierenden Jugendlichen«, die »Flüchtlinge als Vorboten der trikontinentalen Revolution«, die »ansässige Arbeiterklasse« o.ä.). Die andere wäre der bekannte operaistische Dreher – »wenn Staat und Kapital sich so gefährdet sehen, daß sie zu solchen Mitteln greifen, dann ist die Klasse ganz schön stark ....« Wir haben stattdessen versucht, ein differenzierteres Bild zu zeichnen. Denn revolutionäre Politik muß in den alltäglichen sozialen Kämpfen die Kraft für den Umsturz finden. Das geht in den heutigen, unübersichtlichen Verhältnissen sicher nicht im Hauruck-Verfahren, unsere Beispiele am Ende sind auch sicher nicht der Weisheit letzter Schluß, sondern eher Anregungen zum Weiterdenken und Ausprobieren.

Der folgende Artikel beruht auf einer Menge an Material und Diskussionen. Um ihn nicht völlig unübersichtlich werden zu lassen, haben wir eine Auswahl davon als Beilage in diese *Wildcat* eingelegt.

Darin sind einige Gespräche wiedergegeben, die wir von mehreren Seiten verifiziert haben. Zu der Einschätzung über das "Trockendock" in Eisenhüttenstadt müssen wir jedoch eine Korrektur anbringen: zumindest in der Zwischenzeit haben dort Glatzen das Sagen. Die meisten Jugendlichen treffen sich woanders, weil sie keinen Bock auf »Deutschlanden-Deutschen«-Gegröhle haben. Es darf stark bezweifelt werden, daß »Rechte, Linke und Ausländer« hier zusammentreffen. Mehrere Jugendliche erzählten uns, daß »die, die sich im Trockendock treffen« die Randale vor der ZASt veranstaltet haben. Das Trockendock ist keineswegs »stark frequentiert«; es sieht für uns inzwischen eher wie altbekannt aus: Kommune, freie Träger usw. pumpen jede Menge Geld in solche Projekte, aber die Jugendlichen kommen nicht.

Eine Gesprächspartnerin in Rostock haben wir etwas salopp als "Sozialarbeiterin" bezeichnet. Es ist eine Frau, die wir schon länger kennen und die eigentlich sauer ist, so bezeichnet zu werden. Wir dachten nur, es beschreibt am ehesten ihre berufliche Tätigkeit ...

Migration in die Metropolen

Die Zerstörung von Reproduktionsmöglichkeiten durch kapitalistische Entwicklung oder Nichtentwicklung, Kriege, Hungersnöte wie in Afrika, die Umbrüche im Osten lösen weltweit Wanderungsbewegungen aus. Millionen von Menschen versuchen, Gegenden zu erreichen, in denen sie ihr Überleben (besser) sichern können. Nur ein geringer Prozentsatz dieser Menschen hat eine Chance, Europa zu erreichen (große Entfernungen, hohe Reisekosten). Von ihnen werden viele bereits an den Rändern abgefangen (siehe Bericht über das ungarische Abschiebelager in der Beilage). Im Wissen um diese Tatsachen machen Politiker dennoch seit Jahren (Innen-)Politik mit den angeblich »-zig Millionen Russen, die bereits auf ihren Koffern sitzen«, mit Bildern von »Springfluten, die über uns hereinzubrechen drohen« usw.

In allen westeuropäischen Ländern finden zur Zeit verschärfte Auseinandersetzungen statt zwischen Inländern aus den unteren Schichten der Gesellschaft (ArbeiterInnen, SozialhilfeEmpfängerInnen, KleinbürgerInnen) und Einwanderern auf der Suche nach Reproduktionsmöglichkeiten: Schlägereien zwischen griechischen und albanischen Arbeitern, Jagd auf AfrikanerInnen in Italien und Frankreich, Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und Straßenkrawalle in Deutschland. Daß die "multikulturellen Mittelschichten" weniger offensichtlich auftreten, heißt nicht, daß sie weniger rassistisch wären: für sie sind die Flüchtlinge erst mal keine Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, ihre Kinder haben nicht die Probleme von überfüllten Schulklassen mit hohem Ausländeranteil, in ihren Wohnvierteln wird äußerst selten eine AsylbewerberInnen-Unterkunft und nie eine ZASt gelegt.

Die illegale Einwanderung wird von den Politikern als Problem erster Ordnung *inszeniert*. In Italien hat der Staat sichtbar in erster Person gehandelt, als die Albaner im letzten Jahr vom Militär zurück auf ihr Schiff geprügelt wurden. Man weiß inzwischen, daß die Flucht des Schiffs aus Albanien in Zusammenarbeit zwischen italienischer und albanischer Regierung eingefädelt worden war. Auch in der BRD wird spätestens seit Rostock kräftig gefädelt: Hier versucht man allerdings die Kasernierung und beschleunigte Abschiebung unerwünschter Ausländer als das Sichbeugen der Regierung vor aufgebrachten Bürgern darzustellen.

Es gibt in der BRD einen Bedarf an Niedriglohnarbeit, der nur durch Einwanderung befriedigt werden kann. Bisher haben es Immigranten aber immer recht schnell geschafft, nach einer gewissen Zeit den gleichen Lohn zu haben wie die "Inländer". Hier versuchen die Kapitalisten durch eine Hierarchisierung der Einwanderung gegenzusteuern und den Angleichungsprozeß zu bremsen. Eine in den letzten zwei Jahren stark benutzte Möglichkeit sind Saisonverträge, Kontraktarbeit, Werkverträge, die die Ausbeutung von (Kontingent-)ArbeiterInnen aus Polen, Jugoslawien, Rumänien, der CSFR zu niedrigeren Löhnen erlauben. Auf der untersten Stufe werden Menschen ausgebeutet, die sich illegal im Land aufhalten.

Illegale Arbeitskräfte sind für den einzelnen Unternehmer billiger, sie bezahlen aber wenig oder gar keine Steuern und Sozialabgaben. Das deutsche Sozialsystem ist nur finanzierbar durch die Einwanderung von (jungen) Arbeitskräften, deren Ausbildung (den deutschen Staat) nichts gekostet hat, und die hier arbeiten und Kranken- und Rentenkassen auffüllen, ohne sie im gleichen Maß zu belasten oder sogar ohne je Leistungen daraus zu beziehen, weil sie wieder in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Der Staat hat also ein (finanzielles) Interesse an einer rechtlichen Regulierung der Wanderarbeit.

Dafür ist der Artikel 16 GG dysfunktional: nach Anwerbestopp und Visumzwang ist er die einzige Möglichkeit geworden, legal in die BRD zu kommen. Er schaltet die Bedingungen des freien Markts aus und verhindert geradezu die Aufnahme einer Arbeit. Auch die Aufhebung des Arbeitsverbots änderte daran nichts Wesentliches. Die Kasernierung hat die Funktion, die Flüchtlinge als "Problem" sichtbar zu machen und Kontakte zu den anderen Proleten zu verhindern. Das hat bisher recht gut funktioniert, um das Zustandekommen gemeinsamer Kämpfe (etwa um Wohnraum) zu verhindern. Aber das bürokratische Verfahren hält die Menschen von der Aufnahme einer "normalen" Arbeit ab. Aktuell sagen selbst von denen, die beim illegalen Grenzübertritt aufgegriffen werden, weniger als ein Zehntel, daß sie »Asyl« wollen, die meisten wollen hier »arbeiten« und lassen sich lieber gleich wieder abschieben, um es kurz darauf nochmal zu versuchen – anstatt sich auf Lager, Verschubung und bürokratische Kontrolle einzulassen.

Die rationalste Lösung im kapitalistischen Sinn (lasset die Arbeitskräfte zu mir kommen und wehret ihnen nicht!) wäre ein Einwanderungsgesetz. Daß die Debatte darüber nun schon so lange dauert, liegt daran, daß es egalitäre Ansprüche der Einwanderer festschreiben würde. Gesucht werden Regulierungsmöglichkeiten, um die "ausländische Bevölkerung" der BRD stärker zu hierarchisieren. So hat das neue Ausländergesetz den Status vieler hier lebender "AusländerInnen" verschlechtert, gleichzeitig aber für einige die Einbürgermöglichkeiten verbessert; demnächst werden hier geborene Kinder mit einem deutschen Elternteil automatisch eingebürgert usw.

Man braucht aber auch die Pogrome, um den notwendigen "Handlungsdruck" zur Grundgesetzänderung und anderen Maßnahmen zu erzeugen – und weil sie den Zuwanderern zeigen sollen, daß sie hier Menschen zweiter Klasse sind, daß sie mit gebeugtem Haupt hierherkommen sollen, daß sie nur geduldet sind.

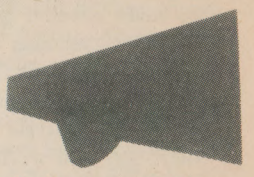
Krise der politischen Klasse – Krise gegen die ArbeiterInnen

Das Szenario der staatlich und medial unterstützten Ausländerfeindlichkeit findet vor dem Hintergrund der tiefsten politischen Krise in der Geschichte der BRD statt. Zwar gingen die Auseinandersetzungen rund um 68 tiefer und hatten viel mehr utopische Kraft, revolutionäre Aspirationen, aber sie konnten in ihrer großen Masse innerhalb weniger Jahre integriert werden: Die meisten 68er wurden zu Vordenkern der kapitalistischen Modernisierung, die Revolte konnte in eine Erneuerung des Systems transformiert werden. Die jetzige politische Krise dagegen ist gekennzeichnet vom inneren Zusammenbruch aller Großinstitutionen. Die Parteien sind im Innern blockiert, funktionieren nicht mehr als Transmissionsriemen zur Basis. Das Verhältnis zwischen dem Verteilen von Pfründen und Konsensbildung ist aus den Fugen geraten. Sie vertreten nur noch sich selbst, und alle wissen das. Das System des Parteienstaats funktioniert nicht mehr. Die Parteispitzen arbeiten in einer großen Koalition des Krisenmanagements zusammen. Weder SPD noch Regierungskoalition verfügen noch über ein politisches Programm.

Dagegen wirken die Parolen der rechten Parteien einfach und verständlich: gegen die Islamisierung Deutschlands, gegen den ECU, die wenigen freien Wohnungen den Deutschen ... Die Volksparteien verlieren

Stimmen, die Wähler greifen zum Protest mittels Stimmenthaltung oder der Wahl rechtsradikaler und populistischer Parteien (»wenn nächsten Sonntag Wahlen wären«, würden 5% rechtsradikale Parteien wählen – aber 40% würden nicht mehr wählen gehen!).
All das gilt verschärft für die Ex-DDR. Die Herausbildung einer neuen politischen Klasse im Osten ist nach dem Verschwinden der Bürgerbewegung durchzogen von Skandalen. Bei der populistischen Rhetorik der neuen Politiker geht es sehr durchsichtig um die Verteilung von Pfründen. Die Kirche, zu DDR-Zeiten "oppositionelle Kraft", ist mit ihrer Verstaatlichung flugs in eine schwere Krise geraten. Die Gewerkschaften haben anfängliche Erfolge mit ihrem Akzeptieren der Lohnspaltung ebenfalls verspielt.
Die Finanzkrise des Staates wurde durch die hohen Anschlußkosten (Alimentierung der Arbeitslosigkeit im Osten, Aufbau der Infrastruktur, Subventionen an investitionswillige Unternehmer) verschärft. Die hohen Zinsen sollen den Staatshaushalt finanzierbar halten und die Konjunktur drosseln. Dabei ist die Krise alles andere als ein "deutsches Problem". In Frankreich und Italien wurde schon der Golfkrieg zur Drosselung der Konjunktur benutzt. Aufgrund der Wiedervereinigung gab es zunächst eine deutsche Sonderentwicklung. Aber nach dem Sommer 91 wurde es auch in westdeutschen Betrieben zunehmend unruhiger, der Stahlstreik wurde in letzter Minute von der IGM abgeblasen. Die Streiks in der Metallindustrie im Frühjahr konnten gerade noch abgewendet werden. Die ÖTV hatte zuvor deutliche Verschleißerscheinungen beim Abwürgen der Streiks im Öffentlichen Dienst gezeigt. Seither schalten die Herrschenden um: Hochzinspolitik, Sozialpakt, Große Koalition (und in unserem Zusammenhang: die bewußte Eskalation der »Asylantenproblematik« mit dem Inkrafttreten des Beschleunigungsgesetzes am 1.7.). Jetzt wird gleichzeitig die Konjunktur gedrosselt, die Betriebe auf *Schlanke Produktion* umgestellt (die Arbeitslosigkeit ist auf Rekordhöhe), der sozialpolitische Angriff verschärft und den Leuten über höhere Steuern und höhere Zinsen ein Teil ihres Einkommens wieder abgenommen (siehe dazu auch »Sozialstaat: auf- oder abwickeln?«).
Durch die Hochzinspolitik und über das EWS exportiert die BRD ihre Schulden und die Arbeitslosigkeit zugleich in die anderen europäischen Länder – und somit in Volkswirtschaften, die schon wesentlich tiefer in der Krise stecken, in Staaten, deren Verschuldung bezogen auf das Bruttosozialprodukt wesentlich höher als die deutsche ist. Die Kämpfe in Griechenland und Italien zeigen, daß das Kapital hier mit dem Feuer spielt. Eine Ausweitung der Arbeiterkämpfe in Italien wäre eine Grenze, die mit den bisherigen politischen Mechanismen nicht überschritten werden kann. Hier kommen dann Herrschaftsmodelle wie *Regierung(en) des Öffentlichen Wohls* (siehe S. 13 ff.) u.ä. ins Spiel. Die Verträge von Maastricht haben auch auf dieser Ebene gezeigt, wo die Reise hingehen soll: Sie treiben die ökonomische Vereinigung Europas voran und schieben die politische Vereinigung, mithin die Möglichkeit, parlamentarischer, "demokratischer" Kontrolle auf unbestimmte Zeit hinaus. Auch die deutsche Wiedervereinigung wurde so durchgesetzt, sie war keine "politische" Entscheidung im parlamentarischen Sinn, die politische Klasse hat in diesem Prozeß abgedankt. Dazu kommt die historische Erfahrung, daß die *Große Koalition* in den 60er Jahren die Herausbildung und Radikalisierung einer *Außerparlamentarischen Opposition* begünstigte, die *Konzertierte Aktion* und Lohnstopp dazu führte, daß die Gewerkschaften ihre Basis nicht mehr einbinden konnten und die ArbeiterInnen wild streikten. Wenn also ein von anonymen Bürokratien und Notstandsregierungen gelenkter Wirtschaftsimperialismus die Regierungsform der Zukunft werden soll, hieße das, eine wesentliche Verschärfung der Repression von vornherein einzuplanen. *Strategie der Spannung* hieße in diesem Fall, die Parteiapparate in solche Koalitionen zu treiben und die gesellschaftliche Opposition zu terrorisieren und auszuschalten. Aber ob es so weit kommt, ist eine andere Frage. Die Herrschenden entscheiden sich für Europa nicht aus freien Stücken, sondern weil sie im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr überleben können – vielleicht können wir ihnen ja zu einem gesamteuropäischen Begräbnis verhelfen!

Exkurs: Die Medien

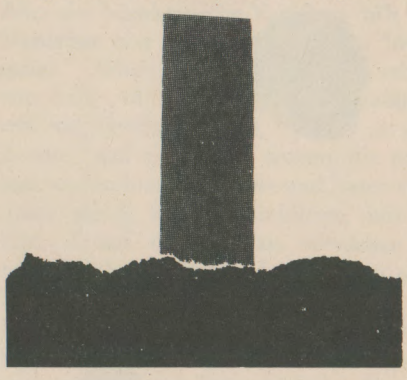


Die Meinungsbildung findet heute nicht mehr in Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen statt. Auf der einen Seite läßt sich eine Individualisierung von Meinungsbildung feststellen, auf der anderen Seite eine "unkontrollierbare Haufenbildung" (Bürgerinitiativen, Fußballfans, Hooligans, Modemnetze ...). Politische Diskussionen laufen immer stärker über Medien (Talkshows).
Wenn Waigel sagt: »Die nächste Wahl wird rechts von der Mitte gewonnen, deshalb dürfen wir Deutschland nicht als Einwanderungsland bezeichnen«, bringt er das Konzept einer politischen Klasse auf den Punkt, die sich nur noch durch Intrigieren, Korrumpieren und Manipulieren von Meinungsumfragen im Sattel hält. Die Regierenden haben keine politischen Programme mehr, sie sind nicht mehr "Macher" oder gar "Gestalter". Ein Vorschlag wird über die Medien lanciert (z.B.: Asylrechtsänderung, Karenztage usw.), eine Zeitlang breitgetreten und schließlich modifiziert oder zurückgezogen.
Die meisten Linken sind den Medien auf den Leim gegangen: eine Demo ist nur toll, wenn sie im Fernsehen kommt; Wirksamkeit kann nur erzielen, wer entsprechende Auflagen hat. Ein Großteil "linker" Politik besteht heute darin, sich über Medienkampagnen (sogenannte »Öffentlichkeitsarbeit«) gegenseitig zu agitieren. Politik machen Individuen in Büros, die »Medienarbeit« machen. So viele Zähne hatte diese Linke gar nicht, wie sie sich auf diesem Weg hat ziehen lassen. Medien bestätigen nur bereits vorgefaßte Meinungen. Die Medien haben das Elend der Welt nur tausendfach gespiegelt – es geht aber darum, sie zu verändern, soll ein bekannter Philosoph gesagt haben.
Die »faschistische Gefahr« ist ein Medienprodukt, das Copyright liegt bei der Linken und den Profitzwängen der kapitalistisch organisierten Medien. Ein und derselbe Fascho erscheint in 5 Zeitschriften; Reporter bezahlen Skins für Angriffe auf Heime; in Talkshows werden Jugendliche aufgefordert, jetzt doch mal endlich »was Ausländerfeindliches« zu sagen; ein brennender Trabbi geht rund um die Welt und transportiert eine Nachricht: Bedrohung durch irreale Gewalt. In Rostock waren während der Randale 500 ReporterInnen

zugange. Nehmen wir mal an, nur die Hälfte von ihnen hätte Kamera und Mikrofon aus der Hand gelegt und jeweils drei hätten sich einen steinewerfenden Jugendlichen geschnappt, dann wäre die Randale beendet gewesen – die Medienfritzen hätten aber durch so ein Vorgehen natürlich weniger Geld verdient.
Es ist schwer dagegen zu argumentieren; viele linksliberale JournalistInnen sind betroffen und wollen durch Übertreibungen ihr Publikum wachrütteln, viele zynische Medienhaie schmieren die Story zurecht, die sich am besten verkaufen läßt – Meldungen über brutale Gewalt, Jugendgangs und Rassismus haben heute Konjunktur; und schließlich macht auch die Antifa mit Übertreibungen und Gerüchteküche Politik.
Alle nehmen die Welt heute wahr als eine von zunehmender Aggressivität, wachsender Gewalttätigkeit und steigender Kriminalität. Die Herrschenden machen bewußt Politik mit dieser Angst, sie fördert die Erfahrung der eigenen Machtlosigkeit.
Aber ist diese Wahrnehmung richtig? Untersuchungen kommen oft zu gegenteiligen Ergebnissen (und so gut wie immer zu Differenzierungen: beispielsweise stieg in der Ex-DDR die Zahl der Diebstähle an, aber »die Zahl der angezeigten Sittlichkeitsverbrechen ist gesunken«). Ist die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersaussehenden wirklich geringer als z.B. in den 60er Jahren? Sind wir nicht dabei, uns in eine verklärte Vergangenheit zu flüchten und die Gegenwart denen zu überlassen, die Interesse an unserer Angst haben?
Auch die jugendlichen Randalierer gehen den Medien auf den Leim, die denjenigen groß rausbringen, der die abgebrühtesten Sprüche aufsagt. Sie mögen den Eindruck haben, daß sie die Medien benutzen. In Wirklichkeit werden *sie* benutzt, um die Message rüberzubringen, die schon feststand. Wie werden sie den Widerspruch verarbeiten, daß die Medien sie zu (Anti-) Helden stilisieren, sich an ihrer beschissenen Situation aber gar nichts geändert hat?

Umbau der Gesellschaft – die neue Form von Herrschaft

Der gegenwärtige Umbau der DDR-Gesellschaft (und der ganzen BRD!) zielt auf das Zurückdrängen aller egalitären Ansprüche. Die Gesellschaft soll mobilisiert und stärker hierarchisiert werden, um aus den Menschen mehr Arbeit herauspressen zu können. In diesem Prozeß funktioniert Rassismus als Katalysator. Dabei geht es weniger um den Hautfarben-Rassismus, sondern um einen Rassismus, der nach Leistungswilligkeit und -fähigkeit selektiert. Solch ein aufgeklärter Rassismus ist nicht dysfunktional in einem Einwanderungsland wie der gegen "die Italiener" oder gegen "die Türken", gegen den auch die Unternehmerverbände protestieren. Bei den Krawallen in Schönau waren auch "Ausländer" beteiligt.
Es gibt einen augenfälligen Zusammenhang zwischen der Abwicklung von relativ gutbezahlten Arbeitsplätzen und dem Hochkochen von »ausländerfeindlichen Ausschreitungen« (1991: Hoyerswerda/Braunkohle; 1992: Rostock/Werften). Die Armut der Flüchtlinge führt den Arbeitslosen auf der Warteschleife den möglichen rasanten Abstieg in der Leistungsgesellschaft vor Augen. Die deutschen Arbeitslosen bekommen gegenüber den Flüchtlingen ein Gefühl von Neid und Machtlosigkeit, weil sie sich nicht (mehr) so gut organisieren können. (Und das ist ja auch politisch die Hauptabsicht der Umstrukturierung: bisher haben über drei Viertel aller Leute den Arbeitsplatz gewechselt. Das westdeutsche Kapital will den ArbeiterInnen erst die Reste ihrer Macht wegnehmen, um sie dann effektiver ausbeuten zu können.)
Der Staat präsentiert die Flüchtlinge als Sündenböcke, um die soziale Unzufriedenheit zu kanalisieren und sich austoben zu lassen. Mit dem Drohbild faschistischer Gewalt bringt er andererseits die politische Opposition gegen die weitere Aufrüstung zum Verstummen. Eine politische Klasse, die kein Programm mehr vertritt, zwischen widersprüchlichen Interessen zerrieben wird, keine Legitimation beim "Wahlvolk" mehr hat, versucht an der Herrschaft zu bleiben, indem sie existierende Spannungen nicht mehr löst, sondern verschärft: Destabilisieren, um zu stabilisieren, Strategie der Spannung. Angst und Schrecken durch faschistische Angriffe, die Drohung mit dem Massaker, die Warnung vor dem Überrolltwerden durch die Armutswanderung. Die "antifaschistische Front" unter anderen Vorzeichen. Der Ruf nach mehr Polizei, mehr Staat, mehr Autorität und Bundeswehreinsatz gegen die irrationale Gewalt in der Welt erschallt bis in die Linke hinein.



Akteure und Claqueure

Die Massen
Die Beteiligung ansonsten unauffälliger Bürger an gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlingsheime und auf die Polizei ist ein neues Phänomen im Nachkriegsdeutschland. Die Eruption ist allenfalls in ihrer Heftigkeit, aber nicht in Dauer und Ausbreitung, mit dem Mai 87 in Kreuzberg vergleichbar.
Gerade zwei Jahre nach dem Anschluß sind die Parteien und Gewerkschaften in der Ex-DDR am Ende – aber die Leute bleiben mit ihrer Kritik auf halber Strecke stehen: Sie verweigern sich und beklagen im nächsten Moment, sie würden von politischen Entscheidungsprozessen »ausgeschlossen«. Sie merken, daß dieser Staat gegen ihre Interessen handelt, aber anstatt ihn zu bekämpfen, verweigern sie nur ihre Teilnahme, stehen im Schmollwinkel: erst Opfer des Stalinismus, dann Opfer der Umstrukturierung, Opfer der Medien, Opfer der Antifa... Die Panik vor der Zukunft wächst, aber sie packen nicht selbst was an, sondern warten, daß jemand vorbeikommt und ihnen Vorschläge macht. Gerade die von staatlicher Alimentierung Abhängigen haben Panik, ihr Geld an bettelnde Roma zu verlieren.
Krawalle sind oft Verhandlungsformen in Systemen, wo Menschen sich nicht (mehr) politisch vertreten fühlen. In den neuen Ländern funktioniert das System von Verhandeln und Abfedern noch nicht. Speziell die *verlorene Generation* der heute über 50jährigen hat ein Leben lang geschuftet und sitzt heute ohne Perspektive im neu eingerichteten Wohnzimmer.

»Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft« steht im Ludwigshafener Papier zu Schönau (siehe Beilage). Das gilt um so mehr für die Rostocker, Eisenhüttenstädter usw. BürgerInnen – und an der Oberfläche haben sie damit Erfolg: die Minister stellten sich hinter ihr Volk, es wird massig Geld fließen in Form von Sonderprogrammen (*gegen Aggression und Gewalt* allein 20 Mio. DM), ABM und Jugendhilfe, die Anwohner bekamen einen Monat mietfrei oder reduzierte Mieten.... Aber in der Substanz wird sich an ihrer Situation nichts ändern; sie sind überflüssig, und das spüren sie.

Die Faschisten

Bisher haben die Faschisten kaum organisatorische Erfolge unter den Jugendlichen der ehemaligen DDR, aber Rostock und die damit losgetretene Welle von Angriffen auf "Ausländerheime" könnte ein Anfang werden: Organisierte Gruppen fanden in Lichtenhagen reißenden Absatz für Baseballschläger und vorbereitete Mollies.

Die DDR war offiziell »antifaschistisch« und hatte zunächst auch stärker mit der faschistischen Vergangenheit aufgeräumt als die BRD, wo frühere Nazis Minister, General, Kanzler und Bundespräsident wurden. In beiden Nachkriegsdeutschlands hielt man neonazistische Gruppen klein. Es gab aber auch in der DDR gegen Ende eine Zunahme solcher Gruppen, die sich zum Beispiel innerhalb der FDJ kontrolliert organisieren konnten. Da man aber offiziell »antifaschistisch« war, wurde dieses Thema stark tabuisiert, unabhängige Antifa-Gruppen, die solche Entwicklungen öffentlich machten und angriffen, wurden kriminalisiert. Der Haß auf den SED-Staat, der als "links" identifiziert wurde, und das Fallen sämtlicher staatlicher Zwänge während der Wende waren dann ideale Bedingungen für die Propaganda faschistischer Organisationen aus dem Westen. Auch die BRD hat die Neonazis unter Kontrolle und am Rand des politischen Geschehens gehalten. Die Geheimdienste haben V-Männer in die Mini-Organisationen geschickt und sie kleingehalten. Aus dieser Logik gab es in der Vergangenheit nur einen "Ausreißer" im Jahr 1980 mit dem Massaker auf dem Oktoberfest, das nie richtig aufgeklärt wurde.

Seit einiger Zeit ändert der Staat sein Verhältnis zu den Neonazis. Spätestens Rostock war der Beweis, daß neonazistische Gruppen benutzt werden, um Politik zu machen. Wir wissen inzwischen, daß CDU und SPD in Rostock sich einig waren, die Situation vor der ZASt so weit zu verschärfen, daß es kracht. Bekannt ist ebenfalls, daß bekannte Faschistenführer bei der Randale anwesend waren und sie zu steuern versuchten, daß aus Autos heraus Mollies an die randalierenden Jugendlichen verteilt wurden – und daß niemand von diesen organisierten Faschisten verhaftet wurde (mit Ausnahme eines stark kurzsichtigen österreichischen Nazis). Zeitlich abgestimmt auf die Randale in Rostock explodierte in Hannover eine Bombe auf einem Volksfest, wobei es (glücklicherweise? noch?) zu keinen Toten kam.

Daß die Bullen dann Mitte September in Sachsen mehr als hundert Wohnungen von »Rechtsextremisten« durchsuchen, steht dazu steht nicht im Widerspruch. Auch wenn gewisse staatliche Stellen faschistische Gruppen benutzen, so müssen doch Staatsschutz und Bullen einen Überblick behalten und von Zeit zu Zeit zeigen, wer Herr im Hause ist.

Die Jugendlichen

In vielem ähneln die Verhaltensweisen und Krawalle dieser Kids den Halbstarkenkrawallen in den 50er und Anfang der 60er Jahre, in anderem der stumpfen Gewalt der SA-Truppen Anfang der 30er.

(Ich meine im folgenden Absatz wirklich die »kids«, also »die vergessene Generation der 13- bis 16jährigen«. Ich halte es für wichtig, so genau wie möglich Unterschiede etwa zu über 20jährigen, bewußt gegen Ausländer vorgehenden »Rechtsradikalen« zu machen.) Der Verlust früherer sozialer Bindungen, die Orientierungslosigkeit der Eltern, das Gefühl allseitiger Bedrohung führen zu einer Straßenkultur der kids. Antifas und Linke sind schnell bei der Hand, diese Jugendlichen mit den »Faschos« und »Rechten« in einen Topf zu werfen, aber das greift zu kurz: Die wenigsten, auch solche, die sich als »rechts« bezeichnen, haben ein gefestigtes Weltbild. *Fußball-Randale* und *Joy-riding* sind in England seit Jahren verbreitete Freizeitsportarten proletarischer Jugendlicher. Es ist absurd, wenn Autonome, die auf Riots in Frankreich und Britain kritiklos abfahren, die Jugendlichen, die hier das gleiche machen, zunächst nicht wahrnehmen, und dann, wenn sie sich vor Asylheimen austoben, kurzerhand zu »Faschisten« erklären. (Erinnert Ihr Euch an den Artikel in der *Wildcat* Nr. 56 "Die Vorstadtindianer" über antisemitische Tendenzen in den französischen Riots?)

Das Problem mit den kids in Rostock, Eisenhüttenstadt, Quedlinburg usw. usf. ist, daß sie nicht wirklich revoltieren, daß sie in ihrer Opposition (genauso wie ihre Eltern auf einer anderen Ebene) auf halbem Weg stehenbleiben. Sie exekutieren in ihren Krawallen die Meinung ihrer Eltern. Sie haben einen riesen Haß auf den Staat und alles, was dazu gehört – die Riots sind auch immer Zoff gegen die Bullen. Aber sie sind feige und spießig, wenn es darum geht, die Nabelschnur zur alten Welt wirklich zu durchtrennen, selber was zu machen, eigene Wege auszuprobieren. Sie toben sich an Wehrlosen aus, randalieren gegen die Roma. Sie hören nicht auf ihre Mädchen, die sich schon in diese verliebt und Kontakt zu ihnen aufgenommen haben. Sie wollen das Neue nicht sehen. Aber entweder sie gehen weiter und revoltieren wirklich, oder sie kommen unter die Räder. Hilfstruppen des Staates, die er tagelang gewähren und ihre Rolle spielen läßt – um sie später dann vielleicht einzuknasten und exemplarisch zu bestrafen (Ende September sind die Knäste in Rostock und Umgebung überfüllt).

Die Krawalle der Halbstarken und Rocker waren Vorläufer der Jugendbewegung und Klassenkämpfe Ende der 60er, die SA-Banden waren die Fußtruppen des Dritten Reiches. Aber eines ist sicher: eine Linke, die weder radikale Kritik am Bestehenden noch eine gesellschaftliche Utopie entwickeln und praktizieren kann, wird dabei nichts mitzureden haben! (siehe auch unsere Thesen in *Wildcat* 59, S. 30 f.)

Luftlandetruppen in Rostock

Sozialstaat: Auf-

Seit Jahresbeginn erleben wir ein Feuerwerk von sozialen Einsparungsvorschlägen. Jeder Politiker, der etwas auf sich hält, erklärt, wie und wo »jetzt aber endlich gespart« werden müsse. Die Linke ist schnell mit dem großen Gejammer über den »Sozialabbau«, die »Demontage des Sozialstaates« bei der Hand. Aber zunächst mal drückt sich in dem Wirrwarr der Vorschläge die aktuelle Schwäche des Staates aus: er scheint zu grundlegenden Entscheidungen nicht in der Lage; daher der Ruf nach »Großer Koalition« und »Sozialpakt«.

Die Kaskade von Vorschlägen, Drohungen, Kürzungsabsichten erfüllt natürlich einen gewissen Zweck: Verunsicherung in der Arbeiterklasse, Gewöhnung und Hinnahme der vielen kleinen Kürzungen, Verteuerungen kommunaler Dienste usw., die im Schatten der großen Umbaupläne bleiben.

Anläßlich der Tarifrunden dieses Frühjahrs war gesagt worden, es brauchte eine kleine oder größere Krise, um mit den »Begehrlichkeiten« der Menschen fertig zu werden. Seit dem Frühjahr ist diese Krise angestrebt worden. Die Deutsche Bundesbank hat die Zinsen auf das höchste Niveau der Nachkriegsgeschichte gehoben und damit klargemacht, daß es einen weiteren schuldenfinanzierten »Aufbau« der Volkswirtschaft nicht geben wird. In allen wichtigen Branchen haben die Unternehmer seit dem Sommer auf Krise geschaltet. Auto- und Stahlindustrie haben ihre Programme zur Reduzierung von Arbeitsplätzen auf den Tisch gelegt. Die Bundesbank verallgemeinert nur das, was für das Kapital sowieso ansteht: ein größerer »Investitionsstreik« (dieser Begriff kommt der Wahrheit des Krisengeschehens näher als die linke Jammerei über die »naturhafte Krisenanfälligkeit« des Kapitalismus). Die führenden Politiker räumen nun »Fehler« des schnellen Einverleibung der DDR ein – womit sie nur meinen, daß dort zu viele Erwartungen geweckt bzw. nicht genügend zurückgewiesen wurden, daß der schnelle »Anschluß« ein soziales und institutionelles System auf den Osten übertragen hat, dessen Prinzipien nicht darauf ausgerichtet sind, die *Einführung* der kapitalistischen Variante von Arbeitsgesellschaft zu sichern, sondern sich als Flankierung eines produktiven Klassenkompromisses nach der weltweiten revolutionären Drohung des Jahres 1917 im Westen entwickelten. Die brutalen Umwandlungskonzepte in Polen oder der Tschechoslowakei gelten heute schon als die erfolgreicheren Modelle.

Aber die hier beliebte Darstellung, die Krise und die Einschnitte beim Sozialstaat seien Folgen und Kosten der Wiedervereinigung, verdeckt die Probleme des Kapitals mit der Arbeiterklasse im Westen. Die Wiedervereinigung und die sogenannte besondere »Anschlußkonjunktur« in Deutschland haben nur verdeckt, daß es sich um Probleme zwischen Arbeiterklasse und Kapital in ganz Europa handelt. Mit den »Währungsturbulenzen« konnten Länder wie Italien und Schweden genug Krisen- und Notstandsstimmung erzeugen, um die nicht mehr zu kontrollierenden Ansprüche einzudämmen und politische Kompromisse für härtere Einschnitte zu finden. Dabei diente diese Inszenierung nur der Fortsetzung und Dramatisierung einer Entwicklung, die schon vorher eingeleitet wurde: Abschaffung der scala mobile in Italien, Lohnerhöhungen unter

oder Abwickeln?

der Inflationsrate bei der IG Metall für 1993, in Großbritannien und Frankreich gab es schon im Frühjahr Streichungen in der öffentlichen Wohlfahrt.

Das Dilemma

»Die sozialen Ausgaben machen in den entwickelten Marktwirtschaftsländern heute 25 Prozent des Volkseinkommens aus, 1960 lag dieser Anteil nur bei 12 Prozent. Gleichzeitig sind die Systeme des sozialen Schutzes heute so stark in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingebunden und genießen eine so mächtige Unterstützung, daß es nicht vorstellbar wäre, sie von Grund auf in Frage zu stellen« (aus einem Bericht über eine Tagung der ILO zur Zukunft der sozialen Sicherheit in den Industrieländern). So etwa kann das Dilemma des heutigen Sozialstaates umschrieben werden. Dabei geht es aber nicht um die absolute Höhe der Sozialausgaben. Warum soll ein Sozialstaat, der 25 Prozent des Volkseinkommens verbraucht, weniger produktiv sein. Seine Funktion ist es, den produktiven Frieden zwischen Arbeiterklasse und Kapital zu garantieren. Hier liegt das seit den 70er Jahren ungelöste Problem der westlichen Sozialstaaten.

Die »produktive Basis« des Sozialstaates beruhte auf einer bestimmten Kollektivität und bestimmten Hoffnungen auf eine Überwindung der existentiellen Unsicherheit im Kapitalismus. Diese Kollektivität ist seit dem Zusammenbruch der Arbeiteroffensive Ende der 70er Jahre in der Krise. Das gewerkschaftliche und sozialstaatliche Modell von »Solidarität« und »Klasseneinheit« wird in der Arbeiterklasse selbst immer bedeutungsloser. So wie gewerkschaftlicher Organisationsgrad und Beteiligung überall in Europa sinken, so schindet auch die Akzeptanz für zwangskollektive Sicherungsstrukturen wie Pflichtversicherungen – zumindest in den besser verdienenden Teilen der Klasse. Ansätze zur Privatisierung von Versicherungen und sozialen Leistungen sind daher nicht nur »Angriff« des Kapitals auf die Klasse, sie sind auch Ausdruck der

Das zweite Moment, was die »Produktivität« des Sozialstaates aushöhlt ist der Zusammenbruch planwirtschaftlicher Vorstellungen und Hoffnungen. Der westliche Sozialstaat konkurrierte mit der planwirtschaftlichen Arbeitsplatz- und Einkommensgarantie im Sozialismus. Der Sozialstaat verband sich mit »utopischen Energien«, dem Versprechen auf eine bessere Welt (zwar als ewiger Prozeß, aber immerhin). Die fehlende politische Konkurrenz zum Osten, hat dem Sozialstaat – wie dem gesamten Modell der westlichen Demokratie – eine wesentliche Legitimationsstütze entzogen.

Das Dilemma besteht nun darin, daß sozialstaatliche Leistungen immer weniger ein Stachel zu Arbeit und Wohlverhalten sind, daß aber umgekehrt jeder Einschnitt auf den wütenden Protest der bisherigen »Besitzer« dieser Leistungen stößt. (In dem Zusammenhang ist es interessant, daß die kollektiven Sicherungsrechte des Sozialstaates 1980 ganz offiziell vom Bundesverfassungsgericht in individuelle Eigentumsrechte, sogenannte »Besitzstände« umdefiniert wurden.)

»Umbau des Sozialstaates«

Von einer absehbaren »Demontage des Sozialstaates« kann daher nicht die Rede sein. Die Planer sehen Chancen in einem Modell, das die aktuellen Linien von Klassenspaltung aufgreift und vertieft:

»- Ausdehnung der Mindestleistungen auf die gesamte Bevölkerung, mit oder ohne Bindung an Eigenmittel;
- Ausweitung der Systeme, die sich technisch an der Sozialversicherung orientieren;
- Entwicklung einer dritten Säule, die auf privaten Zusatzsystemen beruht.« (ILO, s.o.)

In groben Zügen bedeutet dies folgendes: die Mindestabsicherung soll eine Vielzahl von Regelungen für besondere Gruppen durch ein gleiches Mindesteinkommen ersetzen, was für bestimmte Gruppen zwangsläufig bedeutet, daß Leistungen wegfallen, die sich an ihrem tatsächlichen Bedarf orientieren – aber »gleiches Mindesteinkommen« hört sich ja schön demokratisch und gerecht an. Die Systeme der Sozialversicherung können wirksamer eingeschränkt werden – z.B. Karenztage, höhere Selbstbeteiligung an Gesundheitskosten, Reduzierung der Altersversorgung –, wenn gleichzeitig private Versicherungen und Zusatzversicherungen geschaffen werden. Der Protest gegen solche Kürzungen wird dann darauf verwiesen, es seien ja zusätzliche oder alternative Privatversicherungen möglich – was sich bei den Besserverdienenden und stärker individualisierten Schichten mit ihrer Gerechtigkeitsvorstellung trifft: wer weniger krank ist, erhält Beiträge rückerstattet. Die gesamten Pläne zum Umbau der Gesundheitsversorgung greifen dabei die Ideologie der »selbstverantworteten Gesundheit« auf, die sich aus Müsli- und Fitnesskultur entwickelt haben.

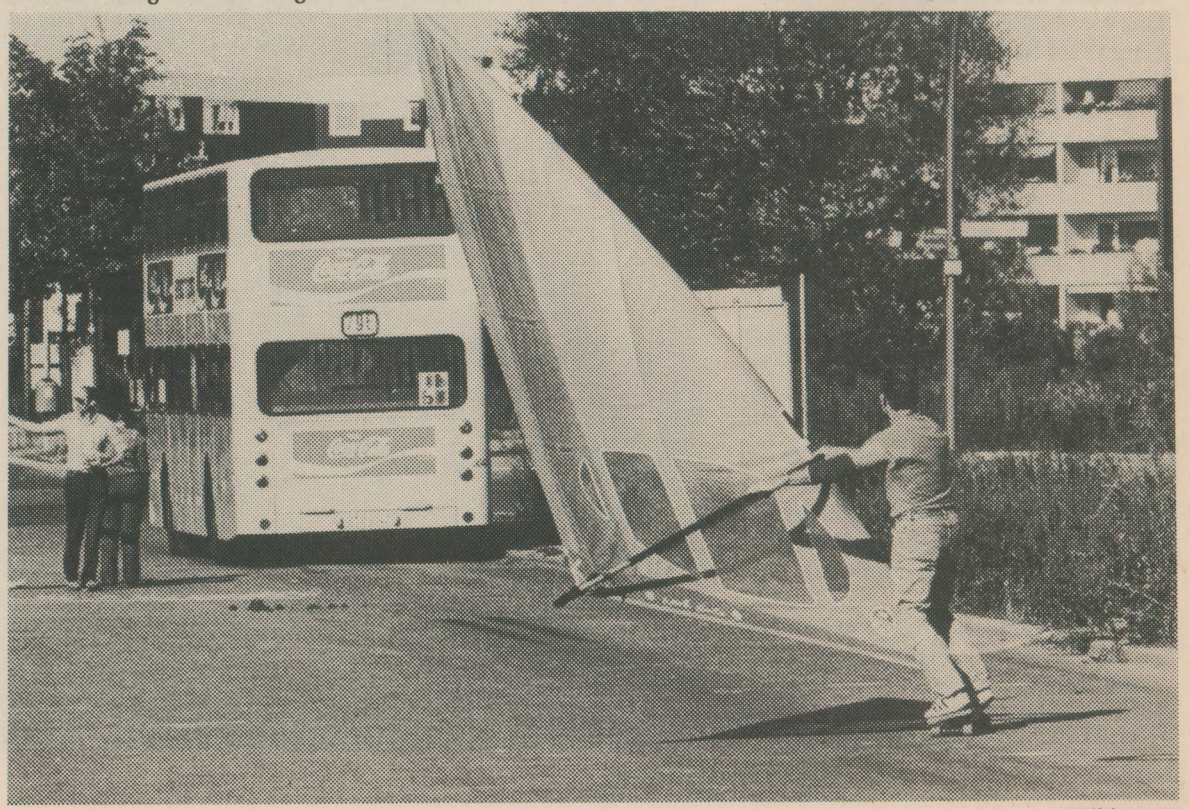
¿ »Heißer Herbst« !

Zentrale Pakete für die Umstrukturierung des deutschen Sozialstaates kommen nicht voran: Gesundheitsreform, Pflegeversicherung, Arbeitszeitregulierung. Die Abbremsung der Konjunktur, tägliche Meldungen über Entlassungen oder Kurzarbeit sollen jetzt ein Klima schaffen, in dem sich diese Kürzungen und die Ausweitung bzw. Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit durchsetzen lassen. (Sowohl in Schweden wie in Italien ist die Heraufsetzung des Pensionsalters wesentlicher Bestandteil der soeben verabschiedeten Sparpakete.) In Italien hat das als »Notstandsverordnung« durchgeboxte Programm sofort wilde Streiks und Proteste – insbesondere gegen die sich ruhig haltenden Gewerkschaften – ausgelöst (siehe Seite 13 ff. in diesem Heft). In Deutschland laviert das Regime noch. Die Ausschreitungen gegen Ausländer und die Konzentration auf die Asyldebatte sind ein wichtiges Manöver in ihrem Konzept der Regierbarkeit. Das Thema »drohender Faschismus« ist geeignet, die »demokratischen Kräfte« an einen Tisch zu bringen.

Der Vorschlag »Sozialpakt« ist von Regierung und Kapital bereits vor der eigentlichen Formulierung vorbereitet worden. Eigentlich hätte man erwarten können, daß die »Solidarabgabe« wie viele andere Verteuerungen oder Einschränkungen, die zunächst »vorübergehend« eingeführt wurden, verlängert würde. Aber während der DGB zum 1. Mai noch das »Teilen« zum Motto erhob, warnten schon Unternehmervertreter vor der »sozialen Schieflage« bei der Verteilung der »Kosten der Einheit«. Vorschläge zu Zwangsanleihe oder Arbeitsmarktabgabe bei Besserverdienenden waren weitere Signale an die Gewerkschaften. Das Thema »Karenztage« scheint dabei zu einem Ablenkungsmanöver zu werden. Mehr propagandistisch eingeführt, können sich die Gewerkschaften am »Erhalt dieser Errungenschaft« gründlich abarbeiten und gleichzeitig die Politik des »Sozialpaktes« vorbereiten.

... oder »Sozialpakt«

Die Herbstkampagne des DGB – »Wir lassen uns das soziale Netz nicht zerreißen« – wird zu einer Kampagne *für* den Burgfrieden: auf den Kundgebungen formulieren die Redner die *Bedingungen* für diesen Sozialpakt. Darüber sind Unternehmer und Regierung bereit zu reden. Und auf der anderen Seite lenken die Gewerkschaften an vielen Punkten ein: bei der Lufthansa – oder auch bei Vereinbarungen zu untertariflicher Bezahlung im Osten (wie beim Motorradwerk Zschopau). Die betriebliche und gewerkschaftliche Linke, die sich mal wieder voll Hoffnung auf das Brösel der gewerkschaftlichen Herbstkampagne stürzt, spielt dabei mit und tappt in die Falle dieser Mobilisierungen. In Italien werden die Gewerkschaftsredner wenigstens verprügelt.



Italien im September 92:

Notstandsregierung, Sparprogramme und wilde Streiks

Am deutlichsten zeigen sich die Auswirkungen der Krise in Ländern wie Italien und Schweden: Notstandsregierungen der "Nationalen Einheit" beschließen drakonische Sparmaßnahmen und Angriffe vor allem auf die LohnarbeiterInnen und RentnerInnen. In Griechenland schon seit Monaten und nun (hoffentlich!) seit Mitte September auch in Italien brechen die ArbeiterInnen aus den "Sozialpakten" aus und kämpfen in wilden Streiks und auf der Straße (in Griechenland seit Wochen im regelrechten Barrikadenkampf) gegen die Krisenpolitik. Wir haben kurz vor Fertigstellung der Zeitung GenossInnen in Norditalien gefragt, ob sie uns über die neueren Entwicklungen einen kleinen, aktuellen Bericht schreiben könnten. Was dazu rauskam, hat uns nicht ganz zufriedengestellt: Renato beschreibt die Situation recht stark aus dem Blickwinkel der "Alternativgewerkschaften", die im letzten Jahr in Italien entstanden sind. Er kommt so zu recht niederschmetternden Einschätzungen. Uns würde viel mehr interessieren, ob da neue Sachen entstehen, ob die italienische Arbeiterklasse die Kraft zum Bruch mit "ihren" Gewerkschaften und Parteien aufbringt und gleichzeitig zum Gegenangriff auf die Regierungspolitik. Eine kleine dpa-Notiz vom 23.9. läßt uns Renatos Schlußfrage doch um einiges optimistischer beantworten: »Etwa 150 000 Menschen in Mailand und rund 50 000 in Bologna haben heute gegen die Sparmaßnahmen der italienischen Regierung protestiert. Dabei griffen linksradikale Demonstranten die Gewerkschaftsführer mit Steinen, Eiern, Flaschen und anderen Gegenständen an. Viele hunderttausend Arbeitnehmer legten zudem die Arbeit nieder.«

Innerhalb kurzer Zeit hat sich die Lage der italienischen Arbeiterklasse dramatisch verschlechtert, so daß man ohne Übertreibung von einer sozialen und politischen Katastrophe sprechen kann. Die Arbeiterbewegung sieht sich möglicherweise der härtesten Herausforderung seit den fernen fünfziger Jahren gegenüber, als die Polizei auf Arbeiterdemonstrationen schoß und hinter den Kulissen immer wieder faschistische und autoritäre Umstürze drohten. Und gerade jetzt sind die traditionellen Organisationen in einer tiefen Krise und die neuen politischen Strukturen, die sich als Sprachrohr des Arbeiterwiderstands verstehen, schwach.

Um die gerade ausbrechenden Kämpfe zu erklären, müssen wir nochmal kurz die Etappen durchgehen, die zu diesem neuen Notstand geführt haben. Der Auslöser der aktuellen italienischen Krise ist der Vertrag von Maastricht und seine wirtschaftlichen Auswirkungen auf die inneren gesellschaftlichen Gleichgewichte. Bekanntermaßen erlegt Maastricht den EG-Ländern bestimmte ökonomische Rahmendaten auf, was öffentliche Verschuldung, Haushaltsdefizit, Inflationsrate und Zinshöhe betrifft. Auf den Märkten hat sich schnell die Überzeugung verbreitet, daß Italien diese Rahmendaten nicht werde erreichen können ohne eine drastische Abwertung der Lira, sei es wegen des fortschreitenden Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Produkte in den letzten zwei Jahren, sei es wegen der astronomischen Staatsverschuldung (man spricht von zwei

Trilliarden Lire, das sind ca. drei Billionen DM). Die Spekulation hat aus drei Gründen die schwachen Währungen des EWS, insbesondere die Lira, ins Visier genommen: wegen des *Nein* der Dänen im Referendum, wegen der Erhöhung der Zinsen in Deutschland und wegen des französischen Referendums am 20. September. Man war allgemein überzeugt, daß die Lira nach dem 20. September abgewertet würde; folglich lohnte es sich, bis zur letztmöglichen Woche Lire zu kaufen, was mit Zinsen von 15-16% belohnt wurde, und sich ihrer dann vor dem französischen Referendum zu entledigen. Deshalb flossen in den ersten beiden Septemberwochen riesige Kapitalmengen aus der Lira und dann auch aus dem englischen Pfund und der Peseta ab; die italienische Abwertung um 7% reichte nicht aus, um die Spekulation zu bremsen. Das EWS ist geplatzt, die Lira verläßt es für (offiziell) drei Tage, die Regierung muß die Vorlage des Haushaltsgesetzes 93 vorziehen, um den Märkten ein deutliches Signal zu geben. Das Haushaltsgesetz ist drakonisch: es sieht Einsparungen bei den Sozialausgaben von 60 Mrd. DM vor und zwar vor allem im Gesundheitswesen und bei den Renten. Die Einnahmen durch Steuern usw. sollen um weitere 60 Milliarden steigen, Privatisierungen/Verkauf von Staatseigentum soll 10 Milliarden bringen. Hier muß ich weiter zurückgehen.

Ein neuer Sozialpakt

Am 31. Juli haben Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften einen Sozialpakt unterzeichnet, um die italienische Wirtschaft zu stabilisieren, der die Rückführung der *Scala mobile* auf Null (automatischer Inflationsausgleich) vorsah, die 40% des Einkommens vor der Inflation schützte, weiter die Blockierung der regionalen und Firmentarifverträge bis Ende 1993, Lohnstopp im Öffentlichen Dienst mit 24 DM (!) Ausgleichszahlung pro Monat für das nächste Jahr. Nicht einmal mit diesen Maßnahmen konnte Vertrauen in die Wirtschaft eingeflößt werden! Alle ArbeiterInnen waren wütend über das Abkommen, aber ihre Wut ist aus mehreren Gründen nicht öffentlich geworden: die großen Ferien, die hohe Arbeitslosigkeit, das allgemeine Mißtrauen gegenüber der Gewerkschaft und in die Möglichkeit, etwas machen zu können, haben ein dramatisches Klima geschaffen, aus dem es kein Herauskommen gab. Die Gewerkschaftslinke hat ohne Erfolg die verbindliche Befragung der ArbeiterInnen gefordert, dann hat die Beschleunigung der Ereignisse jegliche Aktivität überholt.

Die letzte Woche war unter vielen Aspekten interessant und auch ermutigend. Nach dem 22. September hat es regionale viersttindige Generalstreiks gegeben, zu denen CGIL-CISL-UIL aufgerufen hatten. Die Beteiligung war fast überall optimal war (insgesamt waren über 1,5 Millionen ArbeiterInnen und RentnerInnen auf der Straße!). Bei allen Demos kam starker Unmut gegen die Gewerkschaftsführer hoch: In Florenz wurden Schraubenmuttern und Kartoffeln auf Bruno Trentin, den Generalsekretär der CGIL, geworfen; am Mittwoch wurde in Mailand, wo 200 000 auf der Straße waren, Veronese von der UIL angegriffen, das gleiche am Donnerstag in Neapel und Genua, schließlich letzten Freitag in Turin. Im allgemeinen gingen diese Angriffe von Leuten aus der autonomen Bewegung und von *Rifondazione Comunista* aus, aber die breite Zustimmung auf der Straße "schützte" diese Aktionen. Die Gewerkschaftsführer beschränkten sich deshalb darauf, eskortiert von Polizeiketten und immer stärkerem Ordnungsdienst auf die Straße zu gehen, und sprachen dann hinter Schutzschildern aus Plexiglas, Schirmen, Zeitungen usw.

Anmerkung vom 27. 9. - 1 -

Die Basisorganisationen wie die CUB (Comitati Unitari di Base) hatten für den 2. Oktober einen Generalstreik angekündigt, aber die politischen Rahmenbedingungen haben sich rasch verändert, und dieses wichtige Ereignis droht nun unterzugehen und vermengt zu werden mit den von der institutionalisierten Gewerkschaft angekündigten Kämpfen gegen das Haushaltsgesetz. Es kann passieren, daß die italienischen ArbeiterInnen im Herbst hinter denselben Bürokraten auf die Straße gehen, die Ende Juli ihre Interessen verkauft und ihre Löhne gekürzt haben!

Die Streikbeteiligung war überall sehr hoch und hat auch explosionsartig Fiat in Turin erfaßt: es gab zu wenig Busse aus dem Werk heraus, um alle Leute, die mitwollten, zur Demo zu bringen. Die Gewerkschafter haben dann nur noch ganz kurze Reden gehalten, oder eine Stunde früher angefangen und sofort nach der Ansprache das Weite gesucht um dem Protest zu entgehen. Natürlich identifizieren sich die Leute, die sich am Streik beteiligen und auf die Straße gehen, um mit der Gewerkschaft abzurechnen, nicht mit den vagen und allgemeinen Zeilen, die sich die Gewerkschaft gesetzt hat. CGIL-CISL-UIL haben eine Gegen-Plattform aufgestellt, die nur partiell den Klassencharakter des Regierungsmanövers modifiziert. Es begrenzt die Streichungen bei Renten und Gesundheitswesen und fordert größere Härte gegenüber den Steuerflüchtigen und bei der Besteuerung der Vermögen. Die Gewerkschaft stellt nicht ihre Unterschrift unter das Abkommen von 31.7. zur Disposition, die der wahre Grund für die Wut der Leute ist.

Anmerkung vom 27. 9. - 2 -

Bruch zwischen Klasse und Gewerkschaft

Dabei hat sich seit einiger Zeit ein deutlicher Bruch zwischen der Klasse und der Gewerkschaft angekündigt. Die Rückgabe von Mitgliedsbüchern war lawinenartig; ein großer Teil der Militanten der offiziellen Gewerkschaften wird geschwächt und entmutigt aus dieser Machtprobe hervorgehen. Gleichzeitig hat sich die spontane Wut aus vielen Fabriken und von vielen ArbeiterInnen gegen die Gewerkschaftshäuser gerichtet, die zurecht für das was passiert verantwortlich gemacht werden.

Die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen treffen im Grunde die gesamte Gesellschaft, vor allem aber die LohnarbeiterInnen und RentnerInnen. Das italienische Finanzamt ist nämlich völlig ineffektiv und kann lediglich die Einkommen dieser beiden gesellschaftlichen Gruppen präzise erfassen. Der Angriff auf den Sozialstaat ist ohne historisches Beispiel: Familien mit einem Einkommen über 48 000 DM) im Jahr werden alle medizinischen Dienstleistungen mit Ausnahme von Krankenhaus- und Operationskosten sowie »lebenserhalten Medikamenten« komplett bezahlen müssen, die Renten werden eingefroren, das Rentenalter wird heraufgesetzt, der Vorruhestand wird sofort blockiert (auch für Leute, die alle Anwartschaftszeiten erfüllen), die Lohnsteuer auf Jahreseinkommen über 36 000 DM wird rückwirkend zum 1. Januar 92 erhöht. Man hat ausgerechnet, daß jeder Arbeitnehmer Ende 1993 im Schnitt mindestens 400 DM pro Monat verloren haben wird.

Wilde Streiks ...

Angesichts dieses schweren Knüppels ist Mitte September eine Welle von spontanen Kämpfen entflammt. Die Gewerkschaft hat versucht, sie einzubinden und unter Kontrolle zu bringen mit vielen regional aufgesplitterten Generalstreiks, die am 21. September losgehen sollten. Außerdem wird es eine nationale Demo der RentnerInnen am 26. Oktober in Rom geben sowie einen Generalstreik der LehrerInnen und des gesamten Öffentlichen Dienstes am 2. Oktober. Der Druck wächst, diese Einzelkämpfe mit einem nationalen Generalstreik zu beschließen.

Die Regierungsmaßnahmen werden also nicht so einfach ohne Widerstand durchgehen. Trotzdem ist die Situation alles andere als vielversprechend. In der turbulenten Phase während der Abwertung und schließlich des Austritts der Lira aus dem EWS hat die Regierung ein "*Kabinett des*

Öffentlichen Wohls" vorgeschlagen, das auf drei Jahre mit allen Vollmachten ausgestattet sein sollte wie in Großbritannien unter Churchill während des Zweiten Weltkriegs. In der allgemeinen Verlegenheit ob dieses verfassungswidrigen Vorschlags haben die Gewerkschaftsführer ihre Zustimmung und die Absicht zu erkennen gegeben, in eine solche Wenderegierung einzutreten, damit alle gesellschaftlichen Kräfte permanent bei der Krisenbewältigung beteiligt würden. Das ist eine schlagartige Rückkehr in die politische Phase der *Nationalen Einheit* und der Krisenregierung, wie es sie 77/78 gab mit der KPI in der Regierungsmehrheit und den Gewerkschaften im Orbit (Umkreis) der Exekutive. Die politischen Rahmenbedingungen entwickeln sich in die Richtung: Man fürchtet, daß die zerbrechliche Amato-Regierung zu schwach ist, um diesen Angriff durchzudrücken, und von mehreren Seiten wird der Eintritt der ehemaligen Kommunisten (jetzt: PDS) und der Republikaner (PRI) in die Regierung gefordert, um deren Entschlossenheit zu Sparmaßnahmen zu stärken. Im institutionellen Rahmen denkt man über eine Stärkung der Exekutive nach, über Veränderungen am Wahlgesetz, eine Verkleinerung des Parlaments und die strengere Regulierung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Vom Streikrecht bis zu den Tarifverhandlungen werden die Möglichkeiten unabhängiger gewerkschaftlicher Aktivität beinahe täglich eingeengt, während die gesellschaftliche und politische Opposition nur graduell und unter Schwierigkeiten wächst. *Rifondazione Comunista* ist es gelungen, am 12. September in Rom 100 000 Menschen gegen die Regierungspolitik auf die Straße zu bringen, während die CUB und die anderen Basisorganisationen beträchtliche Schwierigkeiten haben, effektiv auf die Angriffe auf den Lohn und die Beschäftigung zu reagieren. Die bleierne Kappe der gewerkschaftlichen Kontrolle spielt eine herausragende Rolle dabei, die Frustration und Wut der Arbeiter zu unterdrücken, während das italienische kapitalistische Modell (das traditionell auf Produkten von mittlerer und niedriger Technologie beruht) heute in einer schweren Krise ist. Es scheint keine "fortgeschrittenen Punkte" der Entwicklung mehr zu geben, und dementsprechend auch keine fortgeschrittenen Punkte der Kämpfe. Hat die Fiskalisierung der Wirtschaft in Italien vielleicht auch wie in Großbritannien und den USA die Kampfkraft der Arbeiterklasse zerstört?

Die Gewerkschaft ist jedoch sehr unschlüssig wegen des Generalstreiks: denn damit würde man eine sehr schwache Regierung stürzen (wenn heute Wahl wäre, bekäme es sie nur 37% der Stimmen), ohne irgendeine Alternative zu haben (die PDS ist sich sehr unsicher über die Beteiligung an der Regierung). Für die Gewerkschaft bleibt das Problem, wie sie den Protest kanalisieren und kontrollieren und gleichzeitig ein praktisches Ergebnis erhalten kann, weil es absolut keinen ökonomischen Spielraum gibt, um die aufgestellten Forderungen zu erfüllen. Sie hat deshalb mit einer Taktik der Erschöpfung der Bewegung begonnen, indem sie sie sich in zersplitterten Mobilisierungen austoben läßt und so die Hoffnung wachhält, daß es früher oder später zum Generalstreik kommt. In der Zwischenzeit führt sie den Dialog mit der Regierung weiter, von der sie einige Modifikationen wenigstens äußerlicher Art verlangt, um die Segel streichen zu können.

Anmerkung vom 27. 9. – 3 -

... die ArbeiterInnen handeln ...

Die ArbeiterInnen reagierten auf das Regierungsmanöver sofort und spontan. Während die Gewerkschaft einen Generalstreik von vornherein ausschloß, standen schon am Morgen danach viele Fabriken eine halbe Stunde, eine Stunde oder zwei Stunden still. Meist gingen die ArbeiterInnen raus und machten einen Umzug, besetzten Bahnhöfe und blockierten Straßen und Autobahnen, manchmal zogen sie auch zum Gewerkschaftshaus, um den Generalstreik zu fordern. Den meisten und lebhaftesten Protest gab es in den Provinzen Piemont, Lombardei, Emilia und Kampanien. In Betrieben, die in der Krise sind, wie bei Fiat passierte nichts, aber anderswo (vor allem in der Lombardei) haben auch Fabriken gestreikt, die kurz vor der Schließung stehen wie Maserati. Besonders lebhaft war die Demo der ArbeiterInnen von Alfa in Arese, die die Autobahn blockiert haben, und die Mobilisierung im dichten Netz der Fabriken von Brescia, die sofort reagiert haben. In Kampanien sind die Alfa-Arbeiter von Pomigliano in einen Saal eingedrungen, wo gerade ein Gewerkschaftskongreß stattfand, und lieferten sich eine Schlägerei mit dem Ordnungsdienst, der Sergio Cofferati schützen wollte (ein gemäßigter Gewerkschaftsführer, der wohl Nachfolger von Bruno Trentin als Chef der CGIL werden soll), den tapferen Befürworter des Abkommens vom 31. Juli. In Florenz versuchten die Arbeiter, auf der Straße Jagd auf Ministerpräsident Amato zu machen, der sich dort mit Bundeskanzler Kohl traf; sie konnten ihn jedoch nicht aufspüren.

Man kann allgemein sagen, daß hinter den Mobilisierungen in den Fabriken die Kader der Gewerkschaftslinken stehen, PDS und *Rifondazione*, die entgegengesetzte Strategien verfolgen: die einen wollen die Wut der ArbeiterInnen vorführen, um die PDS in die Regierung zu hieven, die anderen wollen eine gesellschaftliche Opposition der Linken sichtbar machen, die der *Lega Nord* (Populistische Partei der Produktiven in der Lombardei) nicht das Protestmonopol überläßt.

... aber mit welcher Perspektive?

Für die alternativen gewerkschaftlichen Organisationen ist die Situation sehr delikat. Nachdem sie über ein Jahr gegen die Verhandlungen über die Arbeitskosten und für den Aufbau eines festeren organisatorischen Netzes gearbeitet haben, das in der Lage sein sollte, auf die vorherzusehenden Schläge zu antworten, laufen sie heute Gefahr, von einer Protestwelle "zugedeckt" zu werden, die von den alten Gewerkschaften strikt kontrolliert wird. Kann aus der Verteidigung des Sozialstaats und des heutigen Lebensstandards ein neuer Zyklus von Arbeiterprotagonismus und Konflikt entstehen? Ist das denkbar im heutigen härtesten Krisenzustand? Das sind Fragen, die auf eine Antwort warten, und wir hoffen, es wird die sein, die wir uns wünschen!

Turin, den 19.9.92 – Renato

Nach Fertigstellung des Artikels kurz vor Druckbeginn erhielten wir eine Ergänzung. Statt Bildern habt Ihr auf diesen Seiten Nachträge vom 27. September.

Die meisten Linken sind sehr begeistert über diese Bewegung, als ob wir eine neue "Piazza Statuto" [mehrtägige Straßenschlacht der Fiat-Arbeiter in Turin 1961, die als Beginn Massenarbeiterkämpfe angesehen wird] erlebten oder sogar am Vorabend eines neuen '68 stünden. Die Realität scheint mir etwas anders zu sein, aber deshalb nicht entmutigend: Der Schlag der Regierung war so stark und unvorhergesehen, daß es zu dieser massiven Reaktion der Arbeiter kommen mußte. Wir denken, daß die Bewegung bis zum Generalstreik gehen wird und partielle Modifikationen erreicht. Danach wird es eine langsame Rückkehr zur Normalität geben, mit einer Phase harter Sparpolitik. Ich glaube deshalb nicht, daß sich Italien am Vorabend eines neuen "heißen Herbstes" befindet. Aber sicherlich führt die Schwere der Krise und die Härte, mit der sie durchgezogen wird, zum Entstehen einer breiten gesellschaftlichen Opposition, die die Gewerkschaftsführung nicht vertreten und nur mit Mühe kontrollieren kann.

Anmerkung vom 27. 9. - 4 -

Streiks im Transportsektor: Angriff auf die dezentrale Fabrik

Der Streik der LKW-Fahrer in diesem Sommer war nach den Kampf der Eisenbahner 1986 (siehe WC 41 und 43) und der Bewegung der Krankenschwestern (siehe WC 46) der dritte große Arbeiterkampf in den letzten Jahren in Frankreich, dem es gelungen ist, die ganze Gesellschaft einzubeziehen. Die kapitalistische Verwertung kam von einem ihrer "modernsten" Sektoren aus unter Beschuß.

Vor dem Druck der Klassenkämpfe aus den großen Fabriken flüchtete sich das Kapital seit den 70er Jahren in eine weitgehende Dezentralisierung des Produktionsprozeß, die Zusammenarbeit von Hunderttausenden von ArbeiterInnen wurde durch die räumliche (auch internationale) Zerstreuung der produktiven Kooperation vor ihnen versteckt, unsichtbar und für den Kampf unbenutzbar gemacht. Die alten Formen von Klassenkollektivität wurden aufgelöst – und zwar nicht nur von oben zerstört, sondern auch von unten durch Flucht in Selbständigkeit usw. durchlöchert. Der Transportsektor war ein Paradebeispiel für diese Entwicklung und bot durch die starke Zunahme des LKW-Verkehrs dafür besondere Spielräume. Dieser Bereich wird von den klassischen Institutionen der Arbeiterbewegung so gut wie nicht erfaßt; nicht nur in Frankreich gelten die LKW-Fahrer als rechtslastig und ausländerfeindlich.

Hinter der oberflächlich stark individualisierten Arbeitsform entwickeln sich aber Formen der Kooperation auf den Straßen: die Kommunikation über CB-Funk, die bekannten Treffpunkte an den Raststätten usw. Dem entspricht auch die zunehmende Einbindung der scheinbar unabhängigen Arbeit in ein perfekteres Kommunikationsnetz seitens der Unternehmer – was mittlerweile bis zur Einsatzkoordination über Satellitenfunk, Fernschreiber im LKW und elektronischer Standortbestimmung geht. Unter den Bedingungen von Just-in-time zerbricht der Mythos der Unabhängigkeit auf der Straße, die Autobahn wird zum verlängerten Fließband. Andererseits wächst auch die Anfälligkeit der neuen Produktionsordnung. Sowohl ein Streik in einem Teile-Werk als auch die Blockade des Transports wirkt sich sofort auf den gesamten Produktionsverbund aus. Schon kleine Gruppen von ArbeiterInnen an marginalen Bereichen der Produktion können das ganze System lahmlegen. Die Zahl der neuralgischen Stellen hat sich multipliziert. Deshalb werden Streiks im Transportwesen heute innerhalb kürzester Zeit gefährlich für die kapitalistische Verwertung.

Aus dieser Widersprüchlichkeit speist sich der Streik der LKW-Fahrer: Die Fähigkeit zur Organisation und die Dimension der Machtentfaltung, d.h. das Ausmaß der möglichen Blockierung des Wirtschaftszyklus, greift auf die neue Stellung des Transportsektors zurück. Dieses Phänomen ist nicht so neu, nur tritt es jetzt besonders deutlich hervor: angefangen bei den LKW-Fahrer-Aktionen gegen die Benzinpreiserhöhungen in den USA über einen ganzen Zyklus von LKW-Fahrer-Kämpfen seit Mitte der 80er Jahre in Europa – Italien, Spanien, Holland ... – bis zu den Problemen im Musterland von Just-in-time, Japan, mit dem Transportsektor, der mittlerweile die höchsten Fluktuationsraten der Arbeitskräfte aufweist.

Als im Oktober 1990 die spanischen LKW-Fahrer streikten, gab es sehr schnell Versorgungsengpässe in den großen Städten – vor allem hatte aber die auf Just-in-time eingestellte Industrie mit großen Problemen zu kämpfen. In wenigen Tagen legten die LKW-Fahrer die extreme Verwundbarkeit der "neuen Produktionsweise" bloß. Die spanische Zeitschrift Etcetera hatte damals einen sehr guten und ausführlichen Artikel über die politischen Konsequenzen aus diesem Streik veröffentlicht. (Auf Deutsch ist er bisher nur im Reader 1 des November-Workshops erschienen; wir wollen ihn aber demnächst zusammen mit anderen Texten als TheKla 16 rausbringen.) Wir haben den Autor dieses Artikels also angerufen, um Informationen über die Auswirkungen des Streiks in Frankreich auf die iberischen Halbinsel zu bekommen – zu unserer Überraschung erzählte er uns, daß die LKW-Fahrer in Spanien auch gerade am Streiken sind ... (siehe S. 20).

Aber wie alle neuen Streikbewegungen der vergangenen Jahre beziehen sich die Aktionen der LKW-Fahrer nur auf die eigene Berufsgruppe, ihre Forderungen (schneller fahren usw.) tragen auch selbstzerstörerische Züge. Aber unter den gegebenen Bedingungen ihrer Ausbeutungssituation ist die Ablehnung der Verkehrskontrollen die unmittelbarste Form, ihre Forderung nach Lohn und weniger Arbeit auszudrücken.

Der Streik der LKW-Fahrer in Frankreich

Noch vor zwanzig Jahren wurden die LKW-Fahrer (Routiers in der französischen Alltagssprache) in zahllosen TV-Serien als Ritter der modernen Zeit dargestellt, "Kapitäne der Landstraße", die ihre mächtigen Fahrzeuge bändigen, und dabei frei sind und keinen autoritären Chef im Nacken haben wie ihre Kameraden in der Fabrik. Eine sehr bekannte Radiosendung hieß dementsprechend »die Routiers sind sympathisch«. Diese Umwelt aus Sympathie betraf sogar die jungen Aussteiger, die sich von Kerouac ernährten ... Obwohl dieses Bild schon damals weit von der Wirklichkeit entfernt war, hatte der Straßentransport noch nicht die Entwicklung der letzten Jahre durchgemacht, und die Routiers waren noch nicht die modernen Sklaven wie heute, die für miserable Löhne ihr eigenes Leben (und das anderer Leute) riskieren, um die Ware am Zirkulieren zu halten.

Das Inventar

Die Männer

Von 265 000 Personen, die im Straßentransport arbeiten, sind 195 000 lohnabhängige Fahrer (die übrigen 70 000 sind die Unternehmer, Führungskräfte, Verwaltungsangestellte, Wartungsarbeiter bei den großen Transportunternehmen und die 14 - 15 000 Kleinunternehmer, die nur einen LKW besitzen). Die meisten dieser Lohnabhängigen haben als einzige Ausbildung den LKW-Führerschein, nur 5% haben eine weitere Berufsausbildung.

Durchschnittlich bekommen sie für eine 39-Stundenwoche zwischen 6000 und 6500 Francs brutto (das entspricht 5100 bis 5300 Francs netto – ein Franc sind etwa 30 Pfg.). Das Problem ist aber, daß die durchschnittliche reale Arbeitszeit 53,2 Stunden beträgt und auf bestimmten internationalen Strecken bis zu 60 Stunden. Diese zusätzlichen Stunden werden mit Prämien bezahlt, die es den Fahrern ermöglichen, ihren Lohn zu verdoppeln.

Die Rate an tödlichen Unfällen ist bei den Routiers zehnmal höher als im nationalen Durchschnitt, sie sind an 6% der tödlichen Unfälle und an 15% der Unfälle mit Personenschaden beteiligt (es gibt ungefähr 10 000 Tote und 200 000 Verletzte pro Jahr auf den französischen Straßen).

Der Verkehr

Mit der Umstrukturierung der französischen Industrie stieg die Bedeutung des Transports auf der Straße weiter an (die traditionellen Güter der Bahn gehören zu Industrien im Niedergang: Kohle, Eisenerz, Stahl usw.). Die Regierung hat diese Umwandlung wie überall unterstützt: seit den 60er und 70er Jahren gingen die meisten staatlichen Verkehrsinvestitionen in den Straßenbau (mit Ausnahme der TGV, der Hochgeschwindigkeitszüge). Diese Entwicklung wurde in den 80er Jahren durch die zunehmende Einführung von Just-in-time verstärkt.

Von 1980 bis 1989 ist die Zahl an Tonnenkilometern auf der Straße von 104 auf 116,7 Mrd. gestiegen (von 1980 bis 1985 um 14% gesunken und von 1985 bis 1989 um 31% gestiegen). In derselben Zeit sank der Verkehr auf der Schiene um 23%, der Flußverkehr um 40%. Die Gesamtzahlen veränderten sich in derselben Periode folgendermaßen: Schienentransport von 32% auf 27%; Schiffahrt von 5,5 auf 3,6%; Pipeline-Transport (Gas und Öl) von 15,5 auf 11,8% und nur der Straßentransport stieg von 47 auf 58%. Wobei zu beachten ist, daß die Zunahme der Tonnenkilometer den längeren Strecken geschuldet ist (die durchschnittliche Strekkenlänge stieg von 68 auf 77 km). Die Vormachtstellung des Straßentransports ist in allen Sektoren total (landwirtschaftliche Produkte, Rohstoffe und Halbfertigprodukte genauso wie Endprodukte), außer bei den Energierohstoffen.

Im selben Zeitraum hat auch die Gesamtzahl an Lieferwagen, LKWs und Spezialfahrzeugen um 37% zugenommen, wobei sich das Verhältnis aufgefächert hat: Fahrzeuge unter 3 to gingen von 10% auf 7% zurück, während die Fahrzeuge über 25 to von 108 000 auf 150 000 zunahmen (Gesamtanzahl der Fahrzeuge 1989: 230 000).

Liberation 8.7.92

»Die Dauer der Fahrerblockaden führt zunehmend zu einer Blockierung von 300 000 Bauunternehmen«, schätzt die Féderation Nationale du Bâtiment. Ihren Angaben zufolge haben im Rhonegebiet »15 von 25 der größten Firmen am Montag die Produktion eingestellt. Wir riskieren in den nächsten Monaten eine Serie von Prozessen, in denen Kunden sich weigern werden, einem Unternehmen des BTP (öffentliche Bauten) Geld zu zahlen, weil diese nicht die im Vertrag festgehaltenen Fristen zur Übergabe der Bauten einhalten können. Aber dies ist ein Fall höherer Gewalt und in diesem Falle können die Unternehmen von BTP nicht zur Verantwortung gezogen werden.«

Das Hotelgewerbe ist davon betroffen, daß vor allem Touristen aus Nordeuropa ihre Buchungen stornieren. Die nationale Hotelvereinigung schätzt, daß die Auslastung der Hotels je nach Region schon um 10-50% zurückgegangen ist.

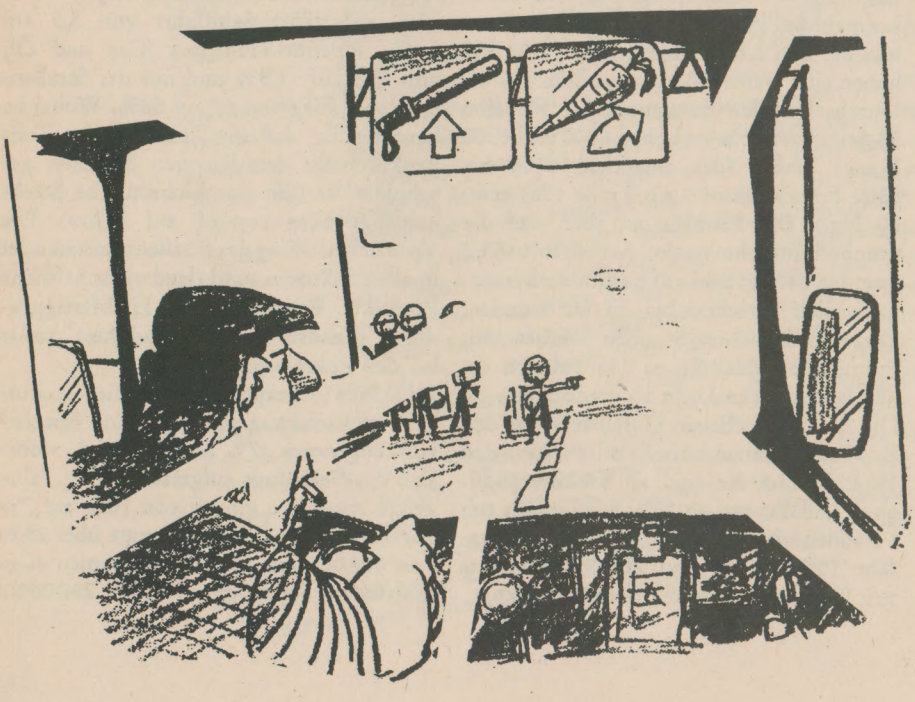
Die Autofabriken in Frankreich werden zunehmend lahmgelegt. Die 6300 Arbeiter des Renault-Werkes von Douai sind gestern in die »technische Arbeitslosigkeit« [Kurzarbeit] geschickt worden. Alle haben auf Null-Lager und Null-Fristen [just-in-time] umgestellt. Gestern wurden die 7000 Arbeiter des Peugeotwerkes in Poissy (Yvelines) »aufgefordert, zu Hause zu bleiben«, sagt man bei Peugeot. Seit dem Beginn der Blockaden sind von den Typen 205, 309 und Citroën ZX über 2800 weniger als sonst vom Band gerollt.

In Mulhouse, wo der 106 gebaut wird, wurde die Produktion gestern morgen gestoppt und die 10 000 Arbeiter der Anlage wurden in die technische Arbeitslosigkeit geschickt. »Aus Mangel an geeignetem Lagerplatz sind wir gezwungen, die Takte/-Anzahl der Elemente, die wir selber herstellen, zu reduzieren« meint ein Verantwortlicher der Logistik. Wegen den seit Anfang der Woche ausbleibenden Lieferungen befinden sich die 20 000 Arbeiter der Fabrik von Sochaux, wo der 205er, 405er und 605er produziert werden, seit gestern ebenfalls in der technischen Arbeitslosigkeit.

Auch bei Michelin wurde gestern ins Auge gefaßt, einige Werkstätten in Kurzarbeit zu schicken. »Wir sind mit zwei Arten von Problemen konfrontiert«, erkennt man in Clermont-Ferrand: »Erstens das Risiko der Thrombose bei den fertigen Produkten, die wir nicht mehr zu unseren Lagerzentren ausfahren können. Die Reifen sammeln sich in den Fabriken, aber unsere Lagerkapazitäten sind beschränkt. Zweitens ein Mangel an Vorprodukten an einigen Produktionsbändern.«

Die Autobahngesellschaften, direkte Opfer der Bewegung der LKW-Fahrer, haben bereits eine vernichtende Bilanz aufgestellt. Die Autobahnen sind nur halb so stark ausgelastet wie sonst bei Ferienbeginn ... Die Verluste betragen bereits jetzt bis zu 150 Mio. FF ...

Alle Sektoren sind mehr oder minder betroffen. Angesichts dieser Gefahr der totalen Paralyse wirtschaftlicher Aktivitäten fordert Francois Perigot, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, von der Regierung ein Moratorium für die Bezahlung der sozialen und steuerlichen Belastungen der Unternehmen.



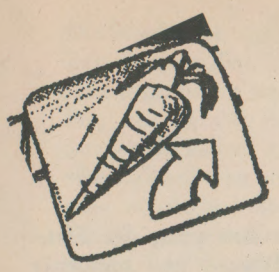
Die Unternehmen

Im Straßentransport arbeiten 34 500 Unternehmen, davon:

- 14 bis 15 000 Selbstfahrer und 10 000 Unternehmen, die zwischen 1 und 5 Lohnabhängige beschäftigen; zusammen wickeln sie 18% der Geschäfte ab und beschäftigen 23% der Lohnabhängigen.
- 7900 Unternehmen, die zwischen 6 und 49 Lohnabhängige beschäftigen; sie wikkeln 47% der Geschäfte ab und beschäftigen 44% der Lohnabhängigen.
- 659 Unternehmen mit mehr als 50 Lohnabhängigen; sie wickeln 35% der Geschäfte ab und beschäftigen 33% der Lohnabhängigen.

Es gibt einen Trend zur immer stärkeren Konzentration im Straßentransport, dabei werden wenige große Unternehmen übrig-

bleiben, "Spezialisten für schnellen und modernen Transport samt der dazugehörenden Logistik". Andererseits vervielfacht sich die Zahl der "Selbstfahrer". Man schätzt, daß die Zahl der Unternehmen von 1983 bis 1989 um 30% zugenommen hat, aber daß allein 1990 2400 Unternehmen Bankrott gemacht haben. Andererseits befinden sich 25% der Unternehmen (also ungefähr 3000) unterhalb der Rentabilitätsschwelle und sind dazu verurteilt, als Sub-Unternehmer der großen Gesellschaften zu arbeiten, meistens schwarz, das heißt, ohne die Mehrwertsteuer und die sozialen Abgaben zu bezahlen. Oft verpflichten die Unternehmer ihre Lohnabhängigen dazu, selbst Unternehmer zu werden, so daß sie keine Löhne und Sozialleistungen mehr für sie bezahlen müssen, stattdessen vermitteln sie ihnen Subunternehmer-Arbeit zu ihren Bedingungen. Man kann sich leicht vorstellen, in welchem Zustand die gebrauchten LKWs sind, die diese "neuen Unternehmer" benutzen.



Die Verstöße

Bis heute gibt es in den LKWs über 3,5 to einen Fahrtenschreiber, den die Routiers Spitzel (mouchard, das heißt gleichzeitig auch "Kontrollapparat") nennen. Dieser Apparat zeichnet die Geschwindigkeit, die zurückgelegten Entfernungen und die tägliche Arbeitszeit auf einer Scheibe auf. Diese Scheiben werden von der Polizei, von den Transportkontrolleuren oder den Arbeitsinspektoren kontrolliert. Diese Spitzelapparate führen zu 68% der gegen Routiers verhängten Geldstrafen (von jährlich 33 000), davon die Hälfte wegen Nichteinhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten. Wobei die Routiers natürlich deswegen die vorgeschriebenen Ruhezeiten nicht einhalten, weil die Unternehmer sie unter Druck setzen, die Fristen einzuhalten.

Dazu muß man wissen, daß der "Bordcomputer" voll im Anmarsch ist. Der ist mit dem Motor gekoppelt und speichert alles, was der Fahrer macht, zudem natürlich wie bisher Geschwindigkeiten, Fahr- und Ruhezeiten usw. Damit ist dann eine lückenlose Überwachung möglich. Ein Fahrer sagte mir: "In zwei Jahren haben das alle LKWs". Darüber kann dann ein Akkordsystem perfektioniert werden, das schon heute durch die Prämienlöhne und durch den Einbau von Telefon in fast jedem LKW in Ansätzen besteht. Schon jetzt sind die meisten Fahrer vom Unternehmer ständig erreichbar.

Die Ereignisse

Der Auslöser

Bisher wurden Verkehrsrowdies (chauffards, Wortspiel mit Chauffeur, in etwa: Heizer) selten bestraft, seien es Routiers oder andere, die unter Alkoholeinfluß tödliche Unfälle verursachten (die letzten Verurteilungen beliefen sich auf drei Jahre Gefängnis und Einzug des Führerscheins). Um gegen die hohe Zahl von Toten und Verletzten vorzugehen, entschied die Regierung, einen Punkteführerschein einzurichten, der mit 12 Punkten beginnt, von denen bei jedem Verkehrsverstoß etwas abgezogen wird. Wenn man bei null angekommen ist, müßte man dann mehrere Monate warten, bis man wieder einen Führerschein machen kann. Für die Routiers, die sich so zwischen dem Druck der Unternehmer und der polizeilichen Bestrafung in die Enge getrieben sahen, war das unerträglich. Das Inkrafttreten der neuen Regelung war für Anfang Juli vorgesehen, die Bewegung begann am 29. Juni.

Der Ablauf

Die Routiers blockierten den Straßenverkehr, um Druck auf die Regierung auszuüben, wobei ihnen der Ferienbeginn zugute kam. Die Forderung war: Rücknahme des Punkteführerscheins und der bereits existierenden Kontrollmaßnahmen. Seit dem 6. Juli gab es 150 Straßensperren mit Tausenden von LKWs, vor allem im Norden (Lille, Maubeuge), in der Pariser Gegend (im Umkreis von 80 km), in der Rhone-Alpen-Region (um Lyon herum und in den Alpen), in der Gegend von Toulouse und im Südosten (Marseille). Die Routiers benutzten drei Arten von Blockaden: mehrere hundert LKWs fahren mit 10 km/h auf dem rechten Fahrstreifen oder in der

Le Monde 9.7.92

Das Eingreifen der Polizei läuft in Lyon aus der Bahn
»Schickt Verstärkung, wir werden überrollt«

Die Entscheidung für eine harte Haltung zur Räumung der Straßen, die die Regierung herausposaunte, entlud sich am 7. Juli in Lyon in einem Nachmittag der Gewalt in dem Viertel von Gerland. Am Morgen fand die Räumung der Pasteur-Brücke, der angeblich härtesten Blockade der Region, ohne größere Zwischenfälle statt. Zwei Journalisten, gegen welche der Verantwortliche der Ordnungsmacht, der Divisionskommissar Hezard, Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt stellen wollte, weil sie keine Pressearmbinden trugen, wurden ihre Presseausweise von zwei nervösen Polizisten abgenommen. Doch dies war nur der Auftakt für die Zwischenfälle am Nachmittag.

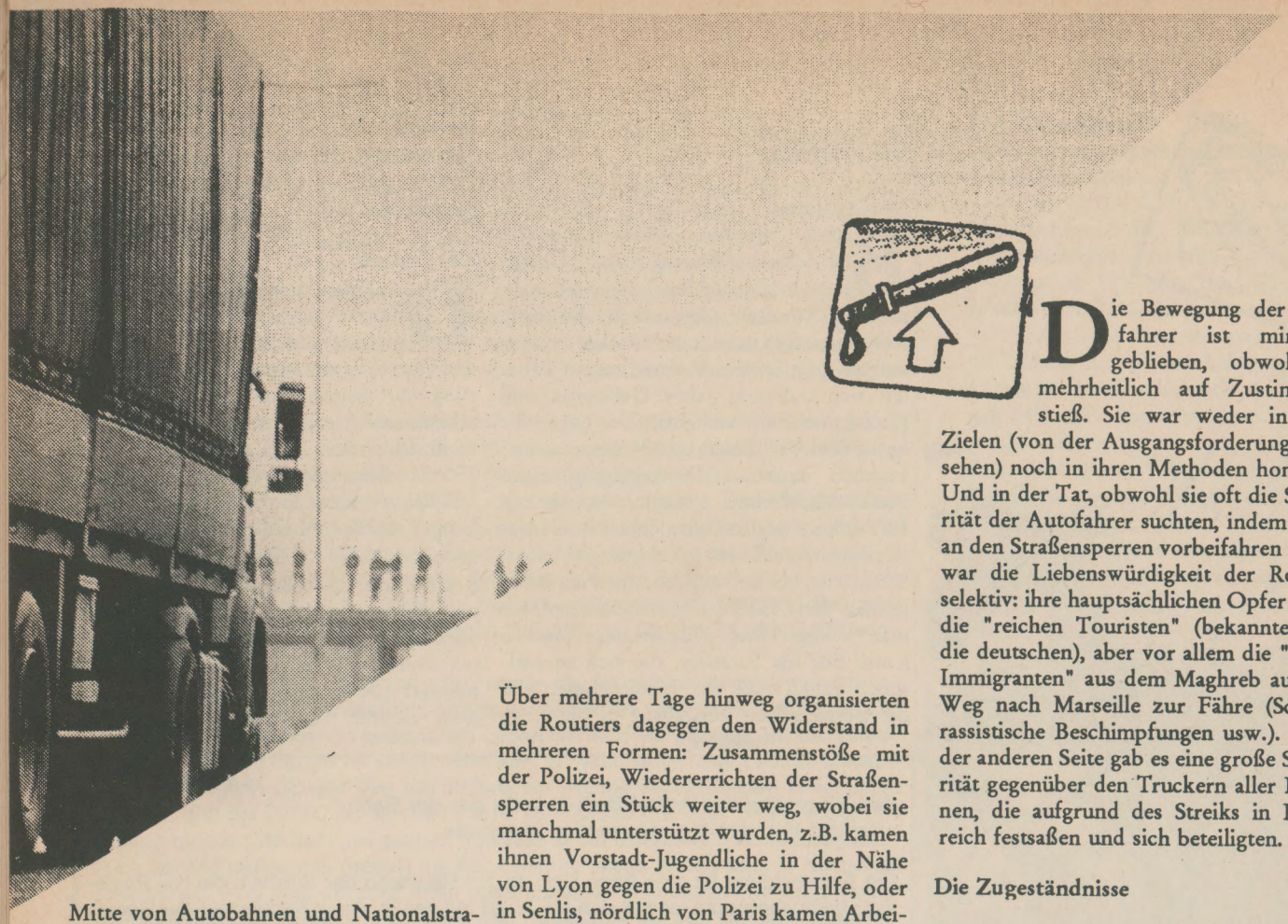
Gegen 14 Uhr unternahmen auf der linken Seite der Rhone gegenüber der Pasteur-Brücke einige Dutzend Ambulanzwagen und Taxis eine *Operation Schnecke* um den Platz Antonin-Perin. Drei LKWs mischten sich unter die Menge der Wagen. Die Ordnungskräfte intervenierten. Ohne Warnung zerrten sie einen Fahrer aus seiner Kabine und knüppelten lange auf ihn ein. Der Mann blieb am Boden liegen. Ein Ambulanzfahrer gab ihm erste Hilfe und da er merkte, daß »sein Puls schwächer wurde«, ließ er ihn schnell von der Feuerwehr abtransportieren.

Die Menschenansammlung, die sich formierte, wurde mit aller Härte zerstreut. Polizisten stürmten in ein Restaurant und schlugen auf die flüchtenden Demonstranten ebenso wie auf die am Tisch sitzenden Gäste ein.

Es verbreitete sich das Gerücht, daß der LKW-Fahrer tot sei: Plötzlich fing die Frau, die während der Polizeiaktion an seiner Seite war, an zu heulen. Die hundert Demonstranten sahen darin eine Bestätigung für den Tod des Fahrers. Die Neuigkeit verbreitete sich über CB-Funk. Zwei Fahrer kommen mit ihren LKWs zurück und fahren auf die Sperre der Polizei zu. Einer der Fahrer ist mit einer Pistole bewaffnet und steigt aus seiner Kabine aus. Der Druck ist groß. Der Kommissar Hezard brüllt in sein Walkie-Talkie: »Schickt Verstärkung, wir werden überrollt.«

Erster Angriff. Granaten, Steinwürfe. Ein Polizist wird im Gesicht getroffen. Die Einwohner des Viertels ergreifen Partei für die Fahrer. Die Polizei, verhöhnt und beschimpft, stürmt erneut den Platz, und greift ein Kamerateam von TF 1 an, das die gewaltsame Festnahme von zwei Männern filmt, die auf dem Boden liegen, mit Handschellen auf dem Rücken. Zweiter Angriff. Diesmal schlagen die Polizisten auch auf den Lieferwagen eines Frittenverkäufers ein. Die Bevölkerung kommt herunter auf die Seite der Demonstranten und greift zum drittenmal an. Der Tränengasnebel dringt in die Hotels Mercure und Ibis an der Pasteur-Brücke ein. Die Polizisten verfolgen die Menschen bis in die Aufgänge der Häuser, sie schlagen einen 70jährigen auf der Schwelle der Eingangstür zu seinem Appartement. Eine Tränengasgranate wird in ein Treppenhaus geworfen.

Um 19 Uhr ist der Platz geräumt. Die Wagen der Polizei fahren unter dem Gejohle der Einwohner weg.



Mitte von Autobahnen und Nationalstraßen ("Operation Schnecke"); "fliegende Straßensperren" (z.B. fahren mehrere LKWs ununterbrochen um einen Kreisverkehr und blockieren damit vollständig eine Kreuzung); feste Straßensperren, wobei alle Fahrstreifen von LKWs blokkiert werden. Mit diesen Aktionsformen gelang es den Fahrern recht schnell, das ganze Land zu blockieren. »'Wenn Frankreich Hunger bekommt, wird die Regierung schon nachgeben', hatte am ersten Tag ein wütender Fernfahrer gesagt. Belächelt noch von ungläubigen Reportern. Inzwischen lächelt niemand mehr. Die Fernfahrer kennen die neuralgischen Punkte des französischen Verkehrssystems nur zu gut ... Etwa vier Millionen Touristen sollen in Frankreich festsitzen.« (Berliner Zeitung 6.7.92) Wichtig war vor allem, daß auch die Industrie betroffen wurde, am bekanntesten ist das Beispiel von Renault/Douai, das nach fünf Tagen fast vollständig geschlossen werden mußte, da diese Montagefabrik von der Teilelieferung aus Cléon und Spanien abhängt (siehe WC 58).

Nach einer Woche Streik standen viele Fabriken vor demselben Problem. Deshalb und angesichts der Drohung der Fernfahrer, Paris zu umzingeln, reagierte die Regierung und setzte seit dem 6. Juli 13 000 Mann (CRS-Bullen, Gendarmen und Soldaten), 12 (Berge-)Panzer, 21 Hubschrauber, 9 schwere Räumfahrzeuge sowie mehrere Transportflugzeuge der Luftwaffe in Bewegung ...

Über mehrere Tage hinweg organisierten die Routiers dagegen den Widerstand in mehreren Formen: Zusammenstöße mit der Polizei, Wiedererrichten der Straßensperren ein Stück weiter weg, wobei sie manchmal unterstützt wurden, z.B. kamen ihnen Vorstadt-Jugendliche in der Nähe von Lyon gegen die Polizei zu Hilfe, oder in Senlis, nördlich von Paris kamen Arbeiter, um sie bei einer Straßensperre zu unterstützen (siehe Kasten). Die Aktionen der Routiers stießen auch bei anderen Leuten größtenteils auf Sympathie, die allerdings meist passiv blieb. Ich habe oft gesehen, wie vorbeikommende AutofahrerInnen und FußgängerInnen lautstark ihre Sympathie bekundeten, Sprüche gegen die Bullen riefen oder anhielten, um mit den Fahrern zu diskutieren usw.

Trotz ihrer Entschlossenheit konnten die Routiers Paris nicht treffen und mußten die Straßensperren aufgeben, nachdem Hunderte von der Polizei festgenommen, ihre LKWs beschlagnahmt und ihre Führerscheine eingezogen worden waren. Im Gefolge eines Unfalls am 4. Juli in Montpellier (ein Auto mit Urlaubern knallte an einer Straßensperre gegen die LKWs, drei Tote) wurde gegen drei Fernfahrer Anklage wegen Mord und fahrlässiger Körperverletzung erhoben. Beim Versuch, sich der Räumung einer Straßensperre zu widersetzen, starb ein Routier am 7. Juli in Maubeuge unter den Rädern des LKWs, dessen Bremsleitungen er durchschnitten hatte. In den Zeitungen kam das Foto, wie ein CRS in Lyon einen Routier mit seinem Revolver bedrohte, an mehreren Orten kam es zu kurzen, aber heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, aber was meiner Ansicht nach die Entschlossenheit der Routiers zerschlagen hat, waren die systematischen Festnahmen mit Beschlagnahme der LKWs.

Die Bewegung der Fernfahrer ist minoritär geblieben, obwohl sie mehrheitlich auf Zustimmung stieß. Sie war weder in ihren Zielen (von der Ausgangsforderung abgesehen) noch in ihren Methoden homogen. Und in der Tat, obwohl sie oft die Solidarität der Autofahrer suchten, indem sie sie an den Straßensperren vorbeifahren ließen, war die Liebenswürdigkeit der Routiers selektiv: ihre hauptsächlichen Opfer waren die "reichen Touristen" (bekannterweise die deutschen), aber vor allem die "armen Immigranten" aus dem Maghreb auf dem Weg nach Marseille zur Fähre (Schläge, rassistische Beschimpfungen usw.). – Auf der anderen Seite gab es eine große Solidarität gegenüber den Truckern aller Nationen, die aufgrund des Streiks in Frankreich festsaßen und sich beteiligten.

Die Zugeständnisse

Zur selben Zeit verhandelte die Regierung mit den Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften. Sie bot Zugeständnisse im Gegenzug zur Aufhebung der Blockaden, u.a.: keine Kontrollen mehr durch "Spitzelapparate" bei den LKWs über 3,5 to; keine juristische Ahndung von Verkehrsverstößen, die den Routiers vom Unternehmer oder vom Kunden aufgezwungen worden sind; Aufschub einiger Regelungen des Punkteführerscheins; Abschaffung aller Prämien in Arbeitsverträgen oder als Lohnbestandteile; Lohnformen, die die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften belohnen; erhöhte Entlohnung der Bereitschaftszeiten (also der Zeiten, in denen der Routier nicht fährt) von 66 auf 85%. usw..

Die Wiederaufnahme

Zur gleichen Zeit, in der sie die Repression organisierte und Zugeständnisse anbot, machte die Regierung Druck, die Straßenblockaden zu beenden und die »freie Zirkulation von Personen und Waren« wiederherzustellen; im Fernsehen konnte man live die Wiederaufnahme der Arbeit im Norden sehen; Unterpräfekt, Abgeordneter, Bürgermeister und mehrere Technokraten diskutierten einer nach dem anderen mit den Routiers – von denen einige vor Wut und Verzweiflung heulten »die Gewerkschaften haben uns verraten« –, um sie zur Aufhebung der Straßensperren zu bewegen. Dabei benutzten sie Argumente wie »Ihr habt Euch zu Gehör gebracht, Ihr habt Euch gut geschlagen, Ihr habt einige Vorteile herausgeholt, nehmt die Arbeit wieder auf, seid vernünftig und verantwortungsbewußt«. In dieser Arbeit wurde dem Staat von den Zeitungen und dem Fernsehen geholfen mit einer Mischung von paternalistischem Verständnis und Entrüstung über die Verkehrsbehinderer, die nicht einmal in der Gewerkschaft sind und keinen verantwortungsbewußten Chef haben.

Die Organisation

Entsprechend ihrer individualistischen Mentalität, der Natur ihrer Arbeit und der Repression der Unternehmer sind die Routiers schon immer wenig oder nicht gewerkschaftlich organisiert. Aber das heißt nicht, daß sie gar nicht organisiert sind: sie kommunizieren zum Beispiel ständig über CB-Funk miteinander, sie müssen beim Be-, Um- und Entladen zusammenarbeiten, sie treffen sich zum Essen in denselben Kneipen. Die Routiers haben ihren Kampf – so wie die Eisenbahner 1986 – an der Basis organisiert, indem sie Straßensperrendelegierte gewählt und abberufen haben. Die Aufgabe der Delegierten war es, Verbindung zu den anderen Straßensperren zu halten, die gewöhnlichen Tätigkeiten beim Streikpostenstehen zu organisieren und später dann, mit den Bullen zu reden. Sie weigerten sich aber, mit der Regierung zu verhandeln. Die Teilnahme an den Blockaden war nach dem Gebiet organisiert, wo die Leute meistens arbeiten oder einfach danach, wo der einzelne Fahrer zu Beginn des Streiks sich gerade aufhielt.

Die Delegierten hielten sich während der Wiederaufnahme der Arbeit auch nicht an die nationalen Weisungen der Gewerkschaften (was ein schönes Durcheinander anrichtete, als die Regierung die Wiederaufnahme verkündete, die Autofahrer sich wieder ins Getümmel stürzten und sofort wieder an Straßensperren im Stau standen usw.). Es scheint, daß sie schnell begriffen haben, was die Funktion einer Gewerkschaft ist. Andererseits sind sie "modern": obwohl sie die Gegenwart von Journalisten nicht ablehnen, weigern sich die Routiers zum großen Bedauern der Journalisten, die immer scharf drauf sind, Chefs zu finden, einen Starrummel um ihre Delegierten zu veranstalten (man mußte bis zum 1. September warten, bis einer von ihnen mit Spitznamen Tarzan vom Premierminister empfangen wurde. Dieser Beschäftigte einer kleinen Firma in Gennevilliers, in der Nähe von Paris, erklärte danach im Fernsehen, daß das Gespräch lediglich informativ gewesen sei und daß er sich nicht engagieren könne, da er dazu von seinen Kollegen nicht delegiert sei). Da sie untereinander über Funk verbunden waren und die Bewegungen der Polizei auskundschafteten, konnten sie diesen oft ausweichen.

Die Begrenzungen

Nach der Schlacht ist es leicht, Plus- und Minuspunkte zu verteilen, aber wenn wir uns für den Arbeiterkampf interessieren (anders als die linke Meinung, für die die Routiers »Spießer« und »Faschos« sind), dann müssen wir seine aktuellen Schwächen aufzeigen. Die größte Schwäche war es, nicht anstatt des Punkteführerscheins die wirklichen Probleme herauszustellen (Lohn, Arbeitsbedingungen), sich nicht von den Unternehmern abzugrenzen und die Arbeit nicht zu kritisieren, denn man muß sagen, daß die Routiers, als Lohnabhängige, zu Beginn dafür gekämpft haben, daß sie weiterhin gegen Verkehrsregeln verstoßen dürfen, um mehr arbeiten zu können (wie es ein Routier ausdrückte: »wir wollen 80 Stunden schuften für 8000 Francs und noch dazu geht man uns auf den Geist«). Es ist klar, daß sie die ganze Repression der Regierung auf sich gezogen haben, in dem Moment als ihre Aktion die Wirtschaft lahmzulegen drohte (vor allem die Autoindustrie, die mit Just-in-time arbeitet), und die kurze Dauer der Bewegung verhinderte deren Reifung.

Der internationale Transport der Iberischen Halbinse

Die Auswirkungen des Streiks der LKW-Fahrer in Frankreich Anfang Juli waren auf der Iberischen Halbinsel unmittelbar zu spüren. Die Blockade der französischen Autobahnen und Landstraßen bedeutete praktisch die vollständige Lähmung des Warenverkehrs an den Grenzübergängen von oder nach Spanien und Portugal. Z.B. ging am Grenzübergang La Jonquera (Girona) der Verkehr von 2000 auf 100 oder 200 LKWs am Tag zurück.

Wenn wir die realen Auswirkungen des Streiks in Frankreich bewerten wollen, müssen wir berücksichtigen, daß sowohl die Presse als auch die großen Transportunternehmen daran interessiert waren, die Zahlen der in Frankreich festgehaltenen LKWs zu übertreiben, um von der französischen Regierung entsprechende Entschädigungen zu bekommen.

Jedenfalls nannte die Presse am Dienstag, den 7. Juli die Zahl von 10 000 blockierten spanischen LKWs; d.h. LKWs, die auf den französischen Straßen und in Spanien mit Waren für den europäischen Markt blokkiert waren. Zum Streik der französischen LKW-Fahrer kam der Streik der Zöllner, die gegen ihr Verschwinden im Jahr 1993 protestierten. Dadurch war die Blockade der Grenzen total, und der internationale Verkehr von Portugal und Spanien kam zum Erliegen. Der Verband der Fuhrunternehmen, ASTIC, sagte, daß 100% des Fuhrparks blockiert sei, und gab gleichzeitig zu, daß die Unternehmen den Kontakt zu ihren LKWs verloren hätten.

Auch die Auswirkungen auf andere Bereiche waren beträchtlich. So wurden die Verträge für den Export von verderblichem Obst, das von spanischen LKWs transportiert wurde, die vom französischen Streik betroffen wurden, annulliert. Der größte Teil der Melonen, Kirschen, Pfirsiche und Wassermelonen aus Huelva, Almería, Valencia und Murcia, die für den europäischen Markt bestimmt waren, verfaulten in den Lastern. Die Kunden weigerten sich, die Rechnung zu bezahlen und die Verluste für die spanischen Agrarunternehmer betrugen ca. 5200 Mio. Peseten [ca. 76 Mio. DM].

Auch der Tourismus an der Costa Brava hatte unter dem Streik zu leiden. 40% der Kapazitäten standen leer...

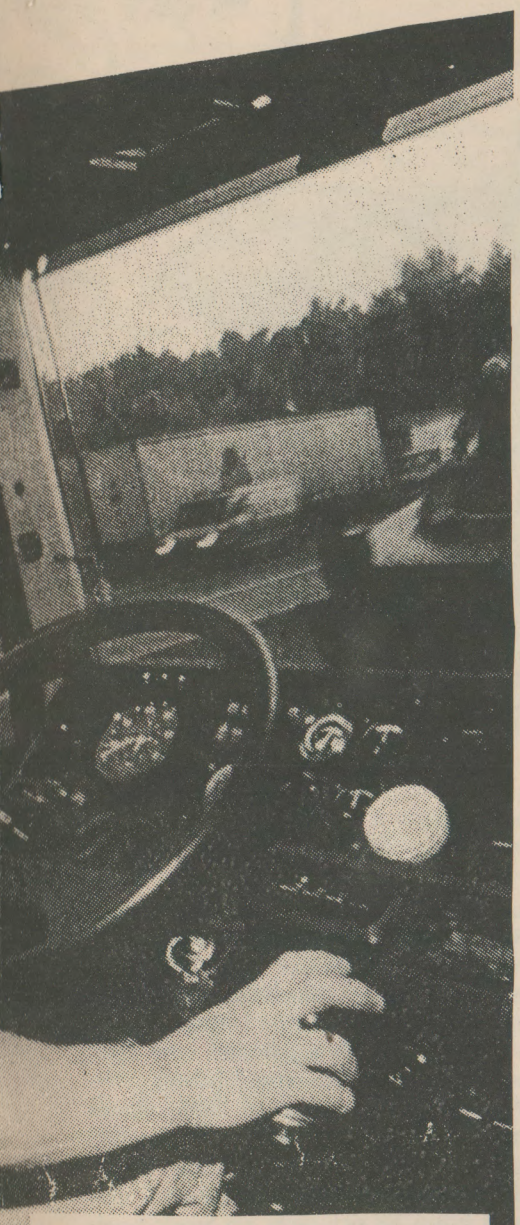
Die Automobilindustrie reagierte sofort

In der Industrie waren die Auswirkungen stärker. Z.B. charterten Seat-Volkswagen und Hewlett-Packard Flugzeuge für die Teileanlieferung aus anderen Ländern. Bei Nissan war die Ersetzung von Dunlop durch einen anderen Zulieferer vorgesehen, falls der Streik länger dauern sollte, und Sony versuchte, sich über den Hafen von Bilbao zu versorgen. Fasa-Renault verhinderte den Stillstand der Bänder nur durch den Umstieg auf die Eisenbahn. Citroën hatte nur noch Teile, um die Produktion bis zum Dienstag, den 7. Juli aufrechtzuerhalten. Talbot-Peugeot legte seine Produktionswerke am Montag, den 6. Juli still.

Dies sind, ganz kurz, einige der Hauptfolgen des LKW-Fahrerstreiks auf die Wirtschaft der Iberischen Halbinsel. Von den Auswirkungen auf Portugal kann ich nicht einmal geschätzte Zahlen nennen, obwohl es anzunehmen ist, daß sie ähnlich waren wie in Spanien. (Es klingt wie gelogen, aber in Barcelona ist keine portugiesische Zeitung zu kriegen, und die spanische Presse beschäftigt sich nicht mit dem anderen iberischen Land.)

Ich muß hinzufügen, daß die Behandlung des Konflikts in den Medien der öffentlichen Meinungsbildung wie üblich ziemlich widersprüchlich war. Einerseits finden sie es notwendig, die Folgen der Konflikte zu übertreiben, um deren Kriminalisierung und die Repression zu legitimieren. Andererseits versucht man, sie herunterzuspielen und manchmal zu verheimlichen (wie den Streik der Weinleser in Jerez im letzten Jahr) mit dem Ziel, die enorme Fähigkeit dieser Aktionen zu verbergen, Druck auf die Wirtschaft auszuüben oder sie zu blockieren, wie es im Transportsektor der Fall ist. Was auf jeden Fall sicher ist, daß die großen Unternehmen, welche die Methode des Just-in-time praktiziert haben, die Lektion aus dem Streik der spanischen LKW-Fahrer von 1990 gelernt haben und nun alternative Zuliefersysteme wie Flugzeug, Schiff und Eisenbahn benutzen.

el blockiert



Neuer Transportarbeiterstreik in Spanien

Am 1. September begann ein Streik im Straßentransport, dessen Auswirkung in den verschiedenen Regionen unterschiedlich gewesen ist. Der Grund für diese neue Mobilisierung ist – laut den Initiatoren – die Nichterfüllung der im Streik von 1990 getroffenen Abkommen von seiten der Regierung. Die Forderungen drehen sich um Frühverrentung, die hohe Steuerbelastung (mehr als 60% des Brennstoffpreises, 73 Pt./Liter sind Steuern), Verfolgung der Illegalen usw.

Nach dem Streik von 1990 hatten Vertreter der LKW-Fahrerverbände und die Verwaltung einen Plan für den Warentransport auf der Straße ausgearbeitet, der niemals umgesetzt wurde. Diesesmal ist die Trennung der großen Unternehmen von den kleinen viel klarer geworden: Die Initiative ging von den drei Provinzorganisationen des Baskenlands und einigen andalusischen Transportkooperativverbänden aus; das heißt, der Streik wurde hauptsächlich von Kleintransporteuren des Baskenlands (80%) und Andalusiens (geringere Beteiligung) ausgerufen und unterstützt.

Das Innenministerium gab den Zivilgouverneuren Anweisung, mit aller Härte die *Ley de Seguridad Ciudadana* (Gesetz der Öffentlichen Sicherheit) anzuwenden; ein Gesetz, das unter dem Vorwand des Kampfs gegen den Drogenhandel eine richtiggehende Blankovollmacht für das Eingreifen der Polizei gegen jeden Konflikt ist, der das Zusammenleben der Bürger stören könnte. Auch die Ertzantza (autonome baskische Polizei) hat ihre Rolle als Garant der öffentlichen Ordnung und des freien Warenverkehrs gespielt.

Geringere Auswirkungen als 1990

Die Auswirkungen des Konflikts waren hauptsächlich im Baskenland (wo der Streik praktisch total war) und Andalusien zu spüren. Während des Streiks gab es weder schwere Auseinandersetzungen noch beeinträchtigte er die Versorgung der großen städtischen Zentren wie 1990. D.h. er hatte weder die Dimension noch die Radikalität des Streiks von 1990, obwohl das Streikkomitee erklärte, daß der Streik in Asturien und Galizien 80%, in Kantabrien und Navarra, Katalonien und Valencia 50%, La Rioja und Aragon 40%, Castilla-La Mancha, Castilla-León und Madrid 60%, Extremadura 30%, Murcia 70% und Andalusien 90% des Transports beträfe.

Trotzdem zogen sich im Laufe des Konflikts einige Verbände vom Streik zurück. Außerdem ist hervorzuheben, daß die Verladeunternehmen Druck auf die Fahrer ausüben und ihnen drohen, sie nicht mehr unter Vertrag zu nehmen, wenn sie sich dem Streik anschließen. Einige Transportkooperativen, die Fenadismer angehören (einer der größten Verbände, der sich nicht dem Streik angeschlossen hat), sind ausgeschert und haben sich am Streik beteiligt.

Wie bereits gesagt, riefen auch die großen Organisationen der Transportunternehmen nicht zum Streik auf. Am 31. August – einen Tag vor Streikbeginn – veröffentlichte die Zeitung El País einen Artikel des Präsidenten der CETM (Spanischer Verband der Spediteure), der sich radikal gegen den Streik wandte und das Eingreifen der Polizei forderte, um den freien Verkehr zu garantieren.

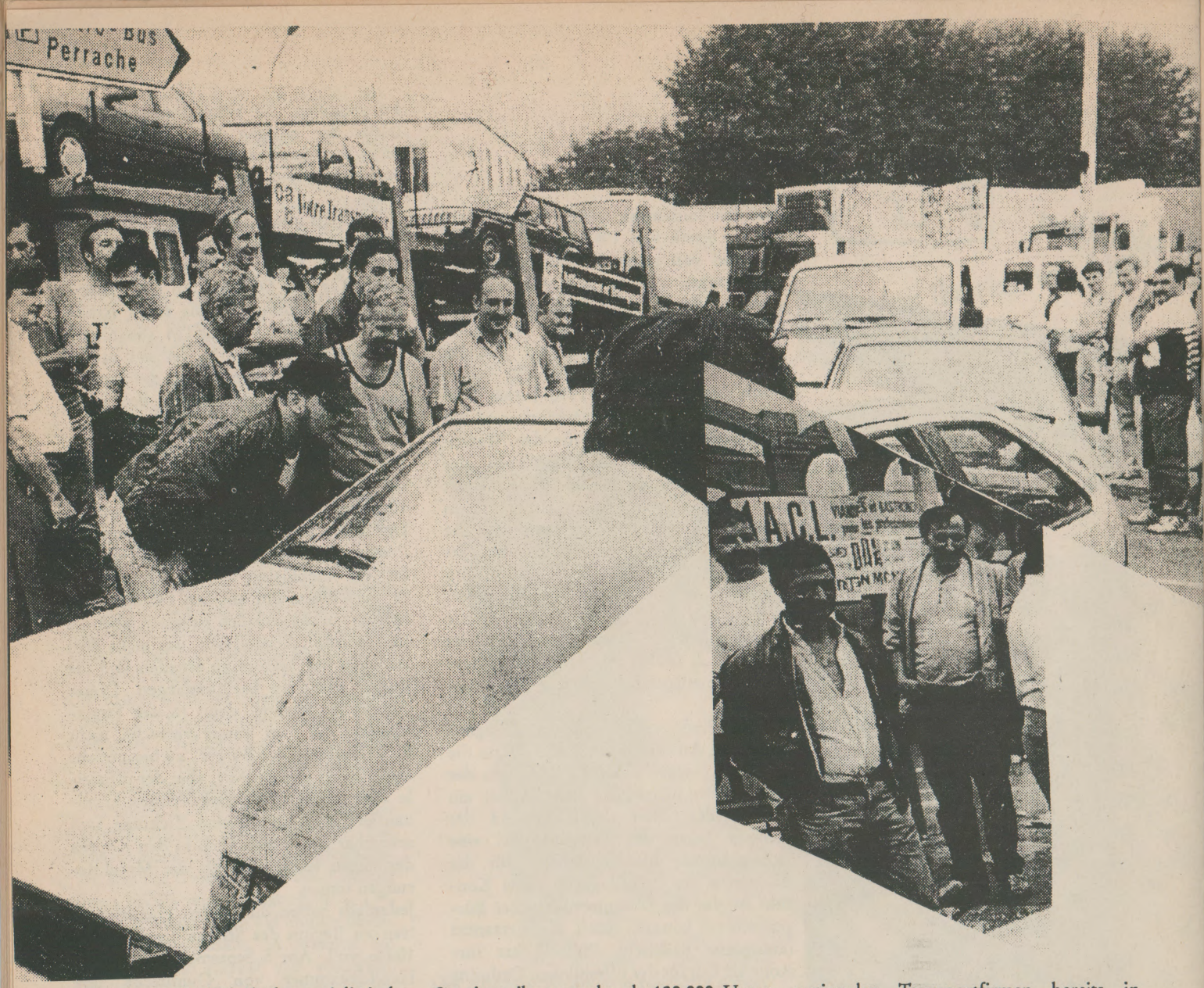
Diesmal gab es keinen Überraschungseffekt. So konnten die großen Warenhäuser Vorräte anlegen, um sich gegen einen allgemeinen, langen Streik zu wappnen. Der Streik war in einer Versammlung der Provinzorganisationen der Transporteure im Juli beschlossen worden. Damals gab es Vorschläge, ihn mit den Olympischen Spielen zusammenfallen zu lassen, aber die Idee wurde fallengelassen, um nicht dem Ansehen des Sektors zu schaden und die Bürger nicht zu beeinträchtigen. Dieser Aspekt ist wichtig, denn in der Streikstrategie hat man immer versucht, nicht die "Interessen der Bürger" zu beeinträchtigen. Es ist merkwürdig, aber der offizielle Diskurs, der die Streikaktionen kriminalisiert, geht in dieselbe Richtung und scheinbar hat er sich auch in den Köpfen derjenigen festgesetzt, die die Mobilisierungen tragen.

Jedenfalls hatten die großen Handelszentren zu Beginn des Streiks die Läger zu 100% voll. Am 5. September sprach die Handelskammer von Guipúzcoa ihre Besorgnis aus wegen der Folgen, die ein längerer Streik auf die Versorgung einiger Industriesektoren haben könnte, und weil es unmöglich sei, die nötigen Transporte durchzuführen.

Andererseits wurde am 10. September die Unterbrechung der Bauaktivitäten in der Provinz Vizcaya angekündigt. Inzwischen gab es einige Zusammenstöße, in deren Verlauf einige LKWs verbrannt wurden. Die Streikenden garantierten eine Reihe von Notdiensten, die die Versorgung mit lebensnotwendigen Produkten sicherstellen sollten, wie Medizin, Brot usw. Jedoch hatte die Ertzantza den Befehl, die Fahrzeuge zu beschlagnahmen, die den Notdienst machten, weswegen die Fahrer beschlossen, sie außer den 24 Stunden am Sonntag nicht mehr zu leisten.

Restrukturierung und Konzentration

Sowohl unter den Initiatoren als auch unter den Fahrern, die den Streik nicht unterstützen, besteht Einigkeit darüber, daß der Sektor tiefgreifend reorganisiert werden muß. Wie wir bereits aus anderen Erfahrungen wissen (Textil, Elektronik,



usw.) ist es die Taktik der sozialistischen Regierung, die Restrukturierung eines Sektors zu seiner Liberalisierung und Deregulierung zu benutzen, sodaß nicht wettbewerbsfähige Unternehmen oder Tätigkeitsbereiche verschwinden, wenn sie nicht teilweise von den großen europäischen, japanischen oder nordamerikanischen Transnationalen absorbiert werden.
Nach dem Standpunkt der Streikenden wäre die Frühverrentung eine Möglichkeit, ohne große Traumata zur Selbstregulierung des Sektors zu kommen (72% der Fahrer sind über 44 Jahre). Damit, meinen sie, könnte man den Umfang des Sektors um 16% bis 18% verringern. Dafür ist es notwendig, daß das Transportministerium die Transporterlaubnis übernimmt und denen, die den Beruf verlassen, eine würdige Pensionierung garantiert.
Im spanischen Transportsektor gibt es eine große Atomisierung, außerdem einen Überschuß an Fahrzeugen und dieser Angebotsüberschuß läßt die Tarife unter die Rentabilitätsgrenze sinken, was die Vermehrung der Piraten- oder illegalen Transporteure und die Umgehung vieler Sicherheitsbestimmungen bedeutet. In Spanien gibt es mehr als 120.000 Unternehmen (in Frankreich 36 000, in Deutschland 54 000, in Italien 200 000). Einige Quellen nennen eine Zahl von 275 000 schwerer und leichter Fahrzeuge.
86% sind Selbstfahrer mit einem einzigen LKW. Zur hohen Steuerbelastung auf dem Brennstoff (60%) kommen die hohen Kreditzinsen (18%) und zudem kostet dasselbe LKW-Modell in Spanien vier oder fünf Mio. Peseten mehr als in Frankreich. Andererseits sind auch die Arbeitsbedingungen nicht zu beneiden. Das Subunternehmersystem im Transportsektor, das die großen Unternehmen benutzen, zwingt ihnen drakonische Bedingungen auf, die die Transporteure dazu zwingen, gegen die Gesetze zu verstoßen bezüglich Ruhezeiten, Geschwindigkeit usw. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Just-in-time-System in letzter Instanz vom Transporteur abhängt.

Mit dieser Situation kann man sich leicht vorstellen, daß der Kampf für das Überleben in einem Moment losging, in dem die Restrukturierung immer dringlicher wird. Aktuell operieren die großen trans nationalen Transportfirmen bereits in Spanien und intensivieren ihr Eindringen. Weder bezüglich ihrer kritischen Masse noch ihrer Angebotsbedingungen sind die spanischen Transporteure in der Lage, der Konkurrenz der holländischen oder deutschen Gesellschaften standzuhalten.
Nur einige der spanischen Unternehmen haben eine gewisse Lebensfähigkeit, um sich mit den Transnationalen zu verbünden oder sich in sie einzugliedern – deshalb haben sie sich nicht am Streik beteiligt. Aber die Mehrzahl der kleinen Transporteure ist zum Verschwinden verurteilt, und die überlebenden werden zu immer härteren Bedingungen und nach neuen technischen Erfordernissen arbeiten müssen. Schließlich hat das Streikkomitee am 11. September den Streik abgeblasen, der bereits durch "Erschöpfung" zu Ende gegangen war. Nun werden die Transporteure versuchen, die Verhandlungen fortzusetzen, um die brutalsten Auswirkungen der Restrukturierung abzuwenden. Auf jeden Fall bleibt die Situation, die den Streik auslöste, dieselbe.

D.C. - 12. September 1992

Der Krieg um die Köpfe

Da haben sich wirklich zwei gesucht und gefunden: die BRD als (neue) Großmacht, die sich ihrer (nazifaschistischen) Geschichte entledigen muß – und linke Intellektuelle wie Enzensberger und Dani Diner, die sich ihrer eigenen Geschichte entledigen wollen und unter die Kriegsbefürworter gegangen sind: Im Schulterschluß haben sie den Kampf um die Köpfe der Menschen aufgenommen (die "Chloro-Formierung" der Öffentlichkeit) und so wesentlich zum Zusammenbruch der Bewegung gegen den Golfkrieg beigetragen.

Die beiden Autoren Klaus Schönberger und Claus Koestler analysieren ausführlich diese "okzidentale Ideologie" zur Schaffung einer neuen Welthungerordnung gegen die "Dritte Welt", insbesondere den deutschen Beitrag dazu. Vom Anti-Islamismus der Herren Konzel-Tour über den Saddam=Hitler-Vergleich von *Spiegel* und Enzensberger, die Kriegshetze von Biermann bis zum Antisemitismus-Vorwurf gegen die westdeutsche Linke.

Manchmal fällt es einem wie Schuppen von den Augen, wenn hier Dinge, die man während des Krieges nur gefühlsmäßig wahrgenommen hat, hier analytisch und unter Verwendung zahlreicher Zitate auf den Punkt gebracht werden (muß eine ganz schöne Fleißarbeit gewesen sein).

Dabei bleiben sie aber nicht stehen, sondern thematisieren gleichzeitig auch die Geschichtslosigkeit der Radikalen Linken, die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Nazi-Faschismus (zum Beispiel bei der "Viertes Reich"- bzw. "Nie-Wieder-Deutschland"-Kampagne) und dem Palästina-Problem. (Dasselbe gilt auch für die Friedensbewegung.)

Diese Geschichtslosigkeit war ein wesentlicher Grund für die Anfälligkeit der Bewegung für die Angriffe der "Bellizisten", als es bei der Gleichschaltung des Meinungsspektrums darum ging, in der zweiten Kriegswoche über den "Gas"-Diskurs den Krieg nach Israel zu verlagern, weg von den Opfern unter der irakischen Zivilbevölkerung.

Ausführlich wird dabei auf die Ausführungen von Enzensberger, Dani Diner, Joachim Bruhn bzw. der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) eingegangen. Hier wäre es für mich hilfreich gewesen, die entsprechenden Artikel im Anhang abgedruckt zu finden. Ich lese weder *Spiegel* noch ZEIT bzw. hatte die entsprechenden Artikel nicht zur Hand (und von der ISF z.B. habe ich noch nie etwas gehört).

Die Tatsache, daß Biermann und Enzensberger zu diesem Zeitpunkt die Fronten gewechselt haben, hat mich persönlich sehr getroffen. Ich frage mich, warum sie das getan haben? Das Buch beschränkt sich auf die Erklärung, daß sie die Gelegenheit nutzten, sich ihrer Geschichte zu entledigen, um sich ins Zentrum der bundesdeutschen kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaft zu katapultieren. Aber was haben sie jetzt, was sie vorher nicht auch schon hatten – mehr Geld, mehr Anerkennung? Enzensberger wäre doch auch mit der entgegengesetzten Meinung auf die gleiche Seite der ZEIT gelangt.

Hannah Arendt wird zitiert, die diese Gleichschaltung und den totalen Zusammenbruch des persönlichen Urteilsvermögens (während der NS-Zeit, wohlgemerkt!) mit dem Eifer, ja nicht den Zug der Geschichte zu verpassen, erklärt.

Aber hat das nicht auch etwas mit dem Zustand unserer Bewegung zu tun, mit der Art, wie wir miteinander umgehen?

Ich habe das Buch in einem Satz gelesen (begünstigt allerdings durch die Urlaubszeit) und Lust bekommen, mich mit den Autoren und ihren Thesen weitergehend auseinanderzusetzen. (Leider schreiben die beiden nichts über sich selber. Und ä bissle weniger Fremdwörter wären auch nicht schlecht gewesen, Ihr Kollegen Wissenschaftler!)

E.

Klaus Schönberger/Claus Koestler
Der "freie" Westen, der "vernünftige" Krieg, seine "linken" Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus
Juni 1992, hrsg. vom Autonomen Zentrum Marbach und der Fachschaftsräte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen.
Bestelladresse: Autonomes Zentrum Marbach e.V. c/o Café Provinz - Cottaplatz 4 - 7142 Marbach – DM 20.-

---

Leider zu spät erhalten haben wir
Heinrich Nuhn:
August Spies – Ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika – Mit Selbstzeugnissen und Dokumenten
Kassel 1992; 223 Seiten - 20 Mark
Spies, der im Haymarket-Prozeß 1886 zum Tode verurteilt wurde, war aus dem elenden Hessen nach Amerika emigriert, war Aktivist in der Arbeiterbewegung geworden, und wurde für ein Attentat hingerichtet, dessen Urheberschaft bis heute ungeklärt ist.
Der Stoff paßt eigentlich wunderbar ins heutige Gemenge: Migration – Kämpfe von ArbeitsmigrantInnen – Strategie der Spannung ....

Ebenfalls zu spät für diese Nummer kamen die
Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.4
Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells
Schwarze Risse Verlag

Eine eingehende Besprechung der Bücher behalten wir uns vor.

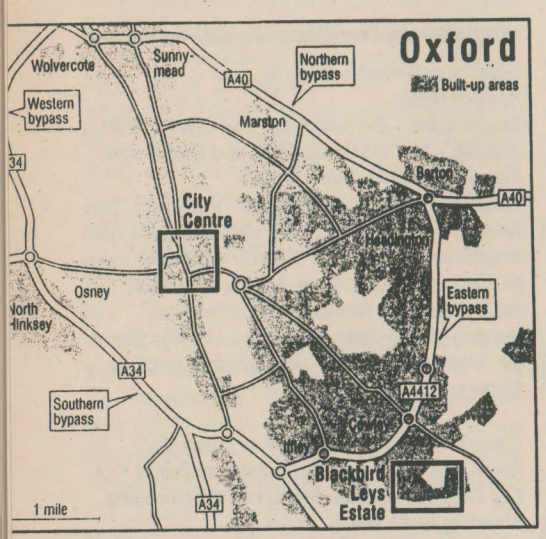
Aufstände in

Nach den 81er *riots* erschien *Like a summer with a thousand july's*. Die AutorInnen hatten die Hoffnung, die *riots* könnten ein Aufbruch aus dem Elend sein, und ein Impuls, »der auf andere Sektoren dieser entfremdeten Gesellschaft übergreifen wird«.
Schon im Nachwort der deutschen Ausgabe von 1985 wird deutlich, daß sich diese Hoffnung nicht in dem Maß erfüllt hat: Der Rassismus in den Städten hatte sich verschärft, war in die schwarze community selbst vorgedrungen, es hatte sich eine afro-karibische Mittelklasse herausgebildet, die ein Ziel der *riots* wurde. Die *riots* 85 an denen sich noch mehr weiße Jugendliche beteiligten, waren im Kern proletarische Aufstände. Gleichzeitig liefen massive Kämpfe der ArbeiterInnen gegen den Thatcherismus, und sie organisierten sich unabhängig von den Gewerkschaften. Auch wir hatten die Hoffnung, da es der alten Kernarbeiterklasse gelingen könnte den Thatcherismus zu kippen. Und die AutorInnen sehen die entscheidende Frage für die kommende »Phase verstärkter Unruhe«, ob es den autonomen Basisstrukturen bei den Arbeitern gelingt, »die Aufspaltung in Branchen und Arbeiter und Nichtarbeiter überwinden«. Die »subversive Einheit« ist nicht zustandegekommen, aber die Aufstände reißen seitdem nicht mehr ab, greifen auf Kleinstädte und Dörfer über, es beteiligen sich Arbeitslose und Arbeiter, Schwarze und Weiße, es ist eine Kultur des rioting entstanden.
Nach einem neuen Sommer der riots haben wir einen der AutorInnen gebeten, uns einen Bericht zu schicken. Heißer Sommer in den Siedlungen, sozusagen die Fortsetzung von *Like a summer ...*, geht auf die jüngsten Entwicklungen ein.
Im Sommer sind gleich zwei Bücher zum Klassenkampf in Britannien erschienen:

* *From Resistance To Rebellion – Texte zur Rassismus-Diskussion*
* *Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr.3 – England: Krise Rassismus Widerstand*

Beide Bücher sind im Verlag Schwarze Risse erschienen. Eine Besprechung findet ihr nach dem *Heißen Sommer*.

Heißer Sommer in den Siedlungen



Im letztem Sommer erlebte das UK[2] eine neue Runde städtischer *riots*. Diesmal beschränkten sie sich nicht nur auf England, sondern breiteten sich auch nach Wales und später Schottland aus. Sogar die Republik Irland hatte ihre *troubles* in Dublins North Side. Es ist weder dasselbe wie die letzte große Welle von *riots* im Jahr 1985, noch so etwas wie 1981. Der Juli 1981 war ein Ausdruck der verfallenden Innenstädte und wurde ausgelöst durch schwarze Jugendliche. Die Solidarität unter den schwarzen Jugendlichen, die Weiße in ihrem Kielwasser mit sich zogen, stand auch 1985 wieder im Vordergrund, aber dieses Mal entsprang ihr wildester Ausdruck den Siedlungen, die in den späten 60er und frühen 70er Jahren gebaut worden waren. Die Sorte Hochhausblockbetonwüste wie die Siedlung *Loughborough Estate* in Brixton und besonders *Broadwater Farm* in North London, für die es in den 70ern sogar einen Architekturpreis gab. 1992 folgt dieser urbanen Verschiebung, und die *riots* wurden hauptsächlich ein Ausdruck der allgegenwärtigen modernen Flachbausiedlungen – mit einem großen Unterschied: Die große Mehrheit der ProtagonistInnen sind weiße Jugendliche. Es gab dieselben vandalenmäßigen Orgien, mit Jugendlichen, die die Polizei angreifen, Mollies werfen, plündern und Läden anzünden. Baufällige Gebäude wurden abgefackelt, an Schulen und Büros der städtischen Wohnungsgesellschaften Feuer gelegt und sogar Gerichte und Polizeistationen mit Mollies beworfen. Meist als Reaktion auf einen Vorfall, oft einen Todesfall, der damit in Verbindung stand, daß die Polizei *joy-riders*[3] verfolgte. In diesem Sinne gibt es eher Ähnlichkeiten mit den *riots* in Frankreich in den 80ern. Die *riots* waren ziemlich weit verbreitet.

der Krise

Sie fanden statt in größeren Städten wie Cardiff, Oxford, Newcastle, Sunderland, Leeds, Coventry und Bristol, in Städten wie Burnley, North Shields, Blackburn, Salford, Carlisle, Huddersfield, Stockton und Middlesborough, Luton und Dunfermline und Kleinstädten auf dem Land im grünen Shropshire wie Wellington und Telford. In den ersten sieben Monate des Jahres 1992 gab es fast überall zahllose schwere Vorfälle, einschließlich Stein- und Flaschenwürfen, über die aber nur auf lokaler Ebene berichtet wurde. Tatsächlich war die Unterdrückung von Nachrichten über *riots* diesmal allgemeiner. Es gab wenig Presseberichte über die *riots*, bis im Juni 92 der *Hartcliffe Estate* am Rande Bristols explodierte. Prinzessin Dianas Selbstmordversuche waren weit wichtiger. Aber die gleichzeitige plötzliche Explosion von Wut in West Yorkshire und Lancashire Anfang Juli brachte die *riots* kurzfristig in die Schlagzeilen. Nichtsdestotrotz hatte es in Burnley vorher tagelang Unruhen gegeben, mit Brandstiftung und Mollies gegen die Polizei. Etwa zur gleichen Zeit wurden ausgedehnte *troubles* in einer Siedlung in Luton, 50 km nördlich von London, nicht einmal erwähnt, bis sie fünf Tage später erstickt waren. Und so weiter. Im Frühjahr hatte der Aufstand in Los Angeles kleinere Auswirkungen auf England gehabt, es hatte eine Art »Solidaritätstroubles« gegeben in Bolton und anderen Orten in Lancashire. Witzigerweise gab es einen Ausbruch von Unruhe in *Oulton Broad*, Norfolk, wo Jugendliche in einer idyllischen ländlichen Szenerie von Marschland und Binsen lostobten und »L.A., L.A.« riefen. Aber der eigentliche Funke kam von woanders her.

Allgemein haben die *riots* in Siedlungen stattgefunden, die sich von den Hochhausvierteln unterscheiden, die im Herbst '85 im Mittelpunkt standen. Sie ereignen sich in jenen verstreuten Siedlungen, wo Zweifamilienhäuser mit halbhohen Wohnblökken durchsetzt sind, oft in einer früheren Nachkriegsperiode gebaut. Kurz gesagt jene Siedlungen, die Teil eines als sozial verstandenen Plans waren, dessen diffuses Ziel eine Art Abschaffung der Arbeiterklasse entlang der Richtschnur »wohlmeinender« sozialdemokratischer Ideale war. Diesem Plan hatte sogar der inzwischen ausgediente »Toryismus der einen Nation« der 50er und frühen 60er angehangen. Jene neuen Siedlungen – als Erben der Garten stadtbewegung – sahen für ihr Wohnvieh bessere Innenraumstandards vor, waren heller und hatten oft Blick aufs Land. In der Nähe befand sich meistens eine neue Schule als Symbol für verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeiter, die das Bildungsgesetz von 1944 vorsah. Diese Maßnahmen trugen die Handschrift von Lord Beveridge, dem bedeutenden 'Architekten' des sozialen Wohnungsbaus und Konsenses, dessen Ideal ein Klempner

war, der neben einem Oberlehrer oder Personalchef lebte und mit ihm bestens auskam! All das garniert mit enthaltsamen Puritanismus und hochfliegendem Unsinn über Arbeiter, die herumsitzen, Bach hören und Dickens lesen oder passender H. G. Wells mit seiner Mischung aus populärer Science Fiction und demokratischem Staats-'Sozialismus'. Konsequenterweise gibt es wenige *pubs* in den Siedlungen. Als sie gebaut waren, brauchten ArbeiterInnen wenig Überredungskunst, um von ihren dunklen viktorianischen Behausungen in diese hell gestrichenen, oft aus rotem Ziegel gebauten Zweifamilienhäuser zu ziehen, mit einem kleinen Garten außen rum und etwas weiter weg vom Ruß alter Schornsteinindustrien oder Chemiefabriken.

Soviel zum Ideal! Schon als sie gebaut wurden, war in der Beziehung nicht viel los, aber heute könnte die Realität nicht weiter davon entfernt sein. Das Ende der Arbeiterklasse – gut, stimmt, Arbeit gibt es keine. Was Witz! Im allgemeinen sind diese Gebiete heute verwüstet. Der rote Ziegel ist ausgeblichen, oft am Zerfallen aufgrund Feuchtigkeit und Umwelteinflüssen, und die Farbe ist vor Jahren abgeplatzt. Viele Häuser sind mit Brettern vernagelt, nachdem sie der Feuchtigkeit zum Opfer fielen, und so weiter. Gärten aus Gestrüpp mit fleckigem Laub, windurchweht, voll Abfall und Müll plus der gelegentlichen Nadel eines Junkies, die nie weggeräumt zu werden scheint.

Krankheiten wie die Ruhr, die eigentlich ausgerottet waren, treten wieder auf (so wie kürzlich in Bradfords *Buttershaw Estate*). Die neue Industrie kleiner Firmen und Läger, die sich in einigen Fällen am Rand der Städte entwickelte und oft entlang der Siedlungen weiterwuchs, erlitt im letzten Jahrzehnt das langgezogene Trauma der Restrukturierung, was im *United Kingdom* oft nur ein anderes Wort für schrittweise Schließung ist. Was MieterInnen aus der Mittelklasse angeht, die lassen sich nicht blicken.

Das *riot*-Geschehen in Huddersfield in den letzten zehn Jahren verdeutlicht diese lineare Verschiebung. 1981 war es fast im Stadtzentrum inmitten der Terrassenhäuser im alten Stil, die Leeds Road runter,

und ganz in der Nähe des – ironisch aber korrekt – *Red Doles*[4] genannten Schwerindustriegebiets. 1985 fand es in derselben Richtung weiter draußen statt, in dem modernen, hauptsächlich flach gebauten Komplex kleiner Appartements namens *Sheepridge*. 1992 am Stadtrand. Coventry wies im Mai 1992 eine ähnliche Linie auf, aber in der umgekehrten Richtung, wo über 10 Tage die Unruhe sich von der Stadtrandsiedlung *Wood End* nach *Willenhall* ausweitete, um schließlich *Hillfields* in der Stadtmitte zu erreichen.

Bei der Beschreibung, wie heruntergekommen diese Siedlungen heute sind, in denen es praktisch keine städtische Instandhaltung mehr gibt (infolge der Schließung städtischer Bauabteilungen, Einführung von Wettbewerbsmechanismen, wodurch

... hinter der verfallenen Fassade gibt es eine community ...

die Qualität sinkt, und schlichten Geldmangels aufgrund der Regierungspolitik), läuft man Gefahr, auf eine Art Zeitungssichtweise à la *Guardian* oder Fernsehstandpunkt Marke Intellektuellen-*Channel 4 News* zu verfallen. Das wäre einfach zu oberflächlich. Hinter der verfallenen Fassade gibt es nichtsdestotrotz eine wirkliche *community*, völlig anders als die etepetete *community*, die die Planer meinen, und viel reicher an Leben als die sie oft umgebenden Gebiete der ach so hübschen Vorstadt, die heute meistens die eigentliche *Desolation Row*[5] ist. Sie existiert wirklich und zwar ganz im Sinne altehrwürdiger Werte der Arbeiterklasse wie gute Nachbarschaft, Freundschaft und einfach gegenseitige Hilfe – was gewöhnlich heißt, daß ein Großteil der Zeit darauf verwendet wird. Du mußt nur mal zufällig an einem heißen Sommertag mit dem Bus durch eine dieser vielen verlorenen Siedlungen fahren, und du wirst sofort beeindruckt sein von der Vielfalt des Straßenlebens. Die Türen sind offen, überall rennen Kinder herum, während die Erwachsenen herumhängen und miteinander reden. Dann fährt der Bus weiter ... zurück in die Vorstadt des leeren Anti-Straßenlebens. Es ist eher wie eine Form von klassenbezogener Paßkontrolle.

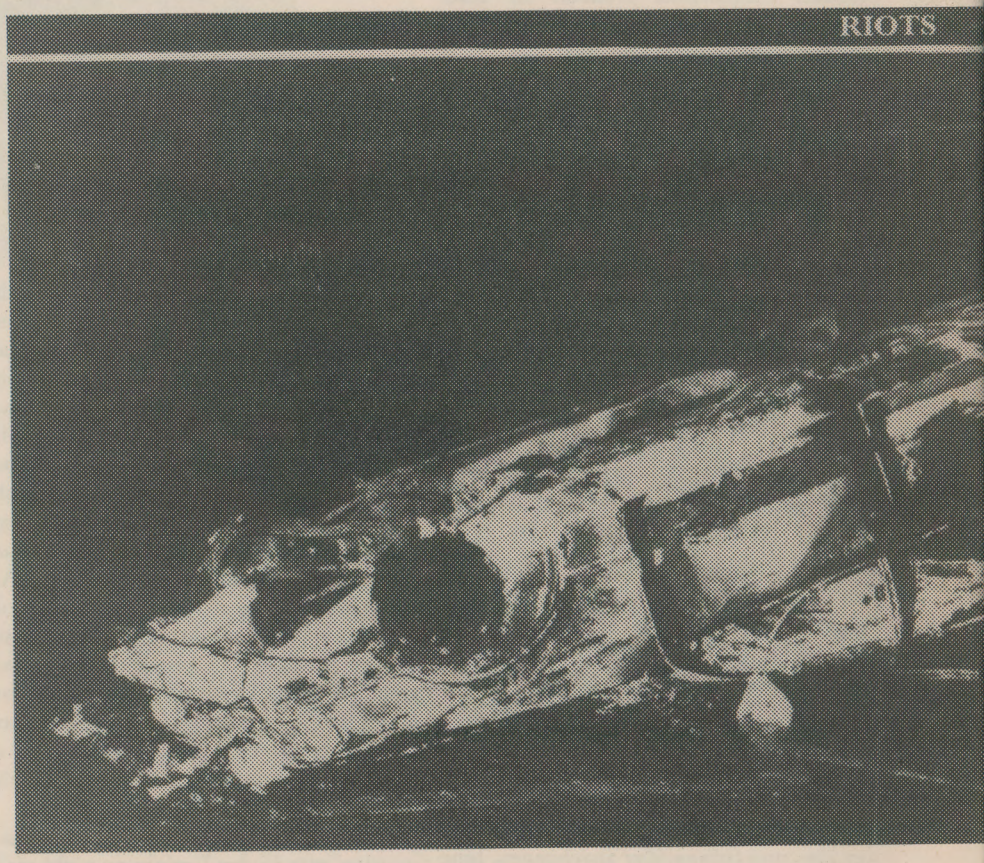
Das Gefühl städtebaulicher Abtrennung, von Inseln in einem Meer von Mittelklasse, geschäftsführender Scheinheiligkeit und Konformität, hat zweifellos unter den BewohnerInnen der Siedlungen das Gefühl einer diskrimierten Gemeinschaft verstärkt, je mehr diese Siedlungen physisch auseinanderfielen. Kürzlich arbeitete unsere Baukolonne im *Elgin Estate* in West London (laut Zeitung als »Fachleute«), wo wir den gefährlichen blauen und braunen Asbest versiegelten, der überall in den Bauten zu stecken schien. Solcherart kosmetische Abhilfe war der billige Weg für den *Westminster City Council*, die Finanzprobleme zu umgehen, nachdem das Sensationsblatt *Daily Mirror* kürzlich die Siedlung auf der Titelseite hatte, mit der Schlagzeile »Die Hochhäuser des Todes«. Im Kampf gegen den Stadtrat waren die multikulturellen armen MieterInnen (von denen einige sicher an Asbestose sterben werden) aus ihrer Isolation ausgebrochen und hatten sich miteinander befreundet. Wir fanden heraus, daß als glückliches Nebenprodukt dieses neuen Bandes der Gemeinschaft gegen einen feindlichen Stadtrat die Raubüberfälle untereinander, für die die Siedlung berüchtigt gewesen war, schlicht aufgehört hatten. Obwohl das immer noch eine Seltenheit ist in großstädtischen Wohnsiedlungen, scheint es, als ob etwas Ähnliches in jenen im vorstädtischen Ödland gelegenen Siedlungen passiert.

In den jüngsten *riots* in diesen Siedlungen war die Solidarität augenfällig. Obwohl nur einige hundert Jugendliche daran beteiligt waren, stand doch möglicherweise eine Mehrheit der Leute in den Siedlungen auf ihrer Seite. Es wurde sogar gesagt, daß einige Eltern ihre Kinder – unter ihnen junge Frauen – ermutigten, an den *riots* teilzunehmen. Sicher hat sich die Feindseligkeit zwischen den älteren BewohnerInnen und den wilden lärmenden *kids* etwas gelegt. In der letzten Runde städtischer Aufstände 1985 war da eine Kluft, die beinahe schon ein Abgrund war, als die meisten MieterInnenkomitees in den Siedlungen mehr Polizei forderten, um den jugendlichen Vandalismus zu zügeln. Auch dies scheint sich möglicherweise etwas geändert zu haben, denn die Polizeipräsenz hatte überhand genommen. Oder vielleicht ist es darüberhinaus noch etwas Einfacheres und Direkteres.

So langsam dämmert die Erkenntnis, daß die Bullen nicht dafür da sind, die Kleinkriminalität (oder überhaupt Kriminalität) in den Siedlungen zu bekämpfen; Verbrechen, die für arme BewohnerInnen katastrophal sein können. Ihr kennt die üblichen Klagen: »Die Polizei ist nie da, wenn man sie braucht«. Als Konsequenz ist eine Form von selbstorganisierten Patrouillen oder »Bürgerwehren« entstanden

Nieder mit dem Beklauen armer Leute, hoch das große Verbrechen Revolution!

(die Art, wie die Presse den Begriff benutzt, ist mit Vorsicht zu genießen), wobei spezielle Patrouillen, gebildet von Erwachsenen (junge Väter sozusagen), derbe Selbstjustiz üben und dabei über die Befugnisse der Polizei in Sachen Strafen und Gefängnis hinausgehen. Die Siedlungen in der Bergarbeitergemeinde *Grimethorpe* in South Yorkshire waren vermutlich die ersten, die damit anfingen. Sie denunzieren örtliche Einbrecher, die die eigenen Leute berauben, in der Öffentlichkeit und verpassen ihnen eine ordentliche Abreibung. Solch Schande reicht, um die Missetäter zu bremsen. Seither scheint sich



das in vielen Siedlungen im Norden verbreitet zu haben. Die letzte, von der ich das gehört habe, ist die Siedlung *Bierley* in South Bradford. Solch eine Präsenz *scheint* bisher nicht in den Prozeß des *rioting* eingegriffen zu haben, obwohl wir, ehrlich gesagt, viel mehr Informationen brauchen, bevor wir wirklich sicher sein können. Aber laßt uns hoffen, daß das in die richtige Richtung geht. Nieder mit dem Beklauen armer Leute, aber hoch das große Verbrechen Revolution.

Auch hat sich, besonders im Norden, die Haltung unter den älteren BewohnerInnen verändert, je deutlicher sie wahrnahmen, daß es heute nichts mehr gibt für die Jugendlichen, daß sie wirklich die »Macjobs«[6] sind, wie die Amerikaner sie nennen. Es gibt dort sogar so etwas wie Mitgefühl. Genauso haben die Jugendlichen sich etwas bewegt in dem Sinne, daß sie die Probleme der anderen um sie herum wahrnehmen. Zum Beispiel gab es Berichte über Vorfälle gleich nach den *riots* im *Ragworth Estate* in Stockton-on-Tees und in Burnley über Jugendliche, die opportunistische Einbrecher verprügelten, die sie beim Versuch erwischten, alte Leute auszurauben. Doch Vorsicht. Wir müssen uns hüten, das überzubewerten: Bisher ist das vielleicht nicht mehr als eine Tendenz, die schnell einen Abgang machen könnte.

Denn wenn wir genau hinsehen, ist der Hintergrund für jegliche Reaktionen des sich umeinander Kümmerns finster und wird immer schlimmer. Die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise geht in Richtung einer gesellschaftlichen Stimmung, in der alle versuchen, die anderen irgendwie fertigzumachen. Eine besonders widerliche psychische Atmosphäre durchzieht das UK. Vielleicht läßt sich das zusammenfassen im Fehlen einer nationalen ideologischen Phrase, wie etwa Frankreich sie hat mit *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*. Hier ist es *Gott schütze die Königin* mit zwei Fingern nach oben[7] und ein »fuck off« mit einem verrückten Glitzern in den Augen.

Deswegen ist es eine angenehme Überraschung, wenn wir feststellen, daß die gegenwärtigen *riots*, ganz anders als jene von 1985, bemerkenswert frei blieben von irgendwelchen widerlichen Vorfällen (mit Ausnahme von Newcastle, siehe unten). Während der *riots* in *Blackbird Leys* in Oxford im Sommer 1991 wurde in der Regenbogenpresse sehr spektakulär über eine vereinzelte blutige Messerstecherei berichtet. Später bewiesen einige BewohnerInnen der Siedlung, daß der Vorfall mit den *riots* nichts zu tun hatte. Sie wiesen auch darauf hin, daß einige der *joy riding*-Kunststückchen von Fernsehgesellschaften bezahlt worden waren, um eindrucksvolle Bilder zu bekommen. Ähnlich bei den *riots* in *Willenhall*, Coventry, im Mai 1992, wo etwa zur gleichen Zeit ein Kind brutal ermordet wurde. Die Medien machten unterschwellige Anspielungen, indem sie den Mord mit den *riots* in Zusammenhang brachten. Aber das war meilenweit von der Wahrheit entfernt.

Egal wie man die Merkmale der heutigen *riots* interpretiert – optimistisch oder pessimistisch, eines ist sicher: Zur Zeit finden andauernd Razzien durch die Polizei statt, die oft in den Stadtrandsiedlungen ihre am meisten zugespitzte Form annehmen. Anfang der 80er waren solche städtischen Razzien eher die Ausnahme denn die Regel. Obwohl es in den großen innerstädtischen Siedlungen dieselbe Polizeipräsenz gibt, hielten sie die lukrativen Gewinne durch den Drogenhandel, zumindest für den Moment, wohl recht ruhig, genauso wie die sich auflösende schwarze Solidarität. Vielleicht gehen auch die Bullen ein bißchen sanfter zur Sache, wenn sie wie neulich in der großen Siedlung von *Stonebridge* in North London und in Peckham auf Zwischenfälle mit Steinwürfen mittels Deeskalation reagieren.

Und inmitten dieser *riots* haben sich auch die Bergbaugebiete wieder zurückgemeldet, nur leider ohne Streiks. Mir sind einige neuere Vorfälle aus der Kohlenregion von Yorkshire bekannt. Es gab vier Nächte mit *riots* in Maltby im Sommer 1991, und im Juni 1992 *trouble* in Knottingly, und unter Berücksichtigung der Nachrichtensperre, wo noch? Der ein Jahr dauernde Bergarbeiterstreik von 1984/85 ist dort keineswegs vergessen, und in gewisser Weise dauert die Besetzung der Bergarbeiterstädte durch die Polizei immer noch an; nur ihre Zielrichtung hat sich geändert, heute geht es gegen alle Jugendlichen in der Stadt.

Die allgemeine Erhöhung der Polizeipräsenz hängt bis zu einem gewissen Grad mit dem Bergarbeiterstreik zusammen. Das alte Gesetz zur Öffentlichen Ordnung von 1936 wurde gegen die Bergarbeiter benutzt, um sie daran zu hindern, von einem Brennpunkt im Land zum anderen zu reisen. Zwei Jahre später, 1986, wurde es verschärft, seither können die Bullen jede/n verhaften, der für sie eine Bedrohung für *law'n'order*[8] darstellt, und ein Treffen von mehr als zwei Leuten wird als »öffentliche Demonstration« aufgefaßt, für die es eine Geldstrafe geben

... es gibt eine Art inoffizieller Ausgangssperre für Jugendliche ...

kann. Es enthält auch den neuen Straftatbestand des »gewaltsamen Aufruhrs«, für den es bis zu fünf Jahren Gefängnis gibt, und den des *rioting*, für den man lebenslänglich bekommen kann. Das hieß, daß jede beliebige Menschenmenge, von Fußball*hooligans*, TeilnehmerInnen bei *free festivals, acid house raves* bis hin zu Strandparties oder zu viele TouristInnen als eine Bedrohung der Ordnung aufgefaßt werden konnten.

Dadurch gibt es eine permanente Besetzung der Vorstadtsiedlungen durch die Polizei mit Personen- und Fahrzeugkontrollen, die oft schlimmer ist als in den Innenstädten. Überall wurden Polizeikameras installiert, von *pubs* bis zu städtischen Siedlungen, und es gibt eine Art dauernder inoffizieller Ausgangssperre für Jugendliche. Nach jedem Vorfall werden die Überwachungstechniken aufgerüstet. Der vornehme und langweilige Strand von Bournemouth an der Südküste ist heute mit Polizeivideokameras gepflastert. Zweifellos als Antwort auf die Ausschreitungen

von Fußballhooligans dort im Jahr 1990, als in einer wundervollen Episode Jugendliche den berühmten Pier einnahmen und den Vergnügungspalast besetzten.

Da überrascht es kaum, daß es in solch einer Atmosphäre richtig derbe abgeht. In der Folge von Broadwater Farm 1985[9] wurden während der *riots* im Juni 92 in innerstädtischen Siedlungen in *Ordsall* im Ballungsraum von Manchester und in Leeds Schußwaffen gegen Polizei und Feuerwehr eingesetzt. Einige der Waffen kamen aus den marktwirtschaftlichen Widerlichkeiten, die zu einer mit Drogen handelnden Gangstruktur gehören, doch nun werden sie gelegentlich auf staatliche Einheiten gerichtet (aber bitte nicht gegen Feuerwehrleute). Wahrscheinlich bedeutet das, daß es irgendwann in der Zukunft

während eines *riots* eine Schießerei mit mehreren Toten geben wird. Was wird das dann heißen? Daß ein Rubikon[10] überschritten wurde? Polarisierung und die ArbeiterInnen auf seiten des Aufstands?? Oder nichts??? ... Eine Entwicklung jedenfalls. Obwohl die Polizei nirgends schlecht ausgerüstet ist, klingen jetzt, anders als im Sommer 81, viele Polizeichefs wie die liberalen Professoren der »Devianzsoziologie«[11], die die Spirale des Militarismus verdammen und wirtschaftliche und soziale Faktoren für alles verantwortlich machen, mit dem sie sich herumschlagen sollen. Bedeutet das eine Schwächung der Entschlossenheit, wenn es darauf ankommt?

Es gibt da noch eine weitere Wendung. Im Gegensatz zu ihren Chefs treten jetzt womöglich die Streifenpolizisten (zumindest in den Siedlungen) härter auf, um die Privatisierungspläne der Regierung noch abzuwenden, die die Arbeitsbedingungen der Polizisten angreifen wollen: durch Werkverträge, Leistungslöhne und eine Verschiebung des Schwerpunkts in Richtung Nutzung privater Sicherheitsdienste wie Securicor oder sogar Pinkertons, die billiger sind und deren Angestellte wesentlich weniger verdienen. Der Streifenbulle, der hart draufhaut, will den Bonzen zeigen, daß sie auf ihn nicht verzichten können.

Aber was zeichnet die heutigen *riots* aus? Sie haben gar nichts Ideologisches an sich – nicht einmal ein schlecht passendes schwarzes Bewußtsein, das es 1981 oder 1985 noch gab. Die trotzkistische *Socialist Workers' Party* und die anarchistische *Class War* haben in den Siedlungen Flugblätter verteilt – oft während der Ereignisse oder an ihrem Ende, aber da liegt nicht viel drin. Die Zeitungen, vor allem einige der mehr intellektuell ausgerichteten, beschuldigen *Class War*, aber die aktuelle Reaktion der BewohnerInnen ... darüber ist nicht viel bekannt. Es sind die örtlichen Stadträte der *Labour Party* und die Kader der städtischen Jugendarbeiter, die auf *Class War* fluchen, möglicherweise, weil sie in denselben *pubs* trinken und von *Class War*-Leuten immer mal wieder eine rituelle verbale Anpisse abbekommen ... – So läuft es jedenfalls hier in *Notting Hill*. Was jedoch abläuft, sind *riots* praktisch ohne jede Vision, die Dinge stehen so schlecht, daß Vision fast schon was für Privilegierte ist. Es gibt nicht einmal richtige Verbindungen in die anderen Siedlungen; jede explodiert für sich, zeitlich und räumlich isoliert voneinander, ohne solidarischen Verbindung, und gänzlich unangemessen der Solidarität innerhalb der Siedlung. Als ob der Horizont der *rioters* nur bis zum Rand der Siedlung reichen würde. Das ist nicht anders zu erwarten, wenn man sieht, daß viele von ihnen meilenweit vom Stadtzentrum entfernt sind und eine Busfahrkarte ein Vermögen kostet. Jugendliche haben oft überhaupt kein Geld, um die Siedlung zu verlassen, wenn sie keine Stütze, Sozialhilfe oder ABM-Plätze bekommen. Im Gegensatz zu all dem Mist über die »bequeme Hängematte« des sozialen Netzes liegt das UK bei den ausgezahlten Sozialleistungen der entwickelten Welt ganz weit hinten. Überraschenderweise liegen sogar Spanien und die USA höher, auch wenn die Leistungen dort niedriger und schwerer zu bekommen sind. In so einer unendlich eingeschlossenen Situation, im Vergleich zu zehn Jahren zuvor: wird es da nicht klar, warum der Lokalismus so ausgeprägt ist, mag er auch noch so hindernd sein?

Tatsächlich ist der Lokalismus ein viel größeres Problem als der Rassismus. Es wird viel geredet über wachsenden Rassismus im UK (z.B. hat die trotzkistische *SWP* die *Anti-Nazi League* von Ende der 70er wiederbelebt), aber wo ist der wirkliche Beweis, daß sich der Rassismus auf allgemeiner Ebene ausbreitet? Es hat (bisher) kein halbwegs bedeutendes faschistisches Revival gegeben, und die Toleranz gegenüber anderen Rassen ist besonders in England immer noch stärker. In gewisser Weise hat der anti-asiatische Rassismus seit Mitte der

... der Lokalismus ist ein viel größeres Problem als der Rassismus ...

80er sogar nachgelassen, auch wenn er noch deutlich sichtbar ist. Ab und zu gibt es einen brutalen Mord von weißen Rassisten an Asiaten, aber junge Asiaten nehmen das nicht einfach hin, und einige sogar dazu übergegangen, als Antwort unterschiedslos Weiße zusammenzuschlagen. Kürzlich hieß es, der Bezirk *St. John* in Halifax, West Yorkshire, sei eine *no-go-area*[12] für Weiße, aber Asiaten aus *St. John* bestreiten das entschieden. Diese ganze Art von 'Rassismus'ist fließend. Schwarze

ziehen oft Weiße Asiaten vor usw. Und tatsächlich können einige der härtesten anti-asiatischen Äußerungen von Schwarzen kommen, und da gibt es keinerlei einfältige Einheit, die man beschwören könnte. Einheit hat sich in den letzten zehn Jahren gewöhnlich über gemeinsame Aktion hergestellt; durch das gemeinsame *rioting* gegen die Polizei, gegen den Staat und die Ware. Weißer Rassismus hingegen wird in gemeiner Weise *hauptsächlich* gegen isolierte Individuen, zum größten Teil gegen Flüchtlinge, die von der Unterstützung durch ihre *community* abgeschnitten sind (z.B. gegen Afghanen, Iraner, Kurden usw.). Es gibt einen gewissen Trend dahin (was mit der massiven Wanderung der Weltbevölkerung zusammenhängt), und der könnte anwachsen. Egal, wenn das geschieht, muß dem hart begegnet werden.

Nun könnte jemand sagen (aber da läuft man schnell Gefahr zu übertreiben), daß der wirkliche Rassismus, der sich derzeit im UK real äußert (und der hat ganz oft mit hellere Haut gegen dunklere zu tun), der zwischen Asiaten ist: Bengalen gegen Pandschabi, Sikhs gegen Inder, Moslems gegen Hindus – nur um dem Ganzen noch eine religiöse Dimension hinzuzufügen. Darüber wird *kaum jemals* in der nationalen Presse berichtet, aber da geht es oft sehr blutig zu. Straßenkämpfe, die eine halbe Stunde dauern können, brechen aus, wenn kriegführende Parteien, bewaffnet mit Messern und Macheten, sich in Städten West Yorkshires einen regelrechten Kampf auf Leben und Tod liefern. In Keighley, einer gewalttätigen Industriestadt, die einst berüchtigt war für das rechte *British Movement*, gehen heute die wirklich heftigen Sachen zwischen Pakistanis und Bangladeshis ab. Ein Lehrer verläßt das Klassenzimmer für einen kurzen Moment und Asiaten gehen aufeinander los. Dörfer, die en gros nach Keighley verpflanzt wurden (das Gebiet ist bekannt für seinen feinfühligen Umgang mit Immigration seit mehr als einem Jahrhundert, wobei sie mit Deutschen, Juden, Polen, Italienern, Slawen und Ukrainern usw. zu tun hatten), führen ihre Schlachten gegeneinander fort, als ob sie immer noch am Khyber-Paß wohnten. Es ist eine lange Geschichte, zu der auch die brutale pakistanische Mafia gehört, wo Leute umgelegt werden oder verschwinden (besonders pakistanische Frauen, die aus der Reihe tanzen), für die hier nicht genügend Raum ist. Es ist auf jeden Fall eine Geschichte, die von einer/m libertären pakistanischen RevolutionärIn erzählt werden sollte, doch die, die das könnten, schrecken davor eher zurück. Belassen wir es bei der Feststellung, daß der Rassismus im UK heute ein sehr kompliziertes Bild abgibt.

In den *riots* im letzten Jahr soll es gelegentlich von seiten der hauptsächlich weißen Beteiligten anti-asiatische Spitzen gegeben haben. Viele der Läden, die von den *rioters* angegriffen wurden, gehörten Pakistanis. Das stimmt, die meisten gehörten ihnen (oder Chinesen), aber es waren die einzigen Läden in den Siedlungen. Vielleicht hätte einer der Vorfälle während der "Brotunruhen" von Cardiff da etwas mehr hergegeben, aber der Pakistani, dem der Laden gehörte, war ein besonders mieses Stück, der regelmäßig Ladendiebe (sogar alte Leute) der Polizei übergab. Jedenfalls stellten *rioters* verschiedener rassischer Herkunft sowohl in Cardiff als in Newcastle klar, daß sie für ihre Angriffe keine rassischen Motive hatten. Erstaunlicherweise tendierte die Linke dazu, damit einverstanden zu sein – man hätte zumindest den moralischen Zeigefinger erwartet. Einen möglichen dunklen Aspekt der Sache haben nur die Rechten betont, besonders Richter in Newcastle, die *rioters* des Rassismus beschuldigten – als Begründung für die harten Strafen, die sie ihnen aufbrummten.

Wie gewöhnlich kam jedoch stereotyper weißer Rassismus von der Polizei. Im Sommer 1991 wurde in Wellington im ländlichen Shropshire ein schwarzer Teenager, der aus der Klapse kam, von den Bullen getötet, als er mit einer Spielzeugpistole herumprotzte. Die Polizei kannte seine Akten und wußte, daß er harmlos war, und das wußten auch die Leute, die dort wohnten. Die schwarze Jugend der Stadt rebellierte für einige Nächte und es flogen sogar Mollies in die Polizeiwache. Die *riots* breiteten sich aus in die nahegelegene Trabantenstadt Telford mit Lagerhäusern, Gewerbepark und kleinen Fabriken, wo die schwarze, weiße und asiatische Jugend sich in harmonischer Eintracht drei Nächte lang austobte.

... Wie gewöhnlich kam jedoch weißer Rassismus von der Polizei ...

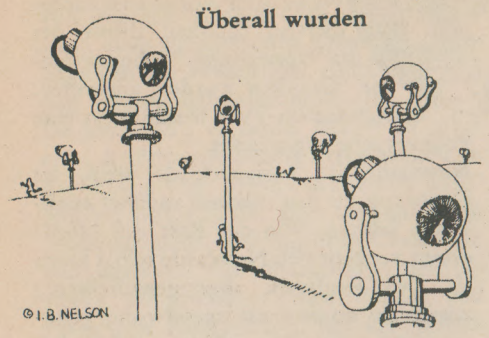
Noch deutlicher wird der komplexe Charakter des Rassismus im UK z.B. am *riot* in Blackburn im Juli 1992 im *Whalley Range*-Bezirk der Stadt. Bis dahin unterwürfige Inder griffen einen pakistanischen Laden mit Café an, der sie ihrer Meinung nach diskriminierte. Es entwickelte sich ein Kampf zwischen pakistanischer und indischer Jugend. Als die Bullen kamen, vereinigten die kriegführenden Seiten ihre Kräfte und kämpften gegen die Polizei.

Nehmt dazu noch den Aufstand Marke *Newcastle-upon-Tyne* vom September 91, und ihr habt eine noch seltsamere Mischung. Es war die größte stadtweite Rebellion seit Liverpool 81, obwohl ihr Größe und Dauerhaftigkeit jenes großen Ereignisses am Mersey fehlten. Viele von

Newcastles Vorstädten explodierten, Schulen, Büros der Stadtverwaltung, Wohnungsämter, Gerichte wurden angeriffen. In *Blaydon-on-Tyne* wurde sogar eine Polizeiwache angezündet.

Newcastle ist hauptsächlich weiß, im Gegensatz zu den meisten anderen englischen Städten. Wie der Rest des Nordostens versteht sich Newcastle selbst kaum als Teil Englands, aber genausowenig wissen sie, ob sie sonst irgendwohin gehören. Es ist eine Identitätskrise, die Jahrhunderte zurück reicht in vorindustrielle Zeiten, als das Gebiet noch Banditenland war zwischen England und Schottland und du niemals wußtest, wer Freund war und wer Feind. Und so blieb es: Ein Identitätsverlust, der erhöhte Paranoia erzeugt. Wer könnte als nächster was von dir wollen? Ist der Baum oder Laternenpfahl dort dabei, dich anzugreifen? Auf wessen Abschußliste stehst du? Frag irgendeinen, der dort schon lange wohnt, und sie werden dir sofort etwas über einen gegen sie gerichteten lächerlichen *Geordie*[13] Psychostreich einiger Jugendlicher erzählen, für den es absolut keinen Anlaß gab. Und passend dazu gab es in den *riots* in Newcastle einige wilde Psycho-Happenings, wie daß Leute mit Flaschen beworfen oder mit Rasiermessern bedroht wurden, Frauen verprügelt usw. Das Geordie *nutting*[14] nahm im *riot* vielleicht noch zu. Die Medien liebten all das, aber natürlich boten sie keine Erklärung dafür an, war ihr Ziel doch, die Leute so zu erschrecken, daß sie den *riots* fernblieben.

Fügt diesem komplizierten Bild eine weitere Dimension in den Newcastle *riots* hinzu. Schwarze und 'Immigranten' auf der Straße wurden nicht angegriffen, aber Leute, die mit südenglischem Akzent sprachen. Ein Freund aus Newcastle berichtete, daß einer Krankenschwester aus dem Süden Englands, die im örtlichen RVI [Royal Victorian Infirmary] Krankenhaus arbeitete, auf schreckliche Weise Haus und Heim abgebrannt wurde. Es ist schwer zu sagen, ob das wahr ist oder nicht, niemand hat den Bericht bisher bestätigt. Wenn ja, dann hat die Feindseligkeit gegen die aus dem Süden, die im 20. Jahrhundert im Nordosten schon immer stark gewesen war, jetzt eine beängstigende Wendung erfahren. Natürlich ist ihre Grundlage ein Haß auf das brutale Freie-Marktwirtschaft-Torytum, der sich im Südosten um London herum konzentriert, aber Angriffe wie dieser sind völlig nutzlos und kontraproduktiv. Wir hörten sogar von asiatischen Gangs im Norden, die umherziehen (und Fußball*hooligans* imitieren?) und Leute mit südlichem Akzent angreifen. Tatsache oder finstere Phantasie? Was auch immer, es verdeutlicht den komplexen Charakter des Ras-



Überall wurden Polizeikameras installiert ...

sismus im UK. Wir müssen deutlich sagen: wir hoffen, daß die Psychomomente im Aufstand von Newcastle nicht in anderen stadtweiten Rebellionen der Zukunft wiederholt werden und daß die »Ursachen« dieser Vorfälle ausschließlich mit der Örtlichkeit zu tun haben. Aber der Optimismus über die Solidarität in den Siedlungen weit draußen muß gedämpft werden, wenn wir uns die Innenstadtbezirke anschauen.

Doch welche Auswirkungen hatten die neuen *riots* auf den Rest der entfremdeten Gesellschaft? Ihre Aktionen müssen auf irgendeine Weise ihren Widerhall finden, aber das ist nicht so klar wie früher. Die städtischen *riots* von 1981 hatten Auswirkungen auf spätere Streiks im Sinne einer Bereitschaft, zu Gewalt und Plünderungen zu greifen (die Bergarbeiter, Drucker, *Silentnight*-ArbeiterInnen[15] usw.). Das muß allerdings auch in den Kontext der damaligen puren brutalen Unnachgiebigkeit der Bosse gestellt werden – eine Unnachgiebigkeit, die heute in vielerlei Beziehung sogar noch heftiger ist – die aber bisher noch keinem Test unterzogen wurde. Ein Zeichen der Hoffnung. Direkt nach dem Tod zweier junger *joy riders*, die im September 1991 in einem Hochgeschwindigkeitsrennen mit Bullenwagen getötet wurden, was die Gewalttätigkeiten in der Siedlung *Meadow Well* in North Shields auslöste, gab es einen Aufruf von einigen Jugendlichen aus der Gegend, als Zeichen des Respekts der Arbeit fernzubleiben. North Shields liegt genau im Zentrum dessen, was von den Maschinen- und Schiffbauindustrieen am Tyne übrigblieb. Ob einzelne Arbeiter dem Aufruf folgten oder nicht, ist schwer zu sagen.

... ram-raiding ist schlicht eine Form von harter Arbeit ...

Dieser Aufruf war nicht ganz unrealistisch. Denkt daran, viele der Jugendlichen haben absolut kein Geld – wie schon erwähnt. Sie sind auf vielerlei Weise zu Aktivitäten gezwungen wie dem in Newcastle erfundenen *ram-raiding*, d.h. LKWs in die Sicherheitsgitter vor den Schaufenstern der Läden zu fahren – einfach für ihren Lebensunterhalt. Tyneside ist nie aus der Rezession Anfang der 70er herausgekommen, und es ist immer schwieriger geworden, bei gleichzeitigem Bezug von Arbeitslosenunterstützung noch eine Schwarzarbeit zu finden. Folglich ist das *ram-raiding* schlicht eine Form von harter Arbeit geworden und etwas ziemlich anderes als die eher verspielten Aspekte des *joy riding*, die doch meist eher den Freizeitaktivitäten zuzurechnen sind. Hier muß das *joy riding* also im Kontext einer ernsteren Szenerie gesehen werden. Ein Streifenwagen. Ein Autounfall. Es hat mehr von einem schweren Arbeitsunfall in der Fabrik von Reyrolles oder einem fatalen Grubenunglück in der Zeche von Easington. In einer solchen Situation zu einem Sympathiestreik aufzurufen, ist völlig logisch.

Das Problem ist nur, daß ein Haufen vollbeschäftigter ArbeiterInnen und Arbeitsloser keineswegs begeistert sind über *joy riders*. Manchmal ist es ihr Auto, das geklaut wird oder sie befürchten, es könnte das nächste sein. Und Mütter hassen das Ganze eher, weil kleine Kinder überfahren werden können. Und tatsächlich war die einzige Demonstration im Gebiet von Newcastle eine Gegendemonstration: Mütter aus der Arbeiterklasse blockierten die Scotswood Road, um gegen den Tod eines Kindes zu protestieren, für den *joy riders* verantwortlich gemacht wurden. Das war wenige Tage, bevor das angrenzende *Elswick* explodierte.

Zum Schluß ein paar düstere Gedanken. Trotz der aktuellen Runde städtischer *riots* im UK ist die allgemeine Stimmung, daß das nicht viel ändern wird, denn der Monsterstaat des Freie-Marktwirtschafts-Totalitarismus will einfach nicht nachgeben. Die *riots* von 1981 waren ein erheiternder Durchbruch; 1985 weniger, aber mit einer enormen Wildheit, die andere Mängel ausglich. Aber jetzt, nachdem solch heftige Kampftätigkeit fehlschlug ... wohin soll es denn nun gehen ... und wie könnten sie einen Einfluß auf den Arbeitsplatz ausüben, wenn die Gesetze gegen vollbeschäftigte ArbeiterInnen, die irgendeine Art von aggressiver, herausfordernder Aktion beginnen, dermaßen verschärft sind durch die drakonischste Anti-ArbeiterInnen-Gesetzgebung Europas, egal ob Ost oder West? Wenn ihr einen wilden Streik anzettelt, kann das damit enden, daß ihr der Firma, städtischen Gesellschaft, oder wem auch immer, die während der Auseinandersetzung entgangenen Profite zahlen müßt. Das kann heißen, daß ein/e arme/r ArbeiterIn einige Millionen Pfund zahlen muß! Dieses bösartige Gesetz des Staates war die Antwort auf die Bewegung zur gewerkschaftlichen Koordination 1988 (siehe Brief in *Wildcat* 49, S.46, vom Februar 1990). Bisher wurde das Gesetz nicht gegen ArbeiterInnen angewendet, aber es war wirksam gegen einige StudentInnen aus Bradford, die einen Mietstreik begannen. Die Gerichte nahmen ihnen alles außer den Kleidern, die sie auf dem Leib trugen. Kurz gesagt, es ist ein Klima des Geldterrorismus, das bei weitem schlimmer ist als der unflexible Monetarismus von vor zehn Jahren.

Allgemein sind die Leute eher skeptisch über die *riots*, sie freuen sich, daß es passiert, aber sie ziehen nicht Kraft daraus wie früher. Ohne daß sie sich als Linke sehen, würden die meisten lieber einen langen und harten Streik sehen – etwas, das anfinge, die unaufhaltsam ausufernden Gesetze aufzubrechen, die gegen die angewandt werden, die in Arbeit und Freizeit sowieso keine Karten haben – ein Prozeß von Zermürbung, der langsam aber sicher alle Hoffnung auf eine neue Welt zerstört. Heutzutage sind im UK alle modernen Formen intelligenter, korporatistischer staatlicher Kontrolle abgeschafft. Die Verwertung [recuperation] wurde über Bord geworfen: Die innerstädtische Initiative nach den *riots* 1981, die die Grundlage bildete für die *docklands*[16] und die Yuppies usw., war eine der letzten dieser Art von Bewegung. Sicher gibt es unbedeutende Beispiele. *Amber Films* in Newcastle versuchte, aus ihrem Film *Dream On* – mit einer Mischung aus BewohnerInnen und SchauspielerInnen – einen Film über die Siedlung *Meadow Well* zu machen – gedreht vor den *riots* – und ihn groß in die Kinos zu bringen. Sie wollten die Crème der Kämpfe der *rioters* filmisch abschöpfen. *Class War* hat keinerlei Kritik der Kunst entwickelt und lobte daher den Film als Arbeiterklassenkultur, statt ihn als Versuch der kulturellen Verwertung anzugreifen.

... die meisten würden lieber einen langen und harten Streik sehen ...

Obwohl sich die Wirtschaft mitten in der schlimmsten Rezession seit 1930 befindet – immer an Rande einer massiven Depression – dauert der Triumphalismus des freien Marktes an, ungeachtet dessen, daß seine materielle Basis in Stücke zerbrochen ist. Aus allem, was sich bewegt, muß immer noch ein Geschäft gemacht werden. Der englische Pragmatismus gehört der fernen Vergangenheit an, und die Ideologie der Privatisierung hat immer noch das Sagen, während sie sich leise in Richtung einer privatisierten Hölle auf Erden bewegt. Dem Aufbruch, der mit dem großen Protest gegen die *poll tax* erschien, und der am meisten zu Thatchers Sturz beitrug, ist im Moment Einhalt geboten. Es wird einiges mehr passieren müssen als

relativ kontinuierliche urbane Explosionen, um das zu ändern, auch wenn sie willkommen sind – obwohl man immer noch hofft, daß sie Vorbote von etwas Umfassenderem sein werden.

Dave W., Spätsommer 1992

Anmerkungen und Erklärungen:

1) Das Buch kann noch beim Buchladen O21, Oranienstr. 21, 1000 Berlin 36 für 16,- DM bestellt werden.
2) UK: United Kingdom - die britische Insel plus Nordirland.
3) joy-riders: Jugendliche, die Autos klauen, einfach um mit ihnen durch die Gegend zu heizen.
4) Dole: Almosen; Arbeitslosenunterstützung
5) Desolation Row: Heruntergekommene Straße; Titel eines Songs von Bob Dylan, von der LP Highway 61 Revisited, erschienen 1965.
6) Macjobs: US-amerikanischer Ausdruck für Leute, die schlecht bezahlte, ungarantierte, nicht gewerkschaftlich organisierte Jobs machen (müssen), wie eben zB bei McDonald's arbeiten.
7) Das Handzeichen für "fuck off" wird im UK, wie der Autor versichert, aufwendigerweise mittels zweier Finger gebildet, etwa Zeigefinger und Mittelfinger, nicht gespreizt! Im Gegensatz zB zu den USA, Frankreich und Deutschland, wo der Mittelfinger genügt...
8) Law'n'order: Gesetz und Ordnung.
9) Broadwater Farm: Bei dem *riot* 1985 - als Antwort auf den Tod eines schwarzen Jugendlichen, verursacht durch die Polizei - wurden Bullen in einen Hinterhalt gelockt, einer von ihnen wurde mit Macheten in Stücke gehauen.
10) Rubikon: Im alten Rom Grenzfluß zum italienischen Kernland, mit dessen Überschreitung Cäsar 49 vuZ den Bürgerkrieg begann.
11) Devianzsoziologie: Soziologie des abweichenden Verhaltens
12) no-go-area: Gebiet, wo sich bestimmte Leute besser nicht blicken lassen.
13) Geordie: Umgangssprachlich für Leute aus Newcastle.
14) Nutting: gefürchtete Newcastler Kampftechnik bei Schlägereien: ein schneller Kopfstoß, der dir die Nase bricht (wenn du nicht aufpaßt).
15) Silentnight: Bettenfabrik in Lancashire, 1985-86 streikten dort mehr als tausend ArbeiterInnen.
16) Docklands: Gigantisches Projekt der Umstrukturierung brachliegender Hafengebiete in London mit Wohn- und Bürobauten für den Yuppieboom. Gerade dabei, pleite zu gehen und komplett zu scheitern.

From Resistance To Rebellion

Die *Texte zur Rassismus-Diskussion* sind überwiegend aus dem *Institute Of Race Relations*. Es wurde von der britischen Regierung gegründet, um den schwarzen Widerstand zugänglich, handhabbar zu machen, inzwischen gilt es als Ort der schwarzen, antirassistischen und feministischen Theoriebildung. Die Texte sind fast alle in *Race & Class* veröffentlicht worden und beziehen sich natürlich vor allem auf die Diskussion in schwarzen oder feministischen Organisationen Britanniens.

Der erste Text von Sivanandan gab dem Buch auch seinen Titel. Aber so programmatisch wie er sich anhört, ist er nicht. Sivanandan beschreibt sehr ausführlich die Entstehung der *communities* aus den Arbeits- und Lebensbedingungen der ImmigrantInnen und dem anti-kolonialen Befreiungskampf in ihren Herkunftsländern. Wichtig daran ist die Auflösung ethnischer Grenzen, die dann in der Herausbildung »schwarzer *communities*« ihren Höhepunkt findet. Damit wird schwarz von einer Hautfarbe bestimmter ImmigrantInnen zu einem Kampfbegriff, unter dem sich alle ImmigrantInnen zusammenfinden. In der britischen Diskussion wird in den folgenden Jahren schwarz immer als politische Kategorie verstanden.

Aber es bleibt weitgehend äußerliche Geschichtsschreibung, Sivanandan beschreibt die Verstaatlichung des Rassismus bis zum rassistischen Polizeistaat. Der Gegenpol ist die Entwicklung des schwarzen Widerstandes, aber hier nur dargestellt an der Geschichte schwarzer Organisationen.

Drei Jahre nach *From Resistance To Rebellion* hat Sivanandan die Geschichte des Rassismus und Anti-Rassismus, des schwarzem Kampfes gegen die Ausbeutung von 1960-1980 aufgeschrieben, was bisher in Deutschland nicht veröffentlicht wurde: *RAT and the degradation of black struggle*. Hier untersucht Sivanandan nicht an Organisationen, sondern auf dem Boden der Klassenzusammensetzung die Entstehung der schwarzen Bewegung im Verhältnis zum Klassenkampf, den Widerstand gegen die rassistische Arbeitsteilung in den Fabriken und den Rassismus in der Gesellschaft, der ihn einer Widerstandskultur der *community* mündet. Die schwarze Bewegung in den 60er Jahren hatte ein klares Verhältnis zum

Klassenkampf: »für die Schwarzen und darum für die Klasse«.

Der Gegenangriff des Kapitals zerstörte diese vereinheitlichende Tendenz: Förderung von individuellen Kulturen (Multikulturalismus), Mittel für Selbsthilfegruppen und Festlegung formaler Chancengleichheit. Damit konnte der Zusammenhang von Kultur, Gemeinschaft und Klasse aufgebrochen werden. Die politischen Forderungen der *community* wurden zu kulturellen Anliegen verschiedener ethnischer Gemeinschaften – der Kampf gegen Rassismus zum Kampf für Kultur. Die Selbsthilfegruppen wurden zur profitablen Dienstleistung.

Die *riots* 1981 fanden vor diesem Hintergrund statt, und nicht wenige hatten die Hoffnung, es könnte darüber wieder ein gemeinsamer Kampf entstehen. Sie sollten sich täuschen.

Das Ende der schwarzen Bewegung, das nüchtern entwickelt wird, steht am Beginn einer 16-jährigen Geschichte von *riots*. Und Sivanandan macht deutlich, daß die Reduzierung auf antipatriarchal und antirassistisch dieses Ende herbeiführten.

Jenny Bourne kritisiert in *Für einen anti-rassistischen Feminismus* den Rassismus der weißen Feministinnen. Die Widersprüche der weißen feministischen Diskussion, die Konflikte mit den schwarzen Frauen in der feministischen Bewegung legen die Schwachpunkte der Individualisierung politischer Konfrontationen offen. Die Abwendung weißer Feministinnen von analytischen Kategorien des Klassenkampfes führte sie zu kulturellem Pluralismus und der Gleichsetzung von Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnissen. Der Anti-Rassismus bleibt moralisch, wenn die »Ökonomie der Immigration« nicht verstanden wird. Damit, kritisiert Jenny Bourne, werden politische Verhältnisse zu persönlichen Problemen, folglich ist die Lösung nicht mehr in der gesellschaftlichen Umwälzung, sondern vielmehr im »Bewußtseinstraining« für weiße Frauen (und Männer) zu suchen. (In *RAT...* kann man nachlesen, wie das zu einer richtigen Therapieindustrie wurde - vom Workshop für Bullen für den »richtigen« Umgang mit Schwarzen, bis zu Selbsterfahrungsgruppen der weißen politischen Szene zum Umgang mit dem eigenen Rassismus.) Daß diese Haltung den Rassismus in der Frauenbewegung verfestigte und verlängerte, wird an Beispielen offenkundiger Widersinnigkeit nachgewiesen, etwa wenn weiße Frauen auf den Bullenangriff gegen eine Schwarze mit der Parole »Sag nein zu jeglicher Form männlicher Gewalt« antworten; Jenny Bourne fragt zu Recht, ob es denn in Ordnung gewesen wäre, wenn die Polizei

nur aus Frauen bestünde, oder wenn ob es Schwarzen besser erginge wenn mehr Schwarze bei den Bullen wären.
Letztendlich verliert die feministische Bewegung so den Bezug zu ihren Wurzeln, die ersten Anstöße kamen aus den Kämpfen der Schwarzen und der Arbeiterinnen, landet dafür aber bei einer »Romantisierung einer vermeintlichen Anhängerschaft«, nämlich aller (weißen) Frauen. Bei den Anti-Rassismus-Demonstrationen in den Arbeiterstadtteilen wurde die Schwäche offenkundig, als Frauen am Straßenrand rassistische Parolen riefen.
Gerade diese »blinden Flecken« der Frauenbewegung in der anti-rassistischen Mobilisierung ärgern Jenny Bourne. Auch die Frauenbewegung konnte das nicht nur in Britannien gängige Muster »Antirassistische Arbeit ist antifaschistische Arbeit und das ist den Faschos auf die Fresse hauen«, nicht überwinden. Die weiße, linke antirassistische Bewegung ist ebensowenig wie die weiße Frauenbewegung lokal verankert und handlungsfähig. Wer in Hackney oder Rostock wie eine UN-Friedenstruppe einfällt, kann weder die Grundlagen des Rassismus verstehen, um ihn zu bekämpfen, noch einen anti-rassistischen Kampf mit MigrantInnen entwickeln. Allein deswegen ist der Text schon eine »Anreicherung« der Diskussion.
Das Nachwort der HerausgeberInnen berührt das zentrale Moment der britischen Diskussionen, »die absurde Situation, den Klassenbegriff wieder betonen zu müssen«. *Race&Class* kritisiert den herkömmlichen, ökonomistischen Klassenbegriff der Linken, die sich Klassenkampf nur als gewerkschaftlichen Kampf in den Fabriken vorstellen kann. Kämpfe außerhalb der unions oder gar der Arbeitswelt werden ignoriert.
Das Verständnis dessen, was Klasse sein soll, ist in Britannien immer noch stark von Labour und den alten Unions geprägt, die darunter den weißen Facharbeiter verstehen. Wir waren oft erstaunt, wie selbstverständlich die Leute im Pub sich als Arbeiter gesehen haben, und viel klarer als in der BRD ein Gefühl für »wir hier unten« und »die da oben« hatten. Das war auch die Grundlage der massiven Streikwellen in Britannien in den 70ern. Aber dieses Gefühl für die »working class« war stark mit dem eigenen Arbeiteralltag verknüpft, und das trennte den weißen ausgebildeten Arbeiter von Schwarzen, die entweder arbeitslos oder als Ungelernte arbeiteten. Eingebunden in die unions, die den Arbeiterwiderstand sehr effektiv managen konnten, eingekeilt zwischen Verarmung und Zerstörung traditioneller Strukturen, konnten die »Arbeiterorganisationen« Rassismus bei den weißen Arbeitern schüren und am Leben halten. Selbstverständlich haben die Gewerkschaften die schwarzen Arbeiter und ihre Kämpfe ausgegrenzt – keiner war daran gelegen, die eigene Machtposition gegenüber dem Kapital und den Arbeitern durch Aufgreifen oder gar Vereinheitlichung der Kämpfe zu untergraben. Die Rigidität weißer Arbeiter konnte in Britannien lange durch rassistische Arbeitsteilung kompensiert werden. Die Kämpfe der Schwarzen und die fast schon permanenten Streiks erzwangen eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen, der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Das britische Modell konnte auf dem Weltmarkt nicht mithalten. Das ist die Grundlage des umfassenden Angriffs, der nicht erst mit dem Thatcherismus begann. Mit der Zerschlagung der unions begann in Britannien der Abschied von der Arbeiterklasse, die andauernden Kämpfe der schwarzen und weißen ArbeiterInnen werden ignoriert, und es bleibt dem Kapital überlassen, sie der Verwertung zuzuführen.

Krise Rassismus Widerstand

Die *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* Nr.3 versuchen 16 Jahre *rioting* in der vollen Breite darzustellen und zu analysieren. Bei der Menge an Aufständen in den Städten, Knästen und der Streiks der Bergarbeiter, Drucker und der ArbeiterInnen in den Klitschen, ist schon die Aufarbeitung des Materials eine nicht zu unterschätzende Mühe. In der gründlichen Materialsammlung liegt denn auch die Stärke. Allzuoft bleibt aber der Eindruck, der Autor ist selbst an der Fülle erstickt – viele Einschätzungen widersprechen sich. Mal wird behauptet, der Staat begegne den *riots* nur polizeitaktisch und weniger sozialpolitisch (S.91), an anderer Stelle wird präzis die soziale Neustrukturierung einer *riot-area* beschrieben (S.85). Auf S.113 werden dann wieder genauer vier Strategien gegen die Aufstände diskutiert: Verpolizeilichung, Knast, Sanierung und Restrukturierung der Innenstädte und AB-Maßnahmen.
Genauso schwer fällt die Analyse der inneren Veränderungen in den *riots*, vom schwarzen Carneval in Notting Hill 1976 bis zu den *riots* in den weißen Vorstädten 1992. Einerseits wird versucht die schwarze *community*, die Sivanandan schon 1985 für gegessen hielt, als »politischen Kampfbegriff« zu retten, andererseits wird deren Auflösung festgestellt, jetzt als »lebendiger Prozeß« begriffen. Aber die tatsächliche Lebendigkeit und Prozesshaftigkeit, nämlich die Neustrukturierung der englischen Arbeiterklasse, die Auflösung ethnischer Grenzen seitens der Arbeiterklasse, bei durchaus immer noch weiterbestehenden rassistischen Verhaltensweisen, kann nicht auf den Punkt gebracht werden. Der Organisation staatlicher Bewährungshelfer (NAPO) gelingt immerhin noch, bezogen auf Verhaftungen und Strafen, eine Grenzlinie auszumachen: schwarze und weiße Jugendliche ohne Einkommen und der Mittelstand mit festem Einkommen.
Stattdessen werden *riots* und Aufstände zu hoch bewertet, bis hin zur völligen Fehleinschätzung des Bergarbeiterstreiks 1984/85. Die Schlachten um Orgreave und Mansfield drei Monate nach Streikbeginn werden als Ende des Mythos der *»black riots«* verstanden, und als Übergreifen einer Kampfform auf die weißen Arbeiter. Aber das ist nicht der Beginn einer neuen Einheit, wie sie in der einfachen Aufzählung von *riots* dem Leser aufgedrängt wird. Rückblickend müssen wir feststellen, daß mit dem Scheitern des mass-picketing vor Orgreave und Mansfield der Streik verloren war. Der Bergarbeiterstreik und besonders Orgreave waren das Ende einer historischen Form von Klassenkampf und Klassenbeziehungen, die Niederlage einer ganzen Arbeitergeneration. Nicht nur, daß der Staat diese Auseinandersetzung selbst so eingeschätzt, und deswegen provoziert hat, auch seitens der Klasse war klar, daß hier die entscheidende Auseinandersetzung geführt wird. Darum waren die Leute auch nicht nur »am Bildschirm fiebernd« mit dabei, sondern unterstützten die Bergarbeiter tatkräftig.
Die neuen Arbeitsbeziehungen, die neuen Gewerkschaften und die neue Immigrantenpolitik Britanniens sind nicht, wie uns nahegelegt wird, ein »Maß an Deregulation, das der BRD 10 Jahre voraus ist«, sondern der Versuch des britischen Kapitals, Anschluß an den Weltmarkt und Europa zu bekommen, und dabei orien-

tiert es sich am »deutschen Modell«. Sivanandan arbeitet es in »Rassismus 1992« (*From Resistance To Rebellion* s.o.) für die »Ausländerpolitik« heraus. Es ließe sich auch am Beispiel der EEPTU, der britischen Elektrikergewerkschaft, die das deutsche Gewerkschaftsmodell kopiert, nachweisen. Und in diesen Tagen werden die Schwierigkeiten des britischen Kapitals in seinen Beziehungen zum Weltmarkt mit dem Ausscheiden aus dem EWS deutlicher denn je. So wenig die Deregulation ein Modell ist, so wenig gibt eine politische Orientierung an den *riots* her. Dazu gehört auch die Überschätzung der »class war«, deren Parole »überall müssen *riots* ausbrechen« sich verwirklichte, aber ihre Kopie konnte in der BRD auch nicht die Kämpfe erzeugen, auf die sich »class war« bezog.

Im Vorwort wird der »Klassenbegriff und ein aus der Mehrwerttheorie abgeleitetes Subjekt« für »unbrauchbar« erklärt, die Verkürzung des Widerstandes auf einen »männlichen Gewaltbegriff« wird kritisiert – bevor auf über hundert Seiten Aufstände, die geprägt sind von (männlicher) Gewalt, dokumentiert werden. Selbst der Autor räumt ein, daß in den Materialien »die Stelle des "Klassenkampfes" seltsam leer bleibt«, und versucht sich mit der *community* zu retten. Die widersprüchlichen Entwicklungen der *communities* werden im Rückzug auf die »elementaren Menschenrechte«, mit dem für »Flüchtlinge, Schwarze, weiße Unterschichten und sozial-revolutionäre Linke« vereinenden Anspruch auf »elementare Lebensmittel, Wohnung, Geld, Mobilität und körperlicher Unversehrtheit« wieder verwischt. Mit einer derart allgemeinen Prämisse gelingt es nicht, »den sozialen Prozeß, der Ansätze der Überwindung und Wiederaneignung von Menschlichkeit schafft«, aufzuspüren.

Was bleibt nach 178 Seiten Beschreibung der Aufstände? Der Versuch,Bewegungen in Frankreich und der ehemaligen DDR mit dem »britische Modell« erklären zu wollen, und die Konstruktion eines sich fortwährend ausbreitenden Kampfzyklus, dessen Inhalt das *rioting* und die Auflehnung gegen die Staatsmacht ist. Die Inhalte und Subjekte der *riots* werden unterschiedslos in eine bruchlos andauernde Geschichte eingezwängt, deren Perspektive es ist, keine zu entwerfen.

Dave W. betrachtet die *riots* kritischer, aber in der Hoffnung auf einen »harten Streik« einer neuen Arbeitergeneration: »Es wird einiges mehr passieren müssen als relativ kontinuierliche urbane Explosionen, um das zu ändern, auch wenn sie willkommen sind – obwohl man immer noch hofft, daß sie Vorbote von etwas umfassenderen sein werden.«

Der folgende kleine Bericht beruht auf diversen Artikeln aus »Militant«, »Labour Briefing« »Construction Safety Campaign News« und einigen Flugis. In Britannien laufen viele solcher kleinen Kämpfe in den letzten Jahren. Überraschend ist hier nur, wie schnell den Bauarbeitern nachgegeben wird. Kein Wunder also, wenn ArbeiterInnen anderer Sektoren ihre Chancen sehen und die Initiative ergreifen.

»Wer behauptet, daß gegen die Torys nix zu machen ist ?!«

(Überschrift eines Flugblattes)

Die Situation auf den Londoner Baustellen kann im Film »Riff-Raff« auf der Kinoleinwand betrachtet werden. Die »harten, aber liebenswerten Typen« auf dem Bau haben in den letzten sechs Monaten Aktionen auf Londoner Baustellen durchgeführt. Die Situation auf dem Bau ist schon lange extrem. In London wird viel gebaut, die Arbeitszeiten werden ausgedehnt, Zuschläge werden nicht bezahlt, der Lohn liegt oft gerade mal bei 35 Pfund am Tag. Arbeitsschutz gibt es, wenn sich die Leute nicht selber darum kümmern, gar nicht mehr. Die meisten Arbeiter kommen über Subunternehmer auf die Baustellen. Immer öfter ist es vorgekommen, daß die Löhne nicht mehr bezahlt wurden, oder der Subunternehmer »verschwunden« ist.

Ein Basiskomitee von Bauarbeitern hat jetzt eine Reihe von – recht erfolgreichen – Streiks organisiert. Das »Joint Sites Commitee« (JSC; vereinigtes Baustellenkomitee) ist die Neubelebung einer Organisation, die schon in den 60ern aktiv war, aber immer wieder in die Gewerkschaftsbürokratie eingegliedert worden ist. So sind in dem Komitee Arbeiter, die aus der Gewerkschaft ausgetreten sind, Unorganisierte, aber auch Gewerkschaftsmitglieder, die sauer sind, daß die Gewerkschaften »nix anderes tun, als sich über die Anti-Gewerkschaftsgesetze der Torys zu beklagen«.

»Die Anti-Gewerkschaftsgesetze funktionieren nur, wenn sie befolgt werden. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften haben wir kein Vermögen, das beschlagnahmt werden kann. Wir sind keine Alternativ-Gewerkschaft, wir wollen die Funktionäre zwingen, das zu tun, was wir wollen. Und wenn sie das nicht tun, dem Arbeitgeber zeigen, daß wir die Dinge selber in die Hand nehmen. Wir sind bereit, alle Gesetze zu brechen, die sie uns in den Weg legen« (aus einem Interview mit JSC-Aktivisten).

Einer der Streiks richtete sich gegen einen der großen Subunternehmer, der auf verschiedenen Baustellen den Lohn um 5 Pfund drücken wollte. Mehrere hundert Bauarbeiter streikten auf diesen Baustellen, gaben täglich Flugblätter raus und organisierten »flying pickets«. Sie setzten einen Minimallohn von 55 Pfund am Tag durch, was Druck auf alle anderen Subunternehmer macht.

Fast alle Streiks (sieben in den letzten zwei Monaten) waren schnell erfolgreich, was den Lohn, Zusagen bei der Arbeitssicherheit oder die Wiedereinstellung von rausgeworfenen Arbeitern angeht.

Eine ähnliche Entwicklung scheint es auch in anderen Bereichen zu geben. So hat sich ein Krankenhauskomitee gebildet, das Aktionen gegen die geplante Schließung einiger kleinerer Krankenhäuser plant. Auch bei den Angestellten der Kommunalverwaltungen gibt es eine Gruppe, nachdem Labour-Gemeinderäte streikende ArbeiterInnen gekündigt hatten.

Auto-industrie: Kampf gegen neue Arbeits-organi-sation

Die Umstrukturierung der Automobilproduktion in den Metropolen steckt in der Krise. Die Einführung von Gruppenarbeit und »schlanker Produktion« stößt in den Stammwerken auf mehr Hindernisse als erwartet. Die propagandistische Offensive für »Teamarbeit«, »Kaizen«, »Just-in-time« und wie diese Modewörter alle heißen, verdeckt nur die realen Schwierigkeiten des Kapitals. Opel fällt es schwer, die Gruppenarbeit in allen Abteilungen einzuführen, da sich die zunehmende Belastung durch diese Arbeitsform in den Werken herumzusprechen beginnt. Just-in-time-Anlieferung und immer weitergehendere Auslagerungen werden bereits in Frage gestellt – LKW-Fahrer-Streiks in Frankreich und Spanien haben gerade erneut die Anfälligkeit dieses Systems gezeigt; Auslagerungen sind mit Qualitätsproblemen und Störungen verbunden. Ende August streikten in einem Preßwerk von General Motors in Lordstown/USA 2600 Arbeiter und blockierten damit für einige Tage die komplette Produktion von sechs GM-Werken, darunter auch die neue Saturn-Fabrik, die erfolgreich mit den neuen Produktionsmethoden arbeitet. In Japan selbst ist der Lack auch ab: Toyota studiert für seine neuen Werke die Management-Methoden und Arbeitsbeziehungen in Wolfsburg, weil sich in Japan kaum noch junge Arbeiter finden lassen, die unter den weltweit angepriesenen »japanischen Produktionsmethoden« arbeiten wollen.

Die zweite Option des internationalen Autokapitals ist daher die Verlagerung der Produktion in Länder an der Peripherie, wo sie noch »neue« Arbeitskraft zu finden hoffen. In den Metropolen selbst ist für die nächsten Jahre der massenhafte Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt. Daimler-Chef Reuters erklärte bei der Eröffnung des neuen Mercedes-Werks in Rastatt, nochmal würde er eine solche Investition in der BRD nicht tätigen. Die Autokonzere versuchen stattdessen ihre Produktion in Ländern wie Südkorea, Mexiko, Spanien, der Ex-DDR oder Osteuropa auszuweiten. In den letzten vier Jahren wurde die Autoproduktion in Mexiko mehr als verdoppelt. Hier fänden sich noch junge Arbeitskräfte, die »leichter formbar und den neuen Produktionsmethoden anzupassen« seien (*Business Week*).

Aber auch in den neuen Ländern der automobilen Massenproduktion stößt das Kapital auf die Probleme des Klassenkampfs: in Südkorea ist zwar die Zahl der Streiks in den letzten Jahren zurückgegangen, aber im Januar konnte der Streik von 22 000 Arbeitern der Hyundai Autofabrik in Ulsan – 3000 von ihnen hielten die Fabrik eine Woche lang besetzt – erst mit der Androhung des Einsatzes einer wahren Polizeiarmee mit 6 Hubschraubern, 34 Panzerwagen und 5 Schiffen beendet werden. Die Arbeiter hatten die »unverschämte« (Hyundai) Forderung erhoben, den jährlichen Bonus in Höhe eines halben Monatslohns auf zwei Monatslöhne anzuheben. In Südafrika zog sich ein Streik im Toyota-Werk – in dem alle Versuche zur Einführung »japanischer Produktionsmethoden« bisher scheiterten – über zweieinhalb Monate hin: wegen der Forderung nach Entlassung eines rassistischen Managers und der Bezahlung von Streiktagen, aber im Hintergrund stehen Arbeitsbeziehungen, die gewerkschaftliche Aktivisten als »offenen Krieg« bezeichnen. In Polen ging im September der achtwöchige Streik der 7000 Arbeiter beim Autohersteller FSM wegen Lohnerhöhungen zu Ende. Bei FSM wird der neue Kleinwagen von Fiat hergestellt, und Fiat will die Firma in den nächsten Wochen übernehmen. Auch hier drohte die Firmenleitung mit der Entlassung aller Streikenden.

Der Streik bei VW-Mexiko hat zwar hier die meiste Beachtung gefunden – aber er steht nicht alleine da. Das internationale Autokapital stößt mit der Massenproduktion überall auf den Arbeiterkampf. Und aufgrund seiner eigenen Produktionsverflechtungen kann es die ArbeiterInnen in den verschiedenen Ländern nicht mehr so leicht gegeneinander ausspielen. Kämpfe in einem Betrieb oder in einem Land blokkieren auf einen Schlag die Produktion in anderen Werken. Kapital und Gewerkschaften können die Kämpfe in den verschiedenen Fabriken nicht mehr so leicht voneinander isolieren.
Wie sie es trotzdem versuchen, hat der Streik bei VW-Mexiko auch hier gezeigt: IG-Metall und Betriebsräte stellten sich stumm – es handele sich um einen »innergewerkschaftlichen Konflikt«, in den man nicht eingreifen wolle. Stattdessen stimmte man Streikbrecherarbeit zu: in Braunschweig soll es Extraschichten in der Achsenproduktion gegeben haben, um den Ausfall von Lieferungen aus Mexiko auszugleichen. Wie die fehlenden Rumpfmotoren ersetzt wurden, ist uns noch nicht bekannt. Um so wichtiger ist es, unter den ArbeiterInnen Kommunikationsnetze aufzubauen, die unabhängig von der gewerkschaftlichen Kontrolle funktionieren.

Das Beispiel VW Mexiko

Hintergründe der Streikbewegung

Nicht zum ersten Mal hatte sich ein Arbeitskonflikt bei VW-Mexiko in der Form eines innergewerkschaftlichen Zwistes zugespitzt. Seit dem Austritt ihrer Betriebsgewerkschaft SITIA aus dem Dachverband CTM 1972 haben die ArbeiterInnen mehrmals die Führung kritisiert oder abgesetzt, um eine gewisse Kontrolle über den Apparat zu behalten. Ende September 1988 hatten sie mit einem harten Streik die Gewerkschaftsführung abgesetzt, weil diese mit der Unternehmensführung bei der Entlassung von 1200 ArbeiterInnen kollaboriert hatte. 1981 dagegen hatten die Arbeiter mit einem Streik die Beibehaltung einer Führung gegen die Absetzung durch das Arbeitsministerium durchgesetzt. Letztlich ging es bei diesen Auseinandersetzungen immer um die Frage, wieweit sich die Gewerkschaftsführung der Unternehmensleitung unterordnet. Auch diesmal stand die Kritik an Vorgehen und Ergebnissen der Tarifverhandlungen im Mittelpunkt. Reiht man den aktuellen Streik in die ganze Geschichte von Konflikten bei VW-Mexiko ein, so erscheint er als eine Neuauflage des Kampfes zwischen Management und ArbeiterInnen um die Macht im Betrieb. Warum reagierte die Unternehmensleitung derart scharf und setzte täglich 10 Millionen Dollar in den Sand?
Der VW-Chef Joseph Wellmann hat eine offene Antwort: »Wir wollen nicht die authentischen Interessen unserer Arbeiter verstümmeln, aber unverzichtbar ist eine Anpassung der Produktionsfaktoren an die neuen Anforderungen im Land und auf Weltniveau, weil alle Anstrengungen auf eine Kultur der Qualität und der Wettbewerbsfähigkeit gerichtet sein müssen«. Und dazu wünscht er »eine neue Beziehung mit einer Gewerkschaft, die uns die Produktion und Stabilität in der Arbeit garantiert«.

Die Integration Mexikos in die Weltwirtschaft

Seit 1984 wird in Mexiko von »industrieller Rekonversion« und »Modernisierung« gefaselt. Ein paar Daten zur Illustration: Umstrukturierung der staatlichen Uranabbaugesellschaft Uramex samt Unterwerfung der unabhängigen Betriebsgewerkschaft (1984), Schließung von DINA-Renault nach heftigen Kämpfen gegen Privatisierung und Restrukturierung (1986), ähnliches bei der Stahlfabrik Fundidora de Monterrey, Restrukturierung der Telekommunikation usw.. Kürzlich wurden 15 000 Arbeiter der (noch) staatlichen Erdölindustrie Pemex entlassen. 5000 von ihnen harren seit Wochen in einem Protestcamp vor dem Regierungsgebäude aus. Seit dem 10. Juli befinden sich 22 000 ArbeiterInnen aus 220 Textilbetrieben im Streik, wobei es ebenfalls um eine Restrukturierung des ganzen Sektors geht. Der Schwerpunkt dieser Industrie befindet sich in derselben Zone wie das VW-Werk. Für die weltmarktorientierte Industrialisierung wurden Ende der 70er zwei Standbeine auserkoren: der Ausbau der Erdölindustrie im Südwesten und die Automobilindustrie. Seitdem siedelten US- und japanische Autokonzerne diverse Werke in Grenznähe zu den USA an, um den traditionellen Industrieregionen und deren kampferfahrenen ArbeiterInnen auszuweichen. Mexiko gilt als bevorzugtes Ansiedlungsgebiet. Zum einen verzeichnet der mexikanische Automarkt weltweit das schnellste Wachstum (Motorisierung: 73/1000 Einwohner; BRD: 475/1000), zum anderen wurde Mexiko gerade mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA (span: TLC) Teil des künftig weltgrößten Binnenmarkts. Japanische, US-amerikanische und deutsche Autokonzerne jubeln nicht nur über die niedrigen Löhne, die mit zwei bis vier DM pro Stunde gut ein Zehntel der Löhne in nordamerikanischen Werken betragen. Als besonderer »Standortvorteil« gilt die industriell unerfahrene Arbeitskraft, die flexibler einsetzbar ist. In den neueren mexikanischen Werken ist »Gruppenarbeit« das dominierende arbeitsorganisatorische Prinzip. Auch in den alten Werken soll diese Einzug halten.

Chronologie des Streiks bei VW-Mexiko 21.7.- 20.8.1992

Am 2. Juli 1992 unterzeichnet das Exekutivkomitee der SITIA-VW (Sindicato Independiente de Trabajadores de la Industria Automotriz de VW) einen neuen Tarifvertrag. Vorausgegangen war dem ein 36-stündiger Streik. Der Vertrag umfaßte eine 15%ige Lohnerhöhung sowie 5% höhere Sozialleistungen und eine Produktivitätsprämie in Höhe von 5%. Außerdem wird ein neuer Manteltarifvertrag unterschrieben, der die Einführung von neuen Arbeitsformen wie Gruppenarbeit enthält, was von VW seit 1990 gefordert worden war. Die Gewerkschaftsführung unter Vorsitz von Gaspar Bueno Aguirre weigert sich, den neuen Vertrag in seinen Einzelheiten bezüglich der Flexibilisierung bekanntzugeben. Der Unmut der Belegschaft richtet sich somit insbesondere gegen die Gewerkschaftsführung, gegen die niedrigen Lohnerhöhungen (50% war die Ursprungsforderung; die Inflation liegt bei 13%) und die Flexibilisierung. Die vereinbarte Einführung neuer Arbeitsformen war von einer Heraufsetzung der Tagesproduktion von 400 auf 480 begleitet – ohne technische Änderungen oder zusätzliches Personal.

Formierung der Oppositionsbewegung »20. Juli«, die auf einer Versammlung von 9000 ArbeiterInnen am 21. Juli die einstimmige Annahme der Forderung nach Rücktritt des amtierenden Exekutivkomitees erreicht. Beginn einer »permanenten Versammlung« vor den Werkstoren zur Durchsetzung dieser Forderung.

Die Unternehmensleitung von VW reagiert am 25. Juli mit einem Ultimatum: Wiederaufnahme der Arbeit bis zur dritten Schicht oder Entlassung.

Es wird bekannt, daß das Exekutivkomitee 250 000 DM Bestechungsgelder von VW bekommen hat für die Annahme des Tarifvertrages. Die Oppositionsbewegung fordert ein Referendum der Belegschaft über die Absetzung des Exekutivkomitees.

Fortsetzung Chronologie

Gleichzeitig können ca. 4000 ArbeiterInnen am 25.7. nur durch die Verkehrsblockaden der Streikenden davon abgehalten werden, der Drohung von VW nachzugeben.

Am 27. Juli gibt VW die Kündigung aller mit der Gewerkschaft bestehenden Verträge bekannt. Außerdem werden 14 Oppositionsführer explizit entlassen. Zwar werden alle 14 200 ArbeiterInnen sofort ausgesperrt – als »entlassen« können sie jedoch erst bezeichnet werden, wenn das Schlichtungsgericht den Maßnahmen der Konzernleitung zustimmt und sie für legal erklärt.

Die ArbeiterInnen scheinen gespalten. Die 4500 Anhänger des Exekutivkomitees demonstrieren vor dem Werk, während die Oppositionsbewegung mit über 3000 ArbeiterInnen (Polizeiangaben) einen Sitzstreik vor dem Arbeits- und Sozialministerium in Mexiko-Stadt durchführt für die Anerkennung ihrer Entscheidung vom 21. Juli.

Am 15. August beteiligen sich über 50% der Belegschaft an einer erneuten Abstimmung über die Absetzung des Exekutivkomitees. Sie stimmen wiederum für die Ersetzung durch die Bewegung »20. Juli« mit Jesús Valencia de la Cruz als Vorsitzendem. Gleichzeitig erklärt das Schlichtungsgericht die Entlassungen nun für rechtmäßig. Die VW-Unternehmensleitung erklärt unmittelbar danach die Absicht, 80 bis 90% der Belegschaft wiedereinzustellen zur sofortigen Produktionsaufnahme.

Am 17. August kann die alte Gewerkschaftsführung auf einer Versammlung mit 7000 ArbeiterInnen die Änderung der Gewerkschaftsstatuten erreichen. Dies sei notwendig geworden auf Druck der Unternehmensleitung, die die »Reformen« zur Voraussetzung der Wiedereinstellungen machte. Die Änderungen betreffen unter anderem die Erweiterung des Aufgabenbereichs und Verlängerung der Amtszeit der Gewerkschaftsführung, eine drastische Reduzierung der Zahl der Vollversammlungen und die Umstrukturierung der gewerkschaftlichen Organisations- und Entscheidungsformen.

Dabei kam es bereits zu ähnlichen Konflikten wie dem bei VW. 1987 beispielsweise entließ Ford 3200 ArbeiterInnen im Werk Cuatitlan nach 9 Wochen Streik.
Die strategische Bedeutung des Standortes Mexiko für VW wuchs nach der Schließung des einzigen US-Werkes 1989 erheblich. Zur gleichen Zeit wurde in Mexiko der noch produzierte Käfer von der Regierung zum »Volksauto« erklärt und sein Erwerb durch Erlaß der Neufahrzeugsteuer um 20% verbilligt. Zur Zeit werden 450 Käfer und 550 andere PKW täglich dort produziert – außerdem 2000 Motoren und 2000 Achsen, von denen viele in die BRD geliefert werden, sowie Ersatzteile. VW ist mit 38% der verkauften Autos Marktführer in Mexiko. Die Fertigungskapazitäten sollen erheblich ausgebaut werden, vor allem auch zur Produktion des Golf für den Absatz in den USA und Kanada. Nachdem 1988 erst 60 000 PKW produziert wurden, waren es 1991 schon 220 000 und 1993 sollen es 350 000 bis 400 000 sein. Von 1964 bis 1990 wurden 2 Mrd. DM investiert; für den Zeitraum 1991 bis 1996 sind Investitionen in Höhe von 1,1 Mrd. DM geplant.

Geschichte der Insurgencia Obrera

Die Bedeutung des Streiks bei VW wird klarer, wenn wir die Geschichte der VW-ArbeiterInnen in den Klassenkämpfen in Mexiko betrachten. Die 70er sind als *Insurgencia Obrera*, als 'Arbeiteraufstand', bekannt geworden. Ihren Höhepunkt hatten sie zwischen September 73 und Oktober 74 mit mehr als 2000 Streiks.« Es lassen sich »zwei Haupttendenzen herausfiltern: die traditionelle, linke Tendenz, für die neben der Universitätsgewerkschaft STEUNAM die *Tendencia Democratica* als oppositionelle Strömung in den offiziellen Gewerkschaften der alten Arbeiteravantgarden steht (Elektrizitätsarbeiter, Erdölarbeiter, Fernmeldearbeiter, Minen- und Stahlarbeiter, Eisenbahner, LehrerInnen). ... 1978 wurde die *Tendencia Democratica*, 1981 die STEUNAM vom Staat zerschlagen. Die zweite war die autonome Klassententendenz, gebildet durch das neue Proletariat in der neuen großen Industrie, vor allem der Automobilindustrie.« (dieses und das folgende Zitat aus: *Entwicklung der Klassenautonomie und die Krise der Linken* s.u.) Bei den ersten Exekutivkomiteewahlen 1972 bei VW wurde eine Liste gewählt, die ausschließlich aus qualifizierten Facharbeitern bestand, die großteils an der Uni studiert hatten. Sie traten aus der CTM aus und konstituierten sich als unabhängige Gewerkschaft. Noch im selben Jahr folgten die Betriebsgewerkschaften von Nissan und DINA-Renault. Die Betriebsgewerkschaften bei Ford und GM blieben zwar in den alten Verbänden, erhielten aber größere Autonomie und Sonderstatus.
Die erste Tendenz, die von Facharbeitern dominierte Strömung innerhalb der *Insurgencia*, wurde Opfer der Repression und der Restrukturierung der Fabriken. Aber sie wurde auch von den neuen ArbeiterInnen politisch überholt. Zwei Fixpunkte dieser Entwicklung werden genannt. 1980 endete ein 106-tägiger Streik der GM-ArbeiterInnen im alten Stammwerk in Mexiko-Stadt gegen die schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen im neuen Werk in Ramos Arizpe mit einer Niederlage. 1981 verteidigten die VW-Arbeiter mit einem 12-tägigen Streik ihr Exekutivkomitee gegen die Absetzung durch das Arbeitsministerium. Die Absetzung erfolgte auf Ersuchen der UOI, eines Dachverbandes der unabhängigen Syndikate, der der PRI nahesteht und die Facharbeitertendenz vertritt. Ähnliche Konflikte gab es zur selben Zeit auch in anderen Autofabriken (z.B. Nissan und DINA). Hier begann die Etappe, in der die ungelernten ArbeiterInnen, die in den Jahren zuvor zu tausenden in die Fabrik gekommen waren, ihre politische Hegemonie gegenüber den spezialisierten Arbeitern durchsetzten.

Zwischen 1977 und 1981 verdoppelten sich in der Autoindustrie Produktions- und Beschäftigtenzahlen (bei VW wuchs die Zahl der Beschäftigten von 7200 auf 15 000). Bei der VW-Gewerkschaft wurden in der Folge die Strukturen deutlich demokratisiert und die Entscheidungsgewalt immer mehr zur Basis in die Abteilungen und die Vollversammlungen verlagert. Ausdruck davon war auch der 22-tägige Streik 1982, mit dem überdurchschnittliche Lohnerhöhungen durchgesetzt wurden und in dessen Verlauf erstmals die Spaltung in fest und befristet Beschäftigte (noch heute ein Drittel) überwunden wurde. Im Sommer 1987 kam es zur nächsten größeren Bewegung mit Streiks in drei Ford-Werken und bei VW gegen den Unternehmerangriff auf die Regelung zur automatischen Übernahme der Mindestlohnerhöhungen auf die Tariflöhne. In deren Verlauf schloß Ford allerdings das Stammwerk in der Hauptstadt. Ende 1987 unterzeichneten Regierung, Unternehmer und offizielle Gewerkschaften einen Sozialpakt. Anfang 1988 kam es dagegen zu Streiks von Versicherungsangestellten, Hochschulbeschäftigten und schließlich der VW-ArbeiterInnen. Gegen den Pakt schlossen sich verschiedene Syndikate der Hochschulen, Näherinnen, NuklearbeiterInnen u.a. zusammen, auch die Auto-Syndikate koordinierten sich untereinander.

Die Unabhängige Gewerkschaft der AutomobilarbeiterInnen SITIA

Was an der Struktur der SITIA auffällt, sind die größeren Einflußmöglichkeiten der ArbeiterInnen bei Tarifverhandlungen und in alltäglichen Fragen der Arbeitsplatzbesetzung. Zweitens die relativ große Kontrolle der Basis über ihre Vertretung. Diese Elemente dominierten seit 1972 und wurden ab 1981 noch verstärkt.

Bei VW herrscht das *Closed shop*-Prinzip - alle ArbeiterInnen müssen in der Gewerkschaft sein, wer aus dieser ausgeschlossen wird, fliegt auch aus dem Werk. Geldstrafen und Ausschlüsse werden vor allem bei Nichtteilnahme an Versammlungen und Tarifauseinandersetzungen (Streikposten etc.) verhängt. Die Basis entscheidet in Vollversammlungen, an denen durchschnittlich 80% der Mitglieder teilnehmen, und die beispielsweise auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Bereichs bzw. des Werks einberufen werden. Entschieden wird grundsätzlich mit einfacher Mehrheit.

Die unterste Ebene ist die der Abteilungen. Ihnen entsprechen 27 gewerkschaftliche Sektionen, deren ArbeiterInnen sich zwei- bis dreimal jährlich versammeln, um abteilungsspezifische Probleme zu behandeln und gegebenenfalls die »Sektionssekretäre« (Abteilungsdelegierte) zu wählen. Die durchschnittlich sieben Delegierten werden offen und direkt auf unbegrenzte Zeit gewählt, sind aber jederzeit durch die Vollversammlung absetzbar. Darüber liegt die gesamtbetriebliche Ebene mit ebenfalls durchschnittlich zwei- bis drei Vollversammlungen pro Jahr, in denen es vorwiegend um gewerkschaftsinterne Themen und die Tarifauseinandersetzungen geht. Das Exekutivkomitee als höchstes Organ besteht aus neun freigestellten Sekretären, die grundsätzlich für drei Jahre ohne Möglichkeit der Verlängerung gewählt werden. Diese werden *en bloc* direkt und geheim in Listenwahl gewählt. Die Exekutivkomitees haben relativ große faktische Einflußmöglichkeiten (z.B. auch auf die Abteilungsdelegierten) und haben immer versucht, ihre Position zu festigen zum Beispiel über Statutenveränderungen bezüglich einer längeren Amtszeit. Es herrscht eine große Listenkonkurrenz und ein starkes Machtgekungel; die meisten ehemaligen EK-Sekretäre werden von den neuen rausgeschmissen. Außerdem ist die »fachliche« Kontinuität relativ eingeschränkt.

Das Ende des VW-Streiks 1992 sieht ganz nach einer schweren Niederlage aus. Dabei stellt sich die Frage, wie das möglich war. Was hat die Kampfkraft in den letzten Jahren so sehr geschwächt? Scheinbar blieb die oppositionelle Gruppe, die doch den prinzipiellen Rückhalt der Mehrheit der Belegschaft genossen hatte, in den Momenten aktiver Auseinandersetzung eine minoritäre Kraft. Sie stand einer geschlossenen Front gegenüber: das VW-Management konnte die Gewerkschaftsführung voll in ihre Strategie einbeziehen, und auch die staatliche Unterstützung war auf ganzer Linie gesichert, vom Schiedsspruch des Arbeitsministeriums bis zum Bulleneinsatz.

Die Frage nach der neuen Arbeitergeneration kann hier nur gestellt werden: weitere Untersuchungen über die Kämpfe in anderen Autofabriken (die 32 500 mexikanischen GM-ArbeiterInnen konnten in ihren Streiks im Mai z.B. eine Lohnerhöhung von 25,4% durchsetzen), aber auch der Zuliefererindustrie wären nötig, aber auch über die über die Kämpfe der TextilarbeiterInnen, über die Migrationsströme usw. Wobei der Blick vor allem auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der Klasse gerichtet werden müßte.

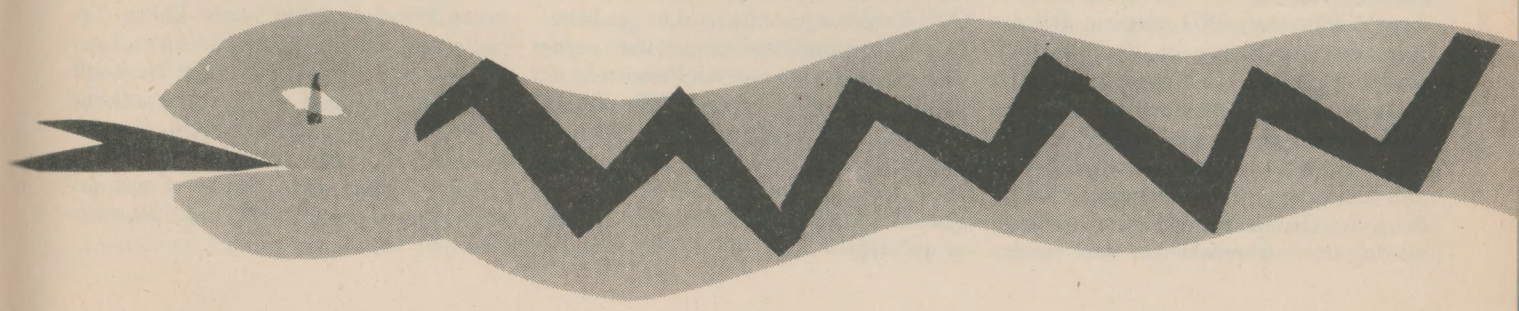
Fortsetzung Chronologie

In den Morgenstunden des 18. August wird mit dem alten Exekutivkomitee ein neuer Tarifvertrag unterzeichnet, der neben noch nicht bekanntgegebenen Vereinbarungen Pausenreduzierungen und Samstagsarbeit einschließt, eine Reform des Beförderungssystems (bisher streng nach Betriebszugehörigkeitsdauer geregelt), Verlagerung von Wartungsarbeiten in den Tätigkeitsbereich der ProduktionsarbeiterInnen, Fragen des kontinuierlichen Verbesserungprozesses durch die Gruppe (»Kaizen«) und die Verpflichtung, die Abwesenheit von Gruppenmitgliedern oder Qualitätsmängel durch Mehrarbeit auszugleichen.

Die Frist der Unternehmensleitung, bis zu der sie einen Wiedereinstellungsvertrag unterschreiben und die Arbeit aufnehmen sollten, lief am 20. August zu Beginn der dritten Schicht ab. 11 770 »Wiedereingestellte« kehren in das von einer Anti-Aufstandseinheit und Wasserwerfern abgeriegelte Werk zurück, während in 3 km Entfernung eine Demo von 300 Nicht-Eingestellten brutal zusammengeschlagen wird. Auf diese Weise hat VW die Belegschaft um 1500 ArbeiterInnen »gesäubert« (in manchen Berichten ist von 600 nicht-wiedereingestellten ArbeiterInnen die Rede).

Literaturhinweise

* *Entwicklung der Klassenautonomie und die Krise der Linken - am Beispiel Mexiko* - Herausgegeben von Brüche und Colibris, Frankfurt a.M., Sept 1988. (Bezug über Sisina, Berlin)
* Ludger Pries: *Die unabhängige Betriebsgewerkschaft von Volkswagen de México* in: Materialien und kleine Schriften, Bd.101, Ruhr-Universität Bochum. Diplomarbeit von 1985.
* ders.: *Das Management warf den Arbeitern den Fehdehandschuh hin* in: FR vom 13. August 1987.



»Die KurdInnen können

veranstaltung mit Ertuğrul Kürkçü Mitte September in Hamburg

Überlegungen und Anregungen aus einer Diskussions

Wir haben in den letzten Jahren mehrmals in der *Wildcat* über die Situation in der Türkei berichtet: über die Entwicklung der Arbeiterbewegung einerseits und den Befreiungskampfes in der kurdischen Region andererseits. Ein Zusammenkommen dieser beiden Bewegungen ist nicht in Sicht. Seit dem Regierungswechsel im letzten November hat sich die innenpolitische Lage drastisch verschärft. Die Regierung ist entschlossen, einerseits mit den letzten revolutionären Gruppen der Linken abzurechnen – in den letzten Monaten wurden bei Verhaftungen 27 Kader von *Dev Sol* und *Partizan* hingerichtet; andererseits tobt im Südosten in einigen Gegenden offener Bürgerkrieg. Die Bombardierung der kurdischen Provinzhauptstadt Şırnak kurz nach dem Feiertag der *PKK* Mitte August, bei der mindestens 100 BewohnerInnen getötet und praktisch alle Häuser zerbombt wurden, war die bisher gewalttätigste Strafexpedition des türkischen Militärs. Diese Aktion hat keinen Massenprotest in der gesamten Türkei ausgelöst. Die Arbeiterbewegung, auf die 89/90 alle so große Hoffnungen setzten, scheint gezähmt und völlig unter Kontrolle von Gewerkschaften und Regierungsparteien. Die Linke in der Türkei ist isoliert, ein Teil setzt nur noch auf die Demokratisierung, der andere Teil setzt alle Hoffnung auf den kurdischen Befreiungskampf. Um die heutige Situation und das schwierige Verhältnis zwischen türkischer Linker und kurdischer Befreiungsbewegung besser zu verstehen, müssen wir kurz auf die Entwicklung der letzten 20 Jahre eingehen.

1968 entstand an den Universitäten eine starke revolutionäre Bewegung, die rasch gesellschaftliche Verbreitung fand. Nach dem Militärputsch 1971 ging ein Teil der revolutionären Linken in die Dörfer am Schwarzen Meer oder in die Berge im Südosten, um von dort aus eine Massenorganisierung zu beginnen. Unter anderem wurde das Verbot der kurdischen Sprache und Kultur wurde zum Thema gemacht. Nach der Generalamnestie unter der Ecevit-Regierung entwickelten sich in den 70er Jahren unterschiedliche Strömungen heraus: die einen arbeiteten ausgehend von ihrer Sichtweise der Türkei als Kolonie auf die nationaldemokratische Revolution hin, die anderen auf die sozialistische Revolution. Gerade die letztgenannten Gruppen waren auch in Kurdistan sehr aktiv, griffen Großgrundbesitzer an, begannen Landbesetzungen, z.T. gab es schon getrennte kurdische und türkische Schwesterorganisationen.

Die wichtigste Basis der revolutionären Bewegung waren Ende der 70er Jahre die Slums der Großstädte, in denen v.a. die kurdischen Einwanderer wohnten, die damals wie heute die unterste Schicht der Arbeiterklasse bildeten. Ende der 70er Jahre begann die *PKK* im Südosten der Türkei mit ihrer Organisationsarbeit für ein unabhängiges Kurdistan, und zwar an den linken Organisationen vorbei bzw. sie verdrängte diese gewaltsam aus dem Terrain und bezeichnete sie als Agenten des türkischen Staates im kurdischen Volk.

Der Militärputsch 1980 richtete sich gegen diese starke Klassenbewegung in der gesamten Türkei. Er war ein viel tiefgreifenderer Einschnitt für die revolutionäre Linke als der Putsch 9 Jahre vorher. Noch heute, 12 Jahre danach, ist die Linke ziemlich bedeutungslos in der Türkei.

1986 kam es unter sehr repressiven Bedingungen wieder zu Arbeiterstreiks. Bis 1989 entwickelte sich eine neue Arbeiterbewegung überall in der Türkei, die viel massenhafter war als je zuvor, neue eigenständige Kampfformen ausprobierte, aber politisch sehr diffus blieb. Von heute aus gesehen hatte diese Bewegung ihren Höhepunkt im Januar 91 mit dem Marsch von zigtausend Bergarbeitern auf Ankara und einem Tag Generalstreik.

Der Beginn des Golfkriegs wurde zu Repression genutzt; die Streiks wurden von der Regierung ausgesetzt und die Bewegung langsam ausgetrocknet. Diese machtvolle Arbeiteropposition gegen die Özal-Regierung konnte voll in das Parteienspiel integriert werden: seit die von der Gewerkschaft favorisierten Parteien an der Regierung sind, wird deutlich, daß die gewerkschaftliche Kontrolle funktioniert. Andererseits werden die Gewerkschaften auch in der Türkei durch Leiharbeit und gewerkschaftsfreie Betriebe in die Defensive gedrängt.

Während die Arbeiterbewegung in der gesamten Türkei stagnierte, betrat die *PKK* von neuem die politische Bühne. 1984 begann sie ihre ersten Guerilla-Angriffe auf militärische Einrichtungen und verstärkte die Agitation in den Dörfern. In jenen Jahren vor Neubeginn der Arbeiterkämpfe im Westen der Türkei und seit ihrer Stagnation nach 1990 richteten sich verstärkt die Hoffnungen der Linken in der Türkei auf diesen Befreiungskampf, der mit den Demonstrationen im Frühjahr 1990 gezeigt hatte, daß er über eine Massenbasis verfügt.
Der Ausgang des Golfkrieges verschaffte der *PKK* neue der Bewegungsfreiheit. Sie verstärkte die Rekrutierung für die Guerilla und ging mit allen Kommunikationsmitteln in die Offensive. Während der kurdische Befreiungskampf der Arbeiterbewegung im Westen keine Impulse gegeben hat, organisierten sich viele kurdische Arbeiter im Westen für die nationale Sache, die zur wichtigsten Auseinandersetzung im türkischen Staat geworden ist.
Die Arbeiterkämpfe, die es dieses Jahr im öffentlichen Dienst gab, konnten längst nicht die breite Sympathie auf sich ziehen wie die Kämpfe vor zwei Jahren. Sie konnten auch nicht die Situation einer stärker werdenden nationalen Polarisierung aufbrechen, die bis hinein in Betriebe in Deutschland mittlerweile die Diskussion zwischen ArbeiterInnen aus der Türkei zu bestimmen droht.

»Die Ursache für die Krise der Linken ist nicht die Perestroika...«

Ertuğrul Kürkçü, ehemaliger Vorsitzender des revolutionären Jugendverbandes *Dev Genç* und von 1971-1986 im Knast, hat Mitte September auf einer Veranstaltung in Hamburg seine Analyse des Kräfteverhältnisses in der Türkei und die verworrene Situation der Linken dargestellt. Kürkçü stößt mit seinen Thesen bei traditionellen Linken in der Türkei immer noch auf großes Unverständnis. Er ist heute Mitarbeiter der neuen linken Tageszeitung *Özgür Gündem*, die von Leuten unterschiedlicher politischer Herkunft gemacht wird und stark die kurdische Frage in den Vordergrund stellt. Seit Erscheinen der ersten Ausgabe im Sommer '92 sind bereits fünf Mitarbeiter von der türkischen Kontraguerilla ermordet worden.

die TürkInnen nicht befreien!«

Kürkçü begann seinen Vortrag mit Beispielen für den drastischen Niedergang der Linken seit dem Militärputsch und der Auflösung der Sowjetunion. Seit den 60er Jahren war das politische Leben in der Türkei sehr bewegt und stark beeinflußt gewesen von der Linken, Ende der 70er Jahre hatten die linken Zeitschriften eine Gesamtauflage von einer Million, heute hat eine Zeitschrift, wenn es hoch kommt, 3000 Auflage. Im Gegensatz zu vielen Linken sieht er den Grund für die Erfolglosigkeit nicht in der Perestroika, die alte Orientierungen zerstört hat. Die Interessen der Linken und der Mehrheit der Bevölkerung hatten sich schon vor 1980 auseinanderentwickelt: die Linke hatte eine Theorie des Bürgerkriegs entwickelt, während ein Großteil der Bevölkerung den Militärputsch begrüßte, weil sie sich ihres Lebens nicht mehr sicher gefühlt hatte. Heute sei eine ähnliche Situation...

»In der Türkei wird heute Politik allein von den KurdInnen und den kurdischen Führern gemacht«

Die Situation der Türkei hat sich in den 80er Jahren stark verändert: die Integration in den Weltmarkt, die Entwicklung der elektronischen Kommunikationsmittel. Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft stark entpolitisiert. Die Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft läuft nicht mehr über die Parteien, sondern immer mehr über die Medien. Dieser Mangel an gesellschaftlicher Kommunikation kann auch durch direkte Aktion nicht überwunden werden.

In der Türkei wird heute Politik allein von den KurdInnen und den kurdischen Führern gemacht. Wie auch immer man dazu stehen mag, nach achtjähriger Entwicklung gibt es diese Avantgardepartei *PKK*. Für eine politische Bewegung ist es heute unmöglich, keine Position zum kurdischen Befreiungskampf zu haben - und sei es eine negative. Der Weg, wie die türkische Linke heute Beziehungen aufbauen kann zu Klassen und Schichten außerhalb der Kapitalistenklasse, läuft über die kurdische Frage. In der Politik steht heute eine Auseinandersetzung im Vordergrund: die zwischen dem türkischen Generalstab und der *PKK*, alle anderen Parteien sind Marionetten in diesem Spiel. Die Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung kann nur von einer dieser Seiten ausgehen, doch der Generalstab hat keinen Vorschlag für eine friedliche Lösung, sie ist auch nicht sein Ziel. Er denkt nur in militärischen Kategorien. Auf der Ebene der unteren Dienstgrade hingegen breitet sich eine Art Vietnam-Syndrom aus, denn bisher sind nicht nur 2000 KurdInnen Opfer dieser Auseinandersetzung geworden, sondern auch 2000 Soldaten.

Mangels politischer Initiativen der Regierung sind inzwischen die türkischen Arbeitgeberverbände mit politischen Lösungsvorschlägen für eine Umgestaltung der Republik Türkei an die Öffentlichkeit getreten, die eine breite Gruppe von Rechtsaußen bis zu den Liberalen vereinigen könnten, auch die reichen Kurden sowie die Intellektuellen und besser verdienenden Arbeiter im Westen. Einen ähnlichen Weg hatte schon *Özal* begonnen, als er die Kurdenführer aus dem Irak nach Ankara einlud. Auf der anderen Seite stehen der Generalstab, die Faschisten, die Zeitung *Cumhuriyet* und die Sozialdemokraten unter İnönü, die am alten kemalistischen Konzept des Staates festhalten. Die revolutionäre Linke und damit eine Position der Befreiung von der Lohnarbeit fehlt vollkommen.

Kürkçü sagte, die bevorzugte Lösung seitens des Staates sei im Moment die Endlösung der Kurdenfrage; eine solche Lösung habe aber angesichts der öffentlichen Meinung in der Welt keine Chance. Er sehe jedoch, wie sich die Fronten täglich verhärten und das Töten weitergeht. Die Brutalität werde auch zunehmend akzeptiert in einer Gesellschaft, die immer mehr zerfällt und nach autoritären Lösungen sucht. Eine politische Lösung, eine Veränderung des Staates wird auf jeden Fall kommen, sei es in konservativer Richtung, oder in revolutionärer Richtung. Hier habe die Linke eine historische Chance, wenn sie hier eingreift und eine Friedensfront aufbaut. Seiner Ansicht nach könne das keine Revolutionsfront sein, denn die Bedingungen im Westen und im Osten des Landes seien zu unterschiedlich. Im Westen findet eine kapitalistische Entwicklung statt, es gibt einen wirtschaftlich sehr beweglichen Mittelstand, der seine Fühler in die Nachbarländer ausstreckt; die Gesellschaft dort ist so weit von einer Revolution entfernt wie nie zuvor; im Osten hingegen läuft ein revolutionärer Prozeß ab. Die Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden, die die herrschenden Klassen bei Türken und bei Kurden anwenden, seien unterschiedlich, die Probleme andere, die Motive der Menschen, sich links zu orientieren seien unterschiedlich. Früher habe die türkische Linke die Kurden als "Reservetruppen" im revolutionären Kampf in der Türkei, nie als unabhängige Kraft betrachtet. Jetzt müsse sie lernen, daß die kurdische Bewegung einen entscheidenden Schlüssel zur Veränderung des Staates in der Hand habe. Gleichzeitig kritisiert Kürkçü aber auch scharf falsche Hoffnungen türkischer Linker an die kurdische Bewegung – getreu der Aufforderung des *PKK*-Vorsitzenden, sich an die Seite des kurdischen Befreiungskampfes zu stellen und so ein Projekt der Befreiung der Türkei zu schaffen: »Nein! Die KurdInnen können nicht die TürkInnen befreien. Wenn es unterschiedliche geschichtliche Rhythmen gibt, unterschiedliche historische Perspektiven, dann müssen die TürkInnen selbst einen Schritt machen für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Das können nicht die KurdInnen an ihrer Stelle tun.« Das Projekt einer Friedensfront im Westen müsse hingegen alle Elemente enthalten: den Einfluß der kurdischen Befreiungsbewegung, das historische Erbe der Linken und die Einflüsse des in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa erfahrenen Veränderungsprozesses. Gleichzeitig entwirft er mit diesem Projekt Vorschläge für eine neue Orientierung der linken Bewegung:

»Ohne ein praktisches Projekt, das im alltäglichen Verhalten unsere Vorstellung von Befreiung zeigt, werden wir keine AnhängerInnen finden.«

»Solch ein Projekt kann es nicht geben, wenn man sich den Sozialismus als das goldene Zeitalter vorstellt. Der Sozialismus ist eine gelebte Erfahrung. Wie wir ihn auch immer kritisiert und gleichzeitig unterstützt haben; inzwischen gibt es die Erfahrung des Aufbaus einer sozialökonomischen Formation, die nicht funktioniert hat. Von diesem Resultat müssen wir ausgehen. Früher meinten die Leute, wenn sie von Sozialismus sprachen, die Sowjetunion. Auch wir haben gesagt, daß dort Sozialismus herrsche. Wenn wir jetzt von Sozialismus sprechen, vermuten sie dasselbe. 'Aber Ihr habt doch gesehen, was dabei herausgekommen ist', sagen sie. Was ist denn dann eigentlich unser Sozialismus? Um das klarmachen zu können,

kann ich mir nicht vorstellen, daß es reicht, Predigten über den Sozialismus zu halten. Ohne ein praktisches Projekt, das im alltäglichen Verhalten unsere Vorstellungen von Sozialismus, von Befreiung der Welt, täglich zeigt, werden wir keine AnhängerInnen finden. Jetzt wird man mir sagen: 'Dann ziehen totalitäre Ideologien, z.B. der Islam, die Menschen an.' Ich glaube nicht, daß der Islam die Menschen nur wegen seiner Ideologie anzieht, sondern weil er selbständig sowohl konkrete Beziehungen als auch konkrete Projekte dafür bietet, wie die materiellen Reichtümer dieser Welt untereinander verteilt werden können. Die iranische Revolution, die die Kleinhändler und Kleinproduzenten (der Bazar) gegen die Schah-Monarchie gemacht hat. Die islamische Revolution im Iran konnte nicht nur ein Paradies im Jenseits, sondern auf dieser Welt versprechen, zumindest einigen Kleinproduzenten. In einem Land, in dem diese ziemlich verbreitet sind, konnte solch eine traditionelle Alternative hochwirksam sein. Wenn wir immer nur Gedankengebäude errichten und die hohe Menschlichkeit der Ideale beschwören; oder mit der Predigt, daß es in der Sowjetunion keinen Sozialismus gegeben habe, bei uns aber geben wird, können wir den Menschen keine Orientierung geben.«
Der Kommunismus ist kein Traumzustand, sondern die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt.

Zum Streik der MüllarbeiterInnen in Griechenland – aus einem Interview mit einem Müllarbeiter

Der Streik begann am 10.4.1992 und endete am 3.5.92. Einige Stunden vor Beginn des Streiks in der Nacht vom 9.4. besetzte die Polizei die Müllkippen Athens, um eine Besetzung durch die Streikenden zu verhindern.
Mit einer gut vorbereiteten Aktion überraschten die Streikenden die Bullen am Morgen des 14.4. und blockierten die Zufahrt einer Müllkippe mit ihren Müllfahrzeugen. Eine Bulleneinheit war in der Müllkippe eingesperrt und wurde zur Kapitulation aufgefordert, worauf diese abzog. Am 15.4. vormittags unternahm die Polizei mit großem Aufgebot einen Gegenangriff. Ein Streikposten leistete Widerstand, die Auseinandersetzungen dauerten bis zum Mittag. Die Streikenden warfem mit Steinen, die Bullen setzten Tränengas ein. Gegen nachmittag zogen sich die Streikenden in Richtung Müllberg zurück und blieben dort. Später zog eine Gruppe der Müllarbeiter nach Athen und besetzte die Einfahrt des Betriebshofs. Die Polizei sperrte den gesamten Verkehr im Stadtviertel und griff gegen 23 Uhr an ...
Die Streikenden forderten Lohnerhöhungen (gegen die Entscheidung der Regierung, dieses Jahr allgemein keinerlei Lohnerhöhungen zuzulassen); Keine Privatisierung des Abfallbeseitigungssektors (ist geplant); Gegen die arbeiterInnenfeindlichen Maßnahmen im Bereich Sozialversicherung / Renten.

In den meisten Stadtverwaltungen Griechenlands, einschließlich Athens, war die aktive Teilnahme am Streik groß (in Griechenland gibt es kein Streikgeld). In Athen "Mitte" war die Teilnahme geringer – das hängt mit den Arbeitsbedingungen dort zusammen: Es gibt Festangestellte (ArbeiterInnen, FacharbeiterInnen, Verwaltungsangestellte, alle mit Gehalt), Prekäre (ArbeiterInnen und FacharbeiterInnen mit Zeitvertrag auf Stundenlohnbasis) und prekäre AkkordarbeiterInnen. Dementsprechend gibt es acht oder neun Gewerkschaften im Bereich "Stadtverwaltung Mitte", davon sind drei für die prekären ArbeiterInnen zuständig. Die Prekären stellen 70% der ArbeiterInnen in der Abfallbeseitigung, ihre Gewerkschaften werden von den Regierungsparteien kontrolliert (die Regierung benützt den prekären Sektor, um ihren Wählern Arbeitsplätze zu verschaffen).
Regierung und Bürgermeister beauftragten Privatunternehmer mit der Abfallbeseitigung während des Streiks, mit der Begründung, die öffentliche Gesundheit sei gefährdet, und außerdem ginge es – schon aus religiösen Gründen – nicht an, über Ostern dreckige Städte zu haben. Sie bezahlten den Privaten pro Tag und Fahrzeug 12 Mio. Drachmen (etwa 9600 DM). Die gesamten Ausgaben für den Streikbruch hätten gereicht, die Lohnforderungen der MüllarbeiterInnen für zwei Jahre zu bezahlen.
Die Privatunternehmen stellten arbeitslose Immigranten aus Albanien von der Straße weg ein. Was diese Streikbrecher angeht, hat die große Mehrheit der Streikenden nicht sie verantwortlich gemacht, sondern die Privatunternehmer, die sie eingestellt hatten. Die Einstellung von Albanern zeigte zum einen, daß der Streik breit befolgt wurde, und andererseits war sie nutzlos für die Bosse. Die Streikbrecher hatten keine Ahnung von Müllbeseitigung, zeigten kein Interesse an dieser Arbeit, und die Mülltransporter, die die Privatunternehmer benutzten, faßten nur 1 Tonne Müll statt 12 Tonnen. Außerdem bekamen die Albaner nur sehr wenig Geld, etwa 2 DM pro Stunde, statt 8 DM, die es normal gibt. In Patras gab es einen Fall, wo der Unternehmer sie überhaupt nicht bezahlen wollte. Daraufhin traten die Albaner auch in Streik und verprügelten ihn. Was die Forderungen angeht, war der Streik erfolglos, trotzdem war er eine gute Erfahrung für die beteiligten Arbeiter.

Jugoslawien

Seit über einem Jahr lastet uns Jugoslawien auf der Seele. Wie funktioniert das, daß die Herrschenden in einem Land, wo 80% der Einberufenen desertieren und immer wieder große Manifestationen gegen den Krieg laufen, ein solches Bürgerkriegs-Massaker am Kochen halten können? Wir haben mehrere Anläufe unternommen, Artikel, Berichte, Interviews o.ä. zu kriegen, die dem in der BRD allgemein geschürten Bild von der "serbischen Aggression", der man notfalls auch militärisch Einhalt gebieten müsse, etwas entgegensetzen. Und zwar nicht im Stil der konkret, *die der Einfachheit halber das Schwarzweiß-Bild anders rum zeichnet. Sondern indem wir Informationen "von unten" kriegen und daraus ein eigenes Bild zusammensetzen können: gegen den Krieg, gegen die Bürgerkriegsmassaker. Das wird immer wichtiger, da große Teile der Linken bereits vor dem* offenen *Eingreifen der imperialistischen Mächte in diese Richtung drängen. Es ist absurd: wer hätte vor zehn Jahren gedacht, daß so schnell die Vorstellung, ein Krieg könne gerecht(fertigt) sein, wieder vo viele AnhängerInnen finden würde? In Berlin ist nun eine kleine Broschüre über Jugoslawien erschienen, die zumindest einiges an Hintergrundinformation zur Situation in Jugoslawien liefert. Sie zeigt, wie die nationalistische Mobilisierung und der Krieg aus der Schwäche der staatlichen Institutionen entstehen. Die Arbeiterkämpfe haben den jugoslawischen Staat in die Krise getrieben, es aber nicht geschafft, eine Alternative zum Nationalismus zu entwickeln. Insofern haben sie selbst die Grundlage der Spaltung in Nationen gelegt. Die Broschüre bleibt sicher an vielen Stellen oberflächlich und schafft es auch nicht, bis zu den aktuellen Massakern vorzudringen. Dennoch die Empfehlung, sich das Heft zu besorgen – und im folgenden der aberwitzige Versuch, sie auf einer Seite zusammenzufassen.*

Klassenkampf

Bereits Mitte der 60er Jahre zwingen Streikbewegungen die Regierung zu einer Wirtschaftsreform, bei der Dezentralisierung und weitgehende Einschränkung zentralstaatlicher Planung dominieren. »Den Republiken wurden Planungskompetenzen der Zentrale abgetreten – das fiel zusammen mit auch vergrößertem politischen Raum. Darin war schon angelegt die spätere Entwicklung 'nationaler Ökonomien'.« Das Gefälle zwischen Norden und Süden vergrößert sich. Zum Ausgleich wird ein Hilfsfond für die unterentwickelten Gebiete gegründet.

1968 gehen die StudentInnen gegen das Regime auf die Straße. Die Parteiführungen der Republiken versuchen die Bewegungen zu instrumentalisieren, und verlangen die Verfügungsgewalt über die regionalen Ökonomien. Diese Bestrebungen führen 1974 mit der Verfassungsreform zur Regionalisierung des politischen Systems.

Die Wirtschaftsreform von 1976 verstärkt die Dezentralisierung: die Mindestlöhne werden von den Regionen oder autonomen Provinzen festgesetzt. Ansonsten werden die Löhne in den Betrieben einzeln ausgehandelt. Die Streiks nehmen zu, die ArbeiterInnen fordern Selbstverwaltung und höhere Löhne.

Anfang 1980 hat Jugoslawien eine Auslandsverschuldung von 14 Mrd. Dollar. Im selben Jahr wird Jugoslawien Mitglied im IWF und erhält 1981 den größten vom IWF je ausgezahlten Kredit. Die Auflagen sind Lohnbegrenzungen für zahlungsunfähige Betriebe, Preisfreigabe, Zinserhöhungen und die Abwertung des Dinar. Dagegen kommt es zu zahlreichen Streiks und Protesten: Anlässe sind meist Entlassungsversuche oder Lohnkürzungen. In vielen Fällen gelingt es, die Pläne zu verhindern. Die Bewegungen richten sich gleichzeitig gegen die Staats- und Gewerkschaftsbürokratie. Die Gewerkschaften verlieren zunehmend ihre Funktion als Arbeitervertreter.

1986 stürzt die Regierung. Aber auch die neue Regierung bekommt die Lage nicht in den Griff, die ArbeiterInnen erkämpfen sich bei sinkender Produktivität sogar Reallohnerhöhungen. Die Kämpfe weiten sich auf andere Bereiche der Gesellschaft aus: Boykott der Strom- und Gasrechnungen,

Krise

Anti-AKW-Demos. 1987/88 greifen die Streiks immer direkter Regierung und Partei an. Es kommt in verschiedenen Städten zu Straßenschlachten mit Polizei und Armee. Die Regierung tritt zurück, die Auslandsschulden haben sich erhöht, der IWF ermahnt Jugoslawien, die Auflagen einzuhalten. Die politische Krise führt zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Milosevic fordert eine Rückkehr zum Zentralismus, während die Funktionäre der nördlichen, entwickelteren Republiken beginnen, für die Unabhängigkeit zu plädieren.

Auch in den Arbeiterdemos verbreiten sich nationalistische Tendenzen. Organisierte Gruppen setzen sich an die Spitze und versprechen Verbesserungen. Gleichzeitig setzen die ArbeiterInnen 100%ige Lohnerhöhungen durch. Mehrere serbische und slowenische Großbetriebe - meist Joint-Ventures - stehen vorm Konkurs.

Die einzelnen Republikführungen versuchen, die Krise auf die anderen Republiken abzuwälzen, z.B. boykottiert Serbien slowenische Firmen, während Slowenien die Zahlungen in den Ausgleichsfond einstellt. Firmen anderer Republiken werden enteignet. »Die einzelnen Republiken beginnen mit der Aufteilung des Wirtschaftsraums oder besser gesagt: des gesellschaftlichen Eigentums.« Nach der Auflösung der kommunistischen Partei bilden sich neue Parteien, die als einzige Politik den Nationalismus anbieten können. Soziale Bewegungen schließen sich diesen Parteien an. Gleichzeitig formieren sich

gegen den Nationalismus unabhängige Gewerkschaftsgruppen, welche später die Basis der Anti-Kriegsbewegung bilden.
Die neugewählten Republikregierungen schaffen es nicht, die Streiks und Demonstrationen zu beenden. Die einzige Lösung ist für sie der Krieg. Kroatische nationalistische Milizen besetzen von Serben bewohnte autonome Provinzen, ähnliches passiert in Serbien und Bosnien. Die ArbeiterInnen der besetzten Provinzen verteidigen sich gegen die Milizen.
Aber der Arbeiterkampf wird immer mehr zu einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In Großbetrieben weigern sich Moslems, mit Serben zusammenzuarbeiten. Im Sommer 1991 erklärt Slowenien seine Unabhängigkeit. Gleichzeitig laufen in Belgrad Massendemos gegen die Regierung Milosevic. Die Streiks gehen weiter: für

Krieg

Belgrad, 9. März 1991

die Auszahlung rückständiger Löhne, gegen die Armee, aber auch gegen Arbeitsmigranten aus anderen Republiken.
In dem Maße, in dem Streiks, Anti-Regierungs- und Anti-Kriegsdemos zunehmen, eskalieren die Milizen den Krieg und vertreiben Bewohner, die aus anderen Republiken stammen. Trotzdem gehen auch im Frühjahr 92 die Streikbewegungen weiter. Allerdings werden im Klima des Krieges viele Betriebe geschlossen, die Löhne gekürzt, während die Preise ins Unermeßliche steigen.
»In Serbien verstärkt sich der Widerstand gegen das Milosevic-Regime. Die SchülerInnen demonstrieren im Frühjahr vor dem Belgrader Parlament mehrere Tage gegen den Krieg und gegen die Einberufungen. Im März besetzen StudentInnen die Universitäten von Belgrad, Novi Sad, Nis und Pristina. Sie rufen zum Sturz Milosevic's auf, fordern mehr Pressefreiheit. Tausende von ArbeiterInnen Serbiens solidarisieren sich. Bauern und Bäuerinnen unterstützen sie mit Lebensmitteln, die die StudentInnen an Kranken- und Waisenhäuser oder über Volksküchen weiterverteilen. Unabhängige Gruppen rufen zusammen mit der DEPOS (einem Zusammenschluß verschiedener Oppositionsparteien) am 28. Juni zu einer Kundgebung vor dem Parlament auf. Hunderttausend demonstrieren dort eine Woche lang gegen Milosevic, als den Verantwortlichen für den Krieg, und gegen die UN-Blockade und die drohende Intervention durch die imperialistischen Staaten.«

Jugoslawien: Klassenkampf – Krise – Krieg; zu beziehen über:
Osteuropa-Archiv c/o Papiertiger Cuvrystraße 25 – 1000 Berlin 36

Weitere Literatur:
Wolfgang Libal: Das Ende Jugoslawiens. Chronik einer Selbstzerstörung, Europa-Verlag Wien 1991

Der Zerfall Jugoslawiens und der Krieg auf dem Balkan. Warum eine Intervention des Westens keine Lösung ist, Broschüre der SAG (Bestelladresse: M.Passior, Limmerstr.18, 3 Hann. 91)

Kurz nach dem Erscheinen der letzten Wildcat schrieb uns ein Arbeiter aus Rheinhausen einen

Brief zur Situation in der Stahlindustrie:

»Bei Krupp-Stahl Rh. wird nach Kurzarbeit im Nov./Dez. 91 z.Z. Höchstproduktion realisiert: über 170 000 t Rohstahl pro Monat mit einem Hochofen! – Laut Werksleitung steht Rheinhausen auf dem Prüfstand, man will austesten, welche Produktion mit wieviel Belegschaftsmitgliedern möglich ist. Augenblicklich sind wir weit unter 2000 Werksangehörige. Das beinhaltet: Mehrarbeit, Zusatzschichten, Überstunden, kurze Wechsel – nicht selten ohne die vorgeschriebene Ruhezeit von 11 Std., einen unverantwortlichen Arbeitsdruck, Streß unter teilweise zwangsläufiger Mißachtung der Arbeitssicherheit usw. usw.
Meine Meinung zu der z.Z. sagenhaften Auftragslage in Rh. ist folgende: Im Zuge der Krupp-Hoesch-Fusion wird von Mannesmann, Hoesch usw. Produktion nach Rheinhausen verlagert, um z.B. bei Mannesmann die Kapazität zurückzufahren, damit man dort (und anderswo) die vorhandenen Sozialpläne – sprich Personalabbau – realisieren kann. So werden momentan im Mannesmann-Konzern 1000 Kollegen mit 52 Jahren über Sozialplan nach Hause geschickt.
Daß dies alles unter der Obhut und Fürsorge von Unternehmensberaterfirmen der schlimmsten Sorte geschieht, versteht sich von selbst. Drei dieser Rationalisierungsinstitute hat Krupp-Stahl mit entsprechenden Vorgaben versehen beauftragt. Für die Stahlerzeugung ist McKinsey zuständig. Daß Krupp das Rheinhausener Werk als Aufhänger für die kostengünstigste Produktion gegenüber den anderen Standorten benutzt, ist gängige Praxis. Der Reigen des Ausspielens unter- und gegeneinander hat voll gegriffen. Was aber geschieht, wenn Rheinhausen seinen Part erfüllt hat??? Z.Z. sind keine gravierenden Investitionen in die Zukunft des Standortes zu bemerken. Der stillgelegte 2. Großraumhochofen wird nach wie vor als Organspender benutzt. Kurzum: in Rheinhausen alles wie gehabt. Lediglich im Personalbereich soll es nach den Ferien eine Veränderung geben. Man munkelt, daß die ansässige Krupp-Industrietechnik stillgelegt bzw. aufgelöst.«

Mittlerweile ist klar, daß es bei der Krupp-Industrietechnik 370 Entlassungen geben wird – dagegen kam es zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. In einem Brief vom September beschreibt er die neue Entwicklung:

»Die aktuelle Situation in Rheinhausen trägt leider meiner Einschätzung Rechnung. Bei Krupp-Industrietechnik hat sich die Befürchtung bewahrheitet. Bei Krupp-Stahl Rheinhausen hat die Werksleitung auf der letzten Belegschaftsversammlung am 10. 9. 92 eine dramatische Zuspitzung der sich abzeichnenden Stahlkrise aufgezeigt. Die Unternehmensleitung hat Kurzarbeit für Oktober bis Dezember beantragt. Bis zum heutigen Tag gibt es keine Flugblattinformationen der VKL oder des BR über die anstehende Situation. Die Belegschaft wird augenscheinlich desinformiert, um allen erdenklichen Gerüchten freien Lauf zu lassen. ...«

Ein zweites Thema des Briefs ist die Situation beim EKO-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt, das von Krupp übernommen werden soll. IGM-Führung und Treuhand hatten einen Übernahmevertrag ausgekungelt, der den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen vorsieht. Im März hatte die Vertrauensleuteversammlung in Rheinhausen einen Antrag angenommen, der sich gegen diese Vernichtung von Arbeitsplätzen richtet. Anfang September fand eine gemeinsame Vertrauensleuteversammlung von Krupp und EKO in Eisenhüttenstadt statt, die von der IGM totgeschwiegen wurde. Stattdessen wurde nur über den Besuch des Krupp-Vorstandmitglieds Hamisch berichtet, der ankündigte, EKO müsse aufgespalten werden.
Daß IGM und die anderen Gewerkschaften kein Interesse an Verbindungen von Arbeitern in Ost und West haben, ist klar. Nach den zugespitzten Tarifrunden im Frühjahr haben sie alles getan, um ein Überspringen der Konflikte auf den Osten zu verhindern und die dortige Lohnbewegung (wie im Fall der Ostberliner »wilden« Streikbewegungen bei den Busfahrern und in den Kita's) vom Westen abzukoppeln.

"Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet..."

Das AusländerInnen-Gesetz

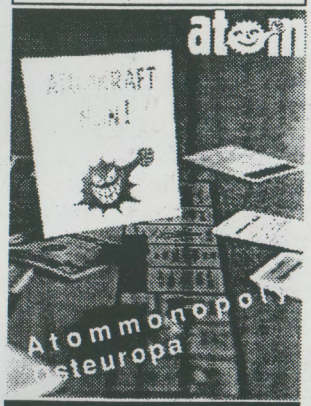
Aus dem Inhalt:
Das neue AusländerInnengesetz: Aufenthaltsstatus, Ausweisungstatbestände, Verbot der polit. Betätigung; das Ausländerzentralregister; Ausländerrecht im Kapitalismus, 36 Seiten A4,
Einzelpreis: 3,- DM,
ab 5 Ex. 25%
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

Totgesagte leben länger...

Materialien zur Sicherungsverwahrung mit einem Erfahrungsbericht des Gefangenen Claus Goldenbaum
erschienen
im Kamalatta-Verlag, Kiel
Inhalt:
R. Schäfer-Eickermann: "Was ist und wie funktioniert Sicherungsverfahrung?", Klaus Rüther: "Strafen um jeden Preis", Claus Goldenbaum: "Du kommst nicht mehr als Mensch zurück" - ein Erfahrungsbericht, Sicherungsverwahrung: Die Roßkur der Sozialhygiene
112 Seiten A5,
Preis: 12,- DM,
ab 5 Ex. 30 %
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

atom
Nr. 39 Sommer '92

Aus dem Inhalt:
→ Atommonopoly Osteuropa
Es ist der deutsche Imperialismus der das Thema Atomenergie im Interesse seiner Expansion nach Osteuropa auf die Tagesordnung des WWG in München gepuscht hat. Was in Osteuropa an Atomkraft zu verdienen ist, wieviele AKW's und was es an Ausbauplänen für Atomkraft in den Ländern selbst gibt.
- Rußland zwischen Energiekrise und Supergau
→ Weltwirtschaftsgipfel
→ Kriminalisierung
- Ende des bewaffneten Kampfes! Freiheit für die Gefangenen?
- Stellungnahme von Isabel Jakous
→ UNCED
- Das ist der Gipfel
→ Neugestaltung der Bundeswehr



Die atom erscheint dreimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50 DM (+Porto)
Bestelladresse:
atom Postfach 1109,
2120 Lüneburg

ak...
... damit das Kapital nicht das letzte Wort behält

Seit 20 Jahren berichten, dokumentieren und kommentieren wir u.a.:
- Nazi-Terror und alltäglichen Rassismus
- Klassenjustiz
- die Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion
- den Kampf gegen § 218
- die Frauenbewegung in Ost und West
- Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt"
- Linke Debatte um das Ende des „realen Sozialismus" und die Folgen ... und ...

Der ak erscheint vierwöchtlich im 20. Jahr. Er kostet DM 6 und ist in allen linken Buchläden und gut sortierten Zeitschriftenläden erhältlich. Oder direkt bei der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36
Tel. 040 / 43 53 20
Der ak kostet im Abonnement: jährlich DM 72; halbjährlich DM 38
Für AbonnentInnen in der (ex-)DDR: jährlich DM 60; halbjährlich DM 33
Einzelbestellungen: DM 6 + DM 1 Porto
Kostenloses Probeexemplar bestellen!

Soeben erschienen
ERBIL KURT
Das Jahr der Lüge
Prinzipien und Methoden staatlicher Medienbeeinflussung in der VR China während der Demonstrationen 1989
ISBN 3-86071-218-7
52 Seiten. Preis DM 9,80

Radio von unten
Das alternative Medienmagazin
48 Seiten monatlich
Probeexemplar DM 5,—
Jahresabo DM 49,—

Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30, 3400 Göttingen 1

direkte aktion
anarcho-syndikalistische Zeitung

Wir stechen da zu, wo's wehtut

Probeheft anfordern

oder besser gleich abonnieren für
DM 15,–/Jahr (6 Ausgaben)
DM 30,–/2 Jahre (12 Ausgaben)
Förderabo DM 50,– (12 Ausgaben)

F. Mohrhof
Grünebergstr.81 · 2000 Hamburg 50
Abo-Kohle bitte überweisen auf das Konto F. Mohrhof · 34 19 79-208 PschA Hamburg (BLZ 20010020)

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.3/92 (Nr.43) enthält u.a.:

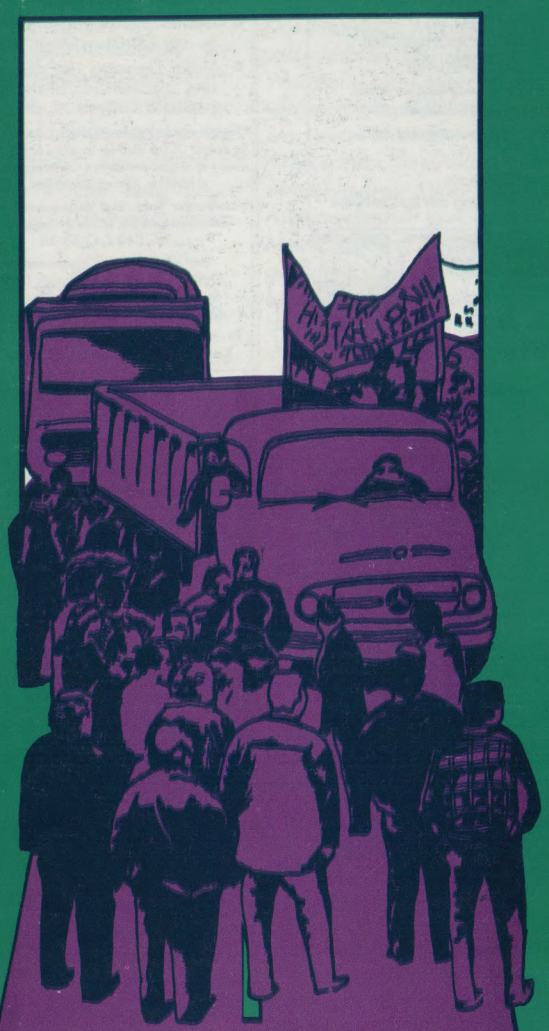
Murray Bookchin: Libertärer Kommunalismus
★
"Kriegstreiberdiskurs" *von Klaus Schönberger und Claus Köstler*
"Drogenkrieg" *von Andi Ries*
Autonome Gesellschaft *von Cornelius Castoriadis*
Ungarn: Auffanglager *von Keno Verseck*
Interview mit Noam Chomsky
★
Weltwirtschaftsgipfel in München, Mannheim-Schönau – Rassismus (und Klassenkampf?) Verriß von U.Heiders Buch zu US-Anarchisten, Diskussion um Zensur im SF, Umgehensweise von Anarchisten untereinander, um die Rolle der Stirnerschen Philosophie bei der Identitätssuche entwurzelter Revolutionäre etc., Telegraph contra Gauck-Behörde, Rezensionen, Termine, 76S., 7.-

Sirnak soll leben

Spenden Sie bitte unter dem Stichwort "Sirnak"
auf das Konto 1800 bei der Stadtsparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02) oder
Postgiro Köln 6999-508 (BLZ 370 100 50)

Fordern Sie bitte auch unsere weiteren Broschüren und Veröffentlichungen zu Kurdistan an.

medico international
Obermainanlage 7 ‖ 6000 Frankfurt 1 ‖ Tel.: 069/4990041



Streiks in Italien

Heißer Sommer in

Englands Siedlungen

Streiks in Griechenland

Fahrerstreik in Frankreich